

GRÉGOIRE NAPPEY
MIX & REMIX

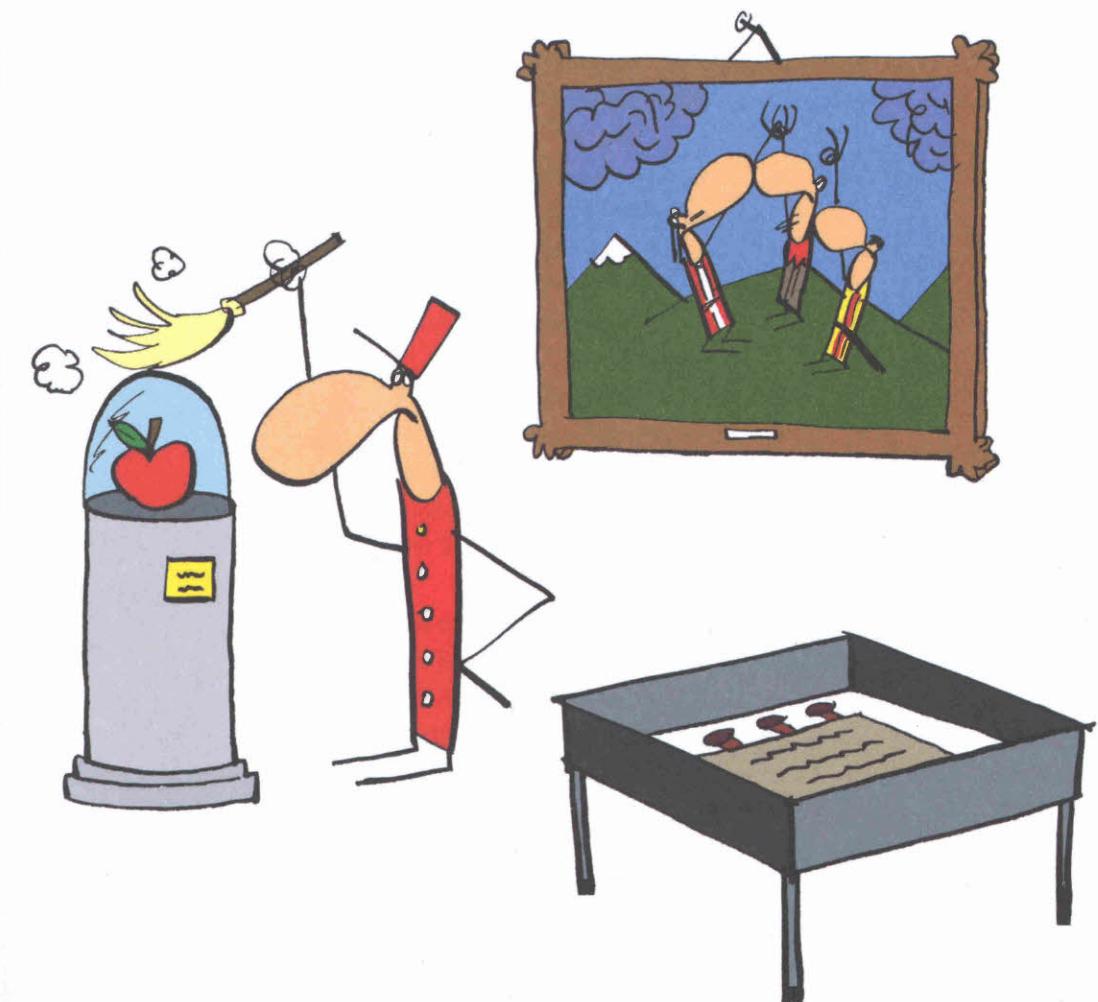
AUF ZUR SCHWEIZ

GESCHICHTE • MYTHEN • LEGENDEN



GRÉGOIRE NAPPEY
MIX & REMIX

AUF ZUR SCHWEIZ



Inhalt

Französische Originalausgabe:
 «Histoire suisse»
 © Editions LEP Loisirs et Pédagogie SA, Le Mont-sur-Lausanne, 2007
www.editionslep.ch

 Lehrmittel der Interkantonalen Lehrmittelzentrale

Autor
 Grégoire Nappéy

Illustrationen
 Mix & Remix

Konzept und Umschlaggestaltung
 NK Editions, Le Mont-sur-Lausanne

Satz
 Macgraph, Yves Gabiou, Puidoux

© 2008 Deutschsprachige Lizenzausgabe: Lehrmittelverlag Zürich
 3., aktualisierte Auflage 2014 (2., überarbeitete Auflage 2011)
 Printed in Switzerland
 Klimaneutral gedruckt auf FSC-Recyclingpapier
 ISBN 978-3-03713-317-0
www.lehrmittelverlag-zuerich.ch

Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck, Vervielfältigung oder Verbreitung jeder Art – auch auszugsweise – nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung des Verlages.

Einführung	5
Urgeschichte und Antike (Von den Anfängen bis 1291)	
Höhlenmenschen und Pfahlbauer	8
Die Kelten	10
Die Schweiz im Römischen Reich	12
Religionen und Sprachen	14
Franken und Heiliges Römisches Reich	16
Die Gründungsschritte zur Eidgenossenschaft (1291–1516)	
Die Gründung der Schweiz	20
Siege über die Habsburger	22
Das Jahrhundert der Eroberungen	24
Marignano und die Neutralität	26
Ein unabhängiges Land (1517–1798)	
Die Reformation	30
Ausdehnung nach Westen	32
Das Ancien Régime	34
Die vollständige Unabhängigkeit	36
Territoriale Entwicklung	38
Aufbruch zur modernen Schweiz (1798–1847)	
Revolution in der Schweiz	42
Helvetische Republik und Mediation	44
Von 13 zu 22 Kantonen	46
Restauration und Regeneration	48
Der Sonderbundskrieg	50
Die Entstehung des Bundesstaates (1848–1914)	
Die erste Bundesverfassung	54
Die Bundesverfassung von 1874	56
Die Aussenbeziehungen	58
Wirtschaft und Gesellschaft	60
Die Arbeiterbewegung	62
Das 20. Jahrhundert (1914 bis heute)	
Der Erste Weltkrieg	66
Die Zwischenkriegszeit	68
Der Zweite Weltkrieg	70
Die Beziehungen zu Deutschland	72
Hinterfragtes Geschichtsbild	74
Die Zeit des Wirtschaftswunders	76
Die innenpolitische Entwicklung	78
Die Schweiz und die Welt	80
Zeitleiste	84
Die 26 Kantone	90
Register	92
Anhang	

Einführung

Wo liegen die Wurzeln der Schweiz? Was hat eine Handvoll Alpen-täler dazu bewogen, eine der ältesten Demokratien der Welt zu gründen? Wie sah diese Region im Herzen Europas vor der Geburt der Eidgenossenschaft aus? Wie konnte diese Nation ungeachtet ihrer sprachlichen Vielfalt entstehen?

Das vorliegende Bändchen schildert in knapper, verständlicher und allgemein zugänglicher Weise, was sich auf dem Gebiet der heutigen Schweiz zwischen dem ersten, durch Funde bezeugten menschlichen Wirken bis heute ereignet hat.

Die Ereignisse werden chronologisch, aber ohne Anspruch auf Vollständigkeit dargestellt. Es sollen die wichtigsten Wegmarken der Schweizer Geschichte zur Sprache kommen, damit sich die Leserin, der Leser leicht in den verschiedenen Epochen zurechtfindet. Unterstützung bieten Karten, eine informative Zeitleiste und das Glossar.

Die Vergangenheit wirkt stets auch in der Gegenwart nach. Kennt man die Wurzeln der Schweiz, kann man das Land in seiner heutigen Form vielleicht besser verstehen und zukünftigen Herausforderungen angemessener begegnen.



Urgeschichte und Antike

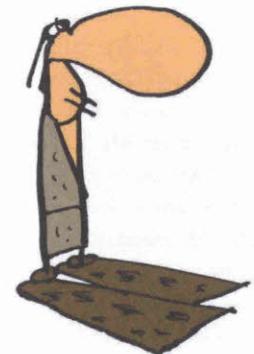
(Von den Anfängen bis 1291)

Höhlenmenschen und Pfahlbauer
Die Kelten
Die Schweiz im Römischen Reich
Religionen und Sprachen
Franken und Heiliges Römisches Reich

**HÖHLEN-
MENSCH**



**PFAHL-
BAUER**



450 000 v. Chr. – 800 v. Chr.

Höhlenmenschen und Pfahlbauer

Die Erde entstand vor 4,6 Mrd. Jahren. Der Mensch tritt aber erst vor 2,5 Mio. Jahren in Erscheinung.

In der Urgeschichte (vor der Schriftkultur) erlebt die Schweiz mehrere Eiszeiten. Der Mensch überlebt und entwickelt sich ständig weiter. Als das Klima sich mässtigt, lassen sich die Menschen als Pfahlbauer an den Seen nieder.

Auf die Urgeschichte folgt die Antike. Der Mensch beherrscht nun die Verarbeitung verschiedener Metalle.

Der Mensch tritt in Erscheinung

- Eine der ältesten Spuren menschlicher Besiedelung des schweizerischen Gebietes ist ein 300 000 Jahre alter Faustkeil, der in Pratteln (BL) gefunden wurde.
- Während der letzten **Eiszeit** (120 000–10 000 v. Chr.) sind weite Teile der Schweiz zeitweise von einer dicken Eisschicht bedeckt (bis zu 1000 Meter dick). Trotz extremem Klima leben hier Menschen und Tiere (Mammut, Wollhaarnashorn, Moschusochse, Rentier oder Wildpferd).



Neandertaler und Cromagnonmensch

In dieser Zeit leben zwei Arten von Höhlenmenschen in der Schweiz:

- die Neandertaler, die um 35 000 v. Chr. aussterben;
- die Cromagnonmenschen (der «**Homo sapiens**»), die weltweit verbreitet sind; sie sind die eigentlichen Vorfahren des Menschen.

Der Cromagnonmensch lebt in Hütten, in Höhleneingängen oder unter Felsvorsprüngen. Er benutzt Werkzeuge aus Knochen oder Feuerstein. Er lebt hauptsächlich von der Jagd, kennt bereits das Feuer und Totenkulte. Seine Skulpturen und Höhlenmalereien sind die ältesten Kunstwerke der Menschheit.

Im Jahr 2002 werden bei Pruntrut (JU) 700 Fußabdrücke von Sauriern gefunden. Ihr Alter wird auf 150 Mio. Jahre geschätzt.

Das Klima ist damals tropisch, das Gebiet von einem Meer mit Lagunen und Inseln bedeckt.

Entstehung der Landwirtschaft

- Am Ende der letzten Eiszeit (um 10 000 v. Chr.) mässtigt sich das Klima. Ausgedehnte Wälder bedecken nun die Schweiz.
- Um 5000 v. Chr. werden die Menschen zu Ackerbauern und Viehzüchtern. Sie bauen Häuser aus Holz und erlernen das Töpferhandwerk.

Der Ackerbau stammt aus dem Vorderen Orient (Syrien, Mesopotamien), wo er um 7000 v. Chr. entsteht. Von dort gelangt er über das Mittelmeer und den Balkan in die Schweiz.



Pfahlbauer

- Um 4300 v. Chr. besiedeln erste Menschen die Ufer von Schweizer Seen, z.B. am Zürichsee, aber auch am Burgäschi- (SO) oder Neuenburgersee. Man nennt sie «Pfahlbauer».

Die Besiedelung der Seeufer geschieht in verschiedenen Etappen mit Unterbrechungen von mehreren hundert Jahren, während denen sich die Menschheit anderswo weiterentwickelt.

- Die Pfahlbauer bauen Getreide an, halten Haustiere und betätigen sich als Jäger, Fischer und Sammler. Sie leben in kleinen Siedlungen aus eng beieinander stehenden Häusern. Zum Schutz vor Hochwasser werden die Häuser teilweise auf Pfählen errichtet.
- Im Zuge der Bevölkerungsentwicklung werden die Dörfer grösser und oft mit Schutzzäunen umgeben. Der Ackerbau dehnt sich aus. In der **Bronzezeit** (ab 2500 v. Chr.) entwickelt sich die Herstellung von Werkzeugen, Waffen und Schmuck. Die Tätigkeiten beginnen sich zu spezialisieren, die Gesellschaft wird hierarchisch gegliedert. Die Erfindung des Rades fördert den Austausch von Waren über grössere Distanzen. Die ältesten Räder Europas (um 2500 v. Chr.) werden an den Ufern des Zürich- und des Neuenburgersees gefunden.

Gegen Ende der Pfahlbauerzeit (um 1100 v. Chr.) zählen einige Siedlungen mehrere hundert Menschen. Die letzten werden um 800 v. Chr. aufgegeben.



Der Pfahlbauermythos entsteht im 19. Jahrhundert, als in verschiedenen Schweizer Seen Spuren von Pfahlbauersiedlungen gefunden werden. Damals wird das Bild von vollständig im Wasser gebauten Dörfern gemalt, deren Häuser durch Stege miteinander verbunden sind. Diese Vorstellung einer glorreichen Vergangenheit klingt auch bei der Bundesstaatsgründung von 1848 nach (→ S. 54).

Die Archäologie hat dieses idealisierte Bild im 20. Jahrhundert allerdings entzweit.

800 v. Chr. – 100 v. Chr.

Die Kelten

Im 1. Jahrtausend v. Chr. besetzen die Kelten einen Teil Europas, unter anderem die Schweiz.

Es handelt sich um mehrere verschwagerte Stämme, darunter die Helvetier, die sich um 100 v. Chr. im schweizerischen Mittelland ansiedeln.

Bevor sie unter den Römern sesshaft werden, leben sie als Nomaden.

Die Kelten beherrschen die Eisenverarbeitung.



Die Kelten hatten einen Sinn für Schmuck und schöne Gegenstände. Bei Zürich wurde eine schwere, aus reinem Gold gefertigte Schlüssel gefunden, die aus dem Mittelmeergebiet stammen soll. Dies belegt das Ausmass der Handelstätigkeiten zu dieser Zeit. Die Kelten haben aber nicht nur importiert. In Erstfeld (UR) wurden vier von lokalen Handwerkern geschaffene Hals- und drei Armbänder gefunden.



Eisenzeit

- Die während der **Eisenzeit** (1. Jahrtausend v. Chr.) auf schweizerischem Gebiet lebenden Menschen gehören verschiedenen Keltenstämmen aus West- und Zentraleuropa an. Die Römer nennen die Kelten *Galli* (Gallier). Dieser Begriff bezeichnet später nur noch die Bewohner Galliens (das Gebiet zwischen Pyrenäen, Alpen, Rhein und Atlantik), zu denen auch die Helvetier gehören. Sie wandern zwischen 200 und 100 v. Chr. in das schweizerische Gebiet ein.
- Nyon, Yverdon, Solothurn und Winterthur sind Namen keltischen Ursprungs.
- Die Kelten beherrschen als Erste in Europa die Eisenverarbeitung. Eisen ist schwieriger zu verarbeiten als Bronze, kommt dafür häufiger vor und ist beständiger. Die Kelten stellen daraus Schwerter und Lanzen her und werden zu gefürchteten Kriegern.
- Die Kelten entwickeln das Töpfern mit der Scheibe, führen die Geldwirtschaft ein und verbreiten das Pferd als Nutztier.

Die verschiedenen keltischen Stämme haben ähnliche Sprachen und Religionen (ihre Geistlichen nennen sie «Druiden»). Gesetze und Bräuche können hingegen stark variieren.

La-Tène-Zeit

- Die zweite Hälfte der Eisenzeit (500–50 v. Chr.) wird nach einer archäologischen Fundstelle am Nordabfluss des Neuenburgersees **La-Tène-Zeit** genannt. Ausgrabungen haben ergeben, dass das Flüsschen Thièle von drei Brücken überspannt wurde. Daraus schloss man, dass es sich um einen wichtigen Durchgangsort handelte.
- Während dieser Zeit breiten sich die Kelten in ganz Europa und bis nach Rom aus, wo sie 390 v. Chr. von den Römern geschlagen werden.

Die Helvetier in der Schweiz

- Die Helvetier sind ein keltischer Stamm. Sie lassen sich zwischen 200 und 100 v. Chr. im schweizerischen Mittelland nieder.

Die Helvetier werden erstmals beim griechischen Schriftsteller Poseidonios (135–50 v. Chr.) erwähnt. Er beschreibt sie als «reich an Gold und friedfertig».

- Über ihre Ansiedelung in der Schweiz kursieren zwei Theorien. Die erste nimmt an, dass sie aus Süddeutschland zuwandern. Nach der zweiten besiedeln sie von Beginn weg Gebiete in Süddeutschland und der Schweiz.

- Der römische Kaiser Julius Cäsar (→ S. 12) erwähnt die Helvetier in seinem *Gallischen Krieg*: Er spricht von vier Teilstämmen (unter ihnen die Tiguriner) in zwölf Grosssiedlungen, angelegt an strategisch günstigen und mit Wall und Graben gesicherten Orten, wie derjenige in einer Aareschlaufe bei Bern.
- Die Helvetier sind ursprünglich Nomaden. Um 110 v. Chr. schliessen sich zwei ihrer vier Stämme dem aus Norddeutschland stammenden germanischen Volk der Kimber an, die nach Gallien (heutiges Frankreich) unterwegs sind. **Divico**, Anführer des einen Helvetierstamms, schlägt 107 v. Chr. die Römer bei Agen (Südwestfrankreich). Doch nach anfänglichen Erfolgen wendet sich das Blatt zugunsten der Römer, und die Helvetier müssen sich in ihr Stammland zurückziehen.

- Formal besitzen alle Helvetier den gleichen sozialen Rang. Allerdings können sich einige durch wirtschaftliche Tätigkeiten bereichern und eine eigentliche aristokratische Oberschicht bilden. Diese verwendet auch das griechische Alphabet.

Die Schrift wird 3000 v. Chr. in Mesopotamien (heute Irak) und in Ägypten erfunden. Die aus dem östlichen Mittelmeerraum stammenden Phönizier schaffen um 1500 v. Chr. ein Alphabet, das später von den Griechen und den Römern zum heutigen lateinischen Alphabet weiterentwickelt wird.



Neben den Helvetiern leben im 1. Jh. v. Chr. weitere keltische Stämme in der Schweiz: die Rauriker (oder Rauracher) bei Basel, die Sequaner im westlichen Jura, die Allobroger bei Genf und verschiedene kleinere Stämme im Wallis. Am Vorder- und Hinterrhein, im Engadin, im Rheintal und am Walensee siedeln die Räter (ein nicht keltischer Stamm), südlich der Alpen – im Tirol und im Tessin nördlich des Monte Ceneri – die Lepontier, die sich schon seit 200 v. Chr. unter römischer Herrschaft befinden.

100 v. Chr. – 476 n. Chr.

Die Schweiz im Römischen Reich

Während ihrer Wanderungszeit werden die Helvetier von den Römern unterworfen. Diese kolonisieren die heutige Schweiz.

Als Grenzgebiet des Römischen Reiches erhält die Schweiz militärische Bedeutung. Die römische Besatzungszeit ist eine Blütezeit.

Einfallende Barbaren vertreiben die Römer und neue Stämme bevölkern das Land.



Der helvetische Aristokrat Orgetorix plant die Wanderung seines Volkes nach Gallien seit 61 v. Chr. Gleichzeitig schmiedet er mit anderen gallischen Feldherren einen Komplott, um als König die Macht an sich zu reißen. Der Plan wird aufgedeckt und Orgetorix von seinen monarchiefeindlichen Landsleuten abgesetzt. Kurz darauf wird er ermordet. Seinen Wanderungsplan führen die Helvetier dennoch aus.

Die Niederlage der Helvetier

- Im 1. Jh. v. Chr. herrschen die Römer bereits über ein riesiges Reich. Von Genf aus, das in einer römischen Provinz liegt, beginnt **Julius Cäsar** mit der Eroberung Galliens, zu dem auch das Gebiet der Helvetier gehört.
- 58 v. Chr. brechen 368 000 Helvetier (darunter 92 000 Soldaten) vom Mittelland nach Westen auf (siehe Kästchen). Die Gründe sind unklar: Platzmangel? Furcht vor den Germanen im Norden? Nomadenmentalität? Ihr Aufbruch markiert den Beginn des **gallischen Krieges**.

Auf ihrer Wanderung verwehrt Julius Cäsar den Helvetiern in Genf den Durchgang, verfolgt sie auf ihrer Ausweichroute durch das Burgund und schlägt sie in einer blutigen Schlacht bei Bibracte (250 km westlich von Genf). Die 110 000 Überlebenden müssen in ihre alten Wohngebiete zurückkehren.

Als Preis für ihre Autonomie müssen die Helvetier nun auf Geheiss der Römer die Nordgrenze ihres Gebietes gegen den Einfall der Germanen schützen. Dieses Abkommen wird 52 v. Chr. gebrochen, als 8000 Helvetier dem gallischen Feldherrn Vercingetorix im Aufstand der Gallier gegen die Römer zu Hilfe eilen. Julius Cäsar geht als Sieger aus dem Konflikt hervor und kolonisiert die eroberten Gebiete, einschließlich der Schweiz.

Die Ankunft der Römer

Die Kolonialisierung der Schweiz vollzieht sich schrittweise. Um 44 v. Chr. lassen sich die Römer in Nyon (VD) und Augst (BL) nieder. Danach werden an verschiedenen strategischen Stellen weitere römische Garnisonen eingerichtet.

Um 13 v. Chr. erobern die Römer das Wallis und die Bündner Täler.

Eine strategisch wichtige Region

- Nördlich des Rheins (heutiges Deutschland) leben germanische Völker. Für die Römer stellen sie eine ständige Bedrohung dar. Nach einem gescheiterten Germanienfeldzug setzt sich das römische Heer 16 v. Chr. am Rhein fest, der damit zu einer römischen Grenze wird.
- Das römische Heer errichtet auf helvetischem Boden Militärlager, etwa in Windisch (AG). Die Präsenz der Römer belebt die lokale Wirtschaft. Daneben entwickelt sich ein dichtes Strassennetz (»Römerstrassen«).

Zwischen 100 und 260 verliert die Schweiz ihre strategische Bedeutung, als der Süden des germanischen Reiches unter römische Herrschaft gelangt und die Reichsgrenze nach Norden verschoben wird.

Blütezeit und Niedergang

Das helvetische Gebiet mit seinem Hauptort Avenches (VD) passt sich allmählich der Kultur seiner Besatzungsmacht an. Weit herum wird Latein gesprochen. Diese militärlose Zeit (»**pax romana**«) um 150 n. Chr. ist eine wirtschaftlich-kulturelle Blütezeit. Danach verschlechtert sich die Lage: Die Wirtschaft lahmt und es brechen erneut unsichere Zeiten an.

Im Jahr 275 fallen die Alemannen in die Schweiz ein. Sie lassen sich noch nicht nieder (→ S. 15), plündern aber Avenches und Kaiseraugst.

- Die **Barbareneinfälle** läuten das Ende des Römischen Reiches ein. Fremde Völker (Goten, Vandale, Hunnen, Franken, Alemannen usw.) erobern Europa. Die Römer müssen die Schweiz um 400 verlassen. Beim Untergang des weströmischen Reiches im Jahr 476 ist das schweizerische Gebiet von den Burgunden im Westen und den Ostgoten im Osten besetzt.





Während der römischen Herrschaft bilden sich in der Schweiz urbane Zentren: Avenches, Nyon, Kaiseraugst und Martigny. Sie verfügen alle über Thermen und Amphitheater. Im ganzen Mittelland bilden sich hunderte von landwirtschaftlichen Besitztümern, die oft noch heute existierende Ortschaften begründen. Im Alpenraum entwickeln sich wichtige Verkehrsachsen, etwa der Große St. Bernhard. In die Kultur der Kelten fließen römische Elemente ein: Sprache, Religion, Kunst, Gesellschaft, Sitten und Bräuche, Wirtschaft und Technik. Ebenso führen die Römer Dachziegel ein, Backsteine, Wasserleitungen, Abwassersysteme, Nägel, Kran, Musikinstrumente (Flöte, Orgel), Katzen und Tauben – und nicht zuletzt den Knoblauch.

313–550

Religionen und Sprachen

Der Untergang des Römischen Reiches beendet die Antike und eröffnet das Mittelalter.

In der Schweiz breitet sich das Christentum aus, und allmählich bildet sich die deutsch-französische Sprachgrenze als Folge der alemannischen Landnahme im Osten und der burgundischen im Westen.

Das Gebiet der Schweiz wird immer stärker von den Franken dominiert.

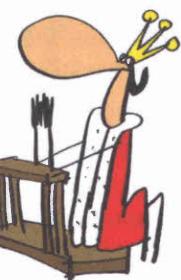


Im Jahr 515 gründet der Burgunderkönig Sigismund über dem Grab des Märtyrers Mauritius in Agaunum (heute St-Maurice, VS) eine Abtei. Mauritius kommandierte eine römische Legion. Um 300 sollen er und seine 6500 Mann starke Truppe sich geweigert haben, dem christlichen Glauben abzuschwören, worauf sie Kaiser Maximian töten lässt. Legende oder Wahrheit? Wurde eine Märtyrerlegende ins Wallis verlegt, die sich tatsächlich andernorts zugegrauten hat? Wie auch immer, dieses Ereignis führt zur Gründung einer der wichtigsten Abteien der Schweiz.

Das Christentum als römisches Erbe

- Der Untergang des Römischen Reiches als Folge der Germaneneinfälle markiert das Ende der Antike und den Beginn des **Mittelalters**. Die Germanen zerschlagen die römische Ordnung allerdings nicht vollständig. Sie übernehmen sogar teilweise die bestehenden Verwaltungsstrukturen, die Sprache oder das Wirtschaftssystem. Wichtigstes Vermächtnis der Römerzeit an das Mittelalter ist aber das Christentum.
- Das Christentum ist im Römischen Reich ab 313 geduldet und wird 391 einzige Staatsreligion. Allmählich breitet es sich auch in den verschiedenen germanischen Königreichen aus.

So lässt sich der Merowingerkönig Chlodwig am Ende des 5. Jahrhunderts taufen, um seine Stellung an der Spitze des Frankenreiches zu stärken.



„SEIT WANN IST DENN OPPORTUNISMUS EINE CHRISTLICHE TUGEND?“



Das Christentum in der Schweiz

- In der Schweiz wird das Christentum durch konvertierte römische Soldaten eingeführt. Früheste christliche Zeugnisse sind Grabinschriften und religiöse Objekte oder Stätten.
- Die ältesten Kirchen (z.B. in Genf oder Martigny) und Bistümer (in Basel, Chur, Martigny und Genf) stammen aus der Zeit zwischen 350 und 400.*
- In ländlichen Gebieten überleben teilweise heidnische (nicht christliche) Bräuche. Es kommt auch vor, dass religiöse Stätten von einer Religion zur anderen übergehen. Teilweise wird der christliche Glaube durch die vordringenden Alemannen auch zurückgedrängt.

Gallische Missionare gründen in St-Ursanne (JU) und Romainmôtier (VD) religiöse Gemeinschaften. Auf den irischen Mönch Gallus, der sich 612 im sankt-gallischen Steinachtal niederlässt, geht das Kloster St. Gallen zurück. Es entsteht in der Mitte des 8. Jahrhunderts.

Neue Besatzungsmächte

Die Burgunder

Seit 443 besetzen die aus Dänemark stammenden Burgunder das Genferseegebiet und den Jurabogen bis in den Aareraum. Sie sind zahlenmäßig nicht sehr stark und integrieren sich rasch in die lokale Bevölkerung. Sie übernehmen deren Sprache, Religion und Kultur. Sie gründen ein Königreich, das die Westschweiz, burgundisches Gebiet im Nordwesten und das Gebiet bis zur Durance im Süden umfasst. Genf wird einer der Hauptorte. 534 werden die Burgunder allerdings von den Franken (Merowinger) unterworfen, die Gallien besetzen.



Rom, römisch, romanisch ... Die vierte Landessprache der Schweiz wird heute in verschiedenen Dialektarten noch in mehreren Bündner Tälern gesprochen. Das Romanische wird allerdings durch die schlechende Germanisierung bedrängt. Die romanischsprachende Bevölkerung umfasst noch etwa 35 000 Personen.

Die Alemannen

Die Alemannen, die das Gebiet östlich des Rheins besetzt halten (ein Teil des heutigen Deutschland), dringen ab der Mitte des 5. Jahrhunderts nach Westen vor. 496 werden sie dabei vom Merowingerkönig Chlodwig geschlagen und seiner Herrschaft unterworfen. Ab dem 6. Jahrhundert lassen sich die Alemannen, noch immer unter fränkischer Hoheit, in grösserer Zahl auf dem Gebiet der Schweiz nieder. Diese Landnahme zieht sich über Jahrhunderte hin.

Der Ursprung des Röstigrabens

Die germanischen Burgunder übernehmen die Sprache der Westschweizer Bevölkerung. Es handelt sich dabei um ein fehlerhaftes, zum Dialekt («patois») gewordenes Latein, aus dem sich über längere Zeit das heutige **Französisch** entwickelt. Die Alemannen setzen dagegen in ihren Gebieten mit der Zeit ihre germanische Sprache (alemannische Dialekte) durch. Auf sie geht das heutige **Deutsch** zurück.

Allmählich bildet sich so die deutsch-französische Sprachgrenze heraus. Die Ausdehnung des Deutschen wird an der Saane gestoppt. Westlich davon setzt sich das lateinische Erbe durch.

Südlich der Alpen, im Tessin, behauptet sich der auf das Latein zurückgehende lombardische Dialekt. Aus ihm entwickelt sich das moderne **Italienisch**.



550–1291

Franken und Hl. Römisches Reich

Die Schweiz wird von den Franken beherrscht, den Vorfahren Karls des Grossen.

Das Gebiet wird mehrmals unter verschiedenen Herrschern aufgeteilt. Um die Jahrtausendwende kehrt nach einer Phase der Anarchie Ordnung ein. Grosse Herrscherfamilien bauen ihren Einfluss aus und gründen Städte.

Die Schweiz wird Teil des neu geschaffenen Heiligen Römischen Reiches.

Die Frankenzeit

- Um 550 annexieren die Franken Rätien (Graubünden). Damit kontrollieren sie das gesamte Gebiet der Schweiz, nachdem sie die vormaligen burgundischen Besatzer einige Zeit früher verdrängt hatten. Ständige Thronkämpfe unter den verschiedenen fränkischen Herrschern prägen das 7. und 8. Jahrhundert.
- Dem Franken **Karl dem Grossen**, der sich an Weihnachten 800 vom Papst zum Kaiser krönen lässt, gelingt es, eine zentralisierte Herrschaftsordnung durchzusetzen. Die Zeiten davor und danach zeigen ein zersplittertes Europa. Verschiedene Gebiete (Kaiser- und Königreiche, Herzogtümer usw.) bilden einen unübersichtlichen Flickenteppich. Lokale Herrscher (Adlige, Äbte oder Bischöfe) regieren über die Bevölkerung. Ihre Gebiete verändern sich ständig durch Eroberungen, Erbschaften oder Heiraten. Auch die Schweiz ist in verschiedene Einflussbereiche aufgeteilt und existiert weder als eigenständiger Staat noch als zusammenhängendes Gebiet.

Das Ende des 1. Jahrtausends

- Am Ende des 9. Jahrhunderts liegt der Nordosten der Schweiz im Einflussbereich der Herzöge von Schwaben, die auch Süddeutschland beherrschen. Zürich ist damals ein wichtiges Zentrum. Die Westschweiz ist Teil des Königreichs Burgund (dem Osten des heutigen Frankreich), das 888 in St-Maurice (VS) ausgerufen wird.
- Das 10. Jahrhundert steht im Zeichen der ungarischen Invasion im Osten (St. Gallen wird 926 geplündert) und dem Einfall der Sarazenen (nordafrikanische Muslime) im Westen (die Abtei St-Maurice wird 940 ausgeraubt).

Der Priester Bernhard von Menthon vertreibt die Sarazenen 972 endgültig. Später gründet er das Hospiz auf dem Grossen St. Bernhard. Von ihm erhielt der Pass auch seinen Namen.



Das Heilige Römische Reich

- Nach der Eroberung Italiens lässt sich der deutsche König **Otto der Große** 962 von Papst Johannes XII. zum Kaiser krönen. Dies ist die Geburtsstunde des Heiligen Römischen Reiches. 1032 fällt nach dem Tod von Rudolf III. das Burgund, und damit auch die westlichen Teile der Schweiz, an das deutsche Reich.

Die Bezeichnung «Heiliges Römisches Reich» verweist einerseits auf die christliche Tradition, andererseits darauf, dass sich seine Führer als Nachkommen der römischen Kaiser betrachten. Später kommt der Zusatz «deutscher Nation» hinzu.

- In dieser Zeit wird die lange herrschende Anarchie durch wirtschaftliche, demografische und kulturelle Stabilität überwunden. Städte auferstehen oder werden neu gegründet. Einige unter ihnen, etwa Zürich oder Solothurn, nützen die schwache Stellung des Kaisers aus und erlangen grosse Selbstständigkeit.

Grosse Geschlechter

In dieser Zeit bauen mehrere Geschlechter ihre Macht aus:

- Die **Zähringer** gründen 1157 Freiburg und 1191 Bern. Die Familie stirbt 1218 aus.
- Die **Habsburger** (deren Name auf die im Aargau gelegene Habsburg zurückgeht) dehnen ihr Machtgebiet auf die Alpen aus. Mehrere Habsburger werden zu Kaisern des Heiligen Römischen Reiches gekrönt. Das Habsburgergeschlecht prägt die Schweiz bis ins 17. Jahrhundert.
- Die **Grafen von Savoyen** fassen ab dem Ende des 11. Jahrhunderts zwischen Genfersee und dem Unterwallis Fuss. Vom Schloss Chillon aus dehnen sie ihre Macht durch Erwerbungen oder Bündnisse ins Waadtland aus.



Die Habsburg liegt auf dem Gebiet der Gemeinde Habsburg (AG). Angeblich benennt ihr Erbauer Radbot auf einem Jagdausflug das Schloss «Habichtsburg», nachdem sich ein Habicht auf die Schlossmauer gesetzt hat. Wahrscheinlicher ist jedoch, dass der Name auf das alteutsche «hab» oder «haw» (für «Flussübergang») zurückgeht. Dies verweist auf die Funktion der Burg: sie sollte die Furt von Altenburg (bei Brugg) bewachen. Die Burg wird um 1020 gebaut, verliert dann für die Habsburger aber rasch an Bedeutung. Graf Rudolf von Habsburg etwa weilt nur ein einziges Mal dort (im Jahre 1256). 1415 geht die Burg an die Eidgenossen verloren. Nach der Gründung des Aargaus 1803 übernimmt sie der Kanton und lässt sie umfassend renovieren.

„SO WERDEN WIR ABER KAUM JE EINE GROSSE FAMILIE! ...“



Die Gründungs-schritte zur Eidgenossenschaft (1291–1516)

Die Gründung der Schweiz
Siege über die Habsburger
Das Jahrhundert der Eroberungen
Marignano und die Neutralität



1291

Die Gründung der Schweiz

Drei Alpentäler schliessen sich zur Verteidigung ihrer Interessen und Traditionen gegen die Habsburger zusammen.

Ein Bündnis zwischen Uri, Schwyz und Nidwalden besteht schon vor 1291. Das älteste schriftliche Zeugnis dieses Bundes ist hingegen eine im August 1291 unterzeichnete Urkunde. Sie wird später als eigentliche Gründungsakte der Eidgenossenschaft angesehen.

Der Rütlischwur der drei Eidgenossen und die Heldentat Wilhelm Tells gehören zu den Gründungslegenden der Schweiz.



Die künftigen Halbkantone Ob- und Nidwalden sind seit je zwei getrennte Gebilde. Im 13. Jahrhundert bezeichnet der Name Unterwalden beide Gebiete. Im Bundesbrief von 1291 ist aber nur Nidwalden erwähnt. Auch das dem Bundesbrief angehängte Siegel Unterwaldens gilt offensichtlich zunächst nur für Nidwalden, das alleine mit Uri und Schwyz den Pakt unterzeichnete. Das Siegel soll später abgeändert worden sein, nachdem auch Obwalden dem Bündnis beigetreten ist.

Einheit macht stark

- Im 13. Jahrhundert herrschen die Habsburger im Heiligen Römischen Reich über Österreich und die heutige deutsche Schweiz. Rund um den Vierwaldstättersee leben selbstständige Gemeinschaften, die sogenannten **Waldstätten** (Uri, Schwyz, Unterwalden; siehe Kästchen). In diesen abgelegenen Talschaften ist das Leben hart. Sie versuchen deshalb, mit nachbarschaftlichen Hilfestellungen ihre Lebensumstände zu verbessern und die Sicherheit zu gewährleisten. Da die Lage dieser Gebiete an wichtigen Durchgangsrouten von strategischer Bedeutung ist, wecken sie die Begehrlichkeiten fremder Herren.



- Verschiedene Städte (etwa Bern, Zürich oder Luzern) schliessen Bündnisse zur Garantie ihrer Sicherheit und Entwicklung. Solche Städtebündnisse entstehen im Verlauf des 13. Jahrhunderts in ganz Europa.

Die Eidgenossenschaft ist ein Bündnis, bei dem sich zu Beginn vor allem ländliche Gebiete zusammenschliessen. Stadtstaaten kommen erst später dazu. Das ist damals eine Besonderheit.

Kaiserliche Privilegien

- 1231 richtet Uri mit dem Übergang über den Gotthard eine strategisch wichtige Achse mitten in Europa ein. Dafür garantiert der Kaiser Uri die «Reichsunmittelbarkeit», also die direkte Unterstellung unter die kaiserliche Hoheit. Dadurch werden fürstliche (habburgische) Zwischengewalten ausgeschaltet. *Die Reichsunmittelbarkeit wird in dieser Zeit mehreren Städten gewährt, aber nur wenigen ländlichen Gebieten. Uri ist dadurch ein Sonderfall.*
- Auch Schwyz erhält 1240 die Reichsunmittelbarkeit garantiert und wird so von den Habsburgern unabhängig.

Der Bund von 1291 (→ Karte 1, S. 38)

- Die Waldstätten sind schon vor 1291 verbündet. Auch Bündnisse zwischen Landregionen sind in der damaligen Zeit nichts Ungewöhnliches.

- 1291 stirbt Rudolf I., der erste Habsburger Kaiser. Nach seinem Tod am 15. Juli kommt Unsicherheit über seine Nachfolge auf. In dieser Situation beschliessen Uri, Schwyz und Nidwalden (später auch Obwalden), ihren Bund zu erneuern. Sie unterzeichnen Anfang August einen Vertrag («Bundesbrief»).

- Dieser Bundesbrief liegt heute im Bundesbriefarchiv in Schwyz. Ab Ende des 19. Jahrhunderts wird er als eigentliche Gründungsakte der Schweiz betrachtet.

Davor galt 1307 als Gründungsjahr der Eidgenossenschaft. Der 1. August wird 1891 zu ihrem 600. Geburtstag Nationalfeiertag. Die Geschichtswissenschaft sieht im Bundesbrief heute nicht mehr eine einzige Urkunde, welche die Gründung der Schweiz kennzeichnet. Er wird als Beispiel für damals übliche Bündnisse betrachtet, von denen aber nur wenige schriftlich festgehalten wurden und die Zeit überdauerten. Solche Bündnisse waren die Grundlage für eine Entwicklung, die in den folgenden 200 Jahren zur Entstehung der Eidgenossenschaft führte.



- Was der Bundesbrief festhält:
- Die drei Orte sichern sich gegenseitigen Beistand zu, ohne sich von ihrem Herrn (dem Kaiser) loszusagen.
 - Im Konfliktfall unter den drei Verbündeten sollen die Weisesten vermitteln.
 - Die administrative Eigenständigkeit wird bekräftigt, was die Ablehnung habburgischer Beamter bedeutet.
 - Die Bündnispartner vereinbaren gegenseitige Rechtshilfe: Ein Straftäter aus Uri wird auch in Schwyz richterlich verfolgt, sollte er dorthin fliehen.

Der Rütlischwur

Der Legende nach haben sich die Waldstätten gegen die Herrschaft der Habsburger aufgelehnt. Werner Stauffacher (SZ), Walter Fürst (UR) und Arnold von Melchtal (NW) – die drei Eidgenossen – sollen je 10 Mann auf das Rütli am Vierwaldstättersee geführt haben. Dort schwören sie, für die Freiheit zu kämpfen.

Wilhelm Tell

Die Geschichte Tells kursiert in verschiedenen Versionen. Gemäss der bekanntesten soll Tell sich geweigert haben, den an einem Stab befestigten kaiserlichen Hut auf dem Hauptplatz in Altdorf (UR) beim Vorbeigehen zu grüssen, wie es Landvogt Gessler, der lokale Verwalter der Habsburger, vorgeschrieben hatte. Gessler soll Tell daraufhin unter Androhung des Todes befohlen haben, mit der Armbrust einen Apfel vom Kopf seines Sohnes Walter zu schiessen. Obwohl Tells Schuss gelingt, wird er verhaftet. Allerdings soll ihm die Flucht gelungen sein. Drei Tage später tötet er Gessler an der «Hohlen Gasse».

DIE GESCHICHTE WILHELMTELLS



1291–1393

Siege über die Habsburger

Mit vereinten Kräften fordern die Waldstätten die Habsburger auf dem Schlachtfeld heraus.

In Morgarten, Sempach und Nafels besiegen einfache Bergler zahlenmäßig und kriegstechnisch überlegene Truppen. Dem Bündnis treten fünf neue Mitglieder bei.

Ihre Siege bestärken die Verbündeten in ihrer Absicht, sich noch enger zusammenzuschliessen.



1359 tragen Berner Soldaten als gemeinsames Erkennungszeichen zwei gekreuzte Stoffstreifen auf ihren Uniformen. Das weiße Kreuz auf rotem Grund findet sich als heiliges Zeichen auch auf der Fahne des deutschen Kaisers. Mit dem Bundesvertrag von 1815 (→ S. 48) wird das weiße, gleichmäigige Kreuz auf rotem Grund Schweizer Wappen. Seine heutige Form erhält das Schweizerkreuz 1889 durch einen Bundesratsbeschluss, der festlegt, dass die Arme ein Sechstel länger als breit sind.

Die Schlacht am Morgarten

- Nach 1291 geht die Auseinandersetzung zwischen den Waldstätten (die ihre Autonomie verteidigen) und den Habsburgern (welche die Kontrolle über das Mittelland und den Gotthard anstreben) weiter. Die beiden Lager treffen 1315 am Morgarten (SZ) aufeinander.

Etwa 1500 Schweizer locken 3000–5000 Soldaten des Habsburger Herzogs Leopold I. in einen Hinterhalt, töten sie oder treiben sie in die Flucht.

- Nach dem Sieg in der Schlacht am Morgarten schliessen die Waldstätten am 9. Dezember 1315 in Brunnen (SZ) ein neues Bündnis. Von nun an spricht man von den Eidgenossen.

Neue Bündnispartner (→ Karte 2, S. 38)

Nach Morgarten treten dem Bund fünf neue Orte bei.



Luzern, 1332 – Als Handelszentrum in unmittelbarer Nachbarschaft der Waldstätten will sich Luzern durch den Beitritt seine Unabhängigkeit von den Habsburgern bewahren.



Zürich, 1351 – Die Stadt ist durch die Seidenindustrie zu wirtschaftlicher Stärke gelangt. Für ihre Handels- und Exporttätigkeiten braucht sie den Zugang zum Gotthard und somit ein Bündnis mit den Waldstätten.



Glarus, 1352 – Die Talschaft will die Habsburger Herrschaft abwerfen. Obwohl strategisch unbedeutend (da ohne Alpenpässe), nehmen die Eidgenossen Glarus mit einem Sonderstatus in ihr Bündnis auf.



Zug, 1352 – Als wichtige Verbindung zwischen Zürich und der Innerschweiz wird die Stadt von den Bündnispartnern belagert und eingenommen.

Kurze Zeit später müssen die Eidgenossen Zug und Glarus an die Habsburger zurückgeben. Sie holen Zug 1365 und Glarus 1388 (in der Schlacht von Nafels) zurück.



Bern, 1353 – Die Stadt hat durch Kriegszüge ihr Herrschaftsgebiet ausgeweitet (unter anderem im Berner Oberland). Bern tritt dem Bund bei, um seine Eroberungen zu sichern.

Sempach und Nafels

Hauptgrund für das Bündnis der Eidgenossen sind die Habsburger, gegen welche sie nach Morgarten zwei weitere Schlachten führen.

Die Schlacht von Sempach, 9. Juli 1386

Luzern, das der Eidgenossenschaft bereits beigetreten ist, will sich weiter von den Habsburgern emanzipieren. Die beiden Lager treffen im luzernischen Sempach aufeinander. Die habsburgischen Truppen sind 4000 Mann stark, die Eidgenossen (Luzerner mit Unterstützung aus den Waldstätten) stellen 1600 Mann. Trotzdem gewinnen sie die Schlacht. 1800 Habsburger verlieren ihr Leben, unter ihnen auch ihr Anführer, Herzog Leopold III.

Die Schlacht von Nafels, 9. April 1388

Glarus (schon 1352 für einige Wochen in der Eidgenossenschaft) erklärt seine Unabhängigkeit. Darauf lassen die Habsburger 6500 Soldaten aufmarschieren. Sie treffen in Nafels (GL) auf zehn Mal weniger Glarner und Schwyzer. Die Glarner obsiegen trotzdem und treten der Eidgenossenschaft definitiv bei.

Neue Bündnisse

- 1370 schliessen die Orte, die den Gotthard kontrollieren (alle ausser Bern und Glarus), ein Bündnis («Pfaffenbrief»). Sie schaffen eine für alle verbindliche Rechtsordnung und wollen die Sicherheit der Handelswege (Gotthard–Zürich) garantieren.
- 1393 unterzeichnen alle acht Orte erstmals ein gemeinsames Dokument, den «Sempacherbrief» – ein wichtiger Vorgang, mit dem die früheren Bündnisse (u. a. der Pfaffenbrief) bekräftigt werden. Im Sempacherbrief geben sich die Eidgenossen gemeinsame Regeln, um etwa in kriegerischen Handlungen für Disziplin zu sorgen und Grausamkeiten zu verhindern. Die Bestimmungen werden allerdings oft nicht eingehalten.

Morgarten, Sempach und Nafels haben eine Gemeinsamkeit: Zahlenmäßig unterlegene Bergler besiegen kriegserfahrene Truppen. Die Eidgenossen werden so zu gefürchteten Kriegern mit dem Ruf, unerschrocken, aber bisweilen auch grausam zu sein.



Um den Nidwaldner Arnold Winkelried rankt sich eine Legende. Er soll sich in der Schlacht von Sempach für die Eidgenossen geopfert haben, indem er sich in die Lanzen der Österreicher warf und so eine Bresche in die gegnerische Linie riss. Dabei soll er seinen Kameraden zugerufen haben: «Der Freiheit eine Gasse. Sorget für mein Weib und Kind.» Allerdings wird Winkelried in den Schilderungen der Schlacht nicht erwähnt. Der Name taucht erst zwei Jahrhunderte später in Chroniken auf. Die Existenz Winkelrieds ist historisch belegt. Gestorben ist er allerdings nicht in Sempach.



1393–1477

Das Jahrhundert der Eroberungen

Die Eidgenossenschaft der acht Orte dehnt ihr Gebiet aus.

Die Schweizer Krieger sind gefürchtet. In den Burgunderkriegen spielen sie an der Seite Frankreichs eine wichtige Rolle beim Sturz Karls des Kühnen.

Die Sieger schlagen aus ihren Erfolgen keinen Profit.



Im Lager der Eidgenossen spielen die Schwyzler auf dem Schlachtfeld mehrmals die Hauptrolle. Aus diesem Grund bezeichnet der Name später das ganze Land. Aus Schwyz wird «Schweiz», französisch «Suisse», italienisch «Svizzera» und romanisch «Svizra».

„DIE SCHWEIZER VON DAMALS HATTEN WEITBLICK UND DEN SINN FÜR GROSSE... DIE LIESSEN NICHT AUF SICH HERUMTRAMPeln!“



Die territoriale Ausdehnung

Nach den Siegen über die Habsburger bekräftigen die Eidgenossen ihre Unabhängigkeit und dehnen sich aus. Sie versuchen, ein weniger zerstückeltes Gebiet zu formen. Gleichzeitig streben sie durch Bündnisse, Erwerbungen oder Eroberungen die Kontrolle über die Alpenpässe an. Dadurch vergrössert sich ihr Gebiet in etwas mehr als 50 Jahren um das Vierfache.

- 1400 In der Absicht, die Alpenübergänge östlich des Gotthards zu sichern, schliessen die Eidgenossen einen Pakt mit den drei Bünden (drei Gebiete, aus denen der heutige Kanton **Graubünden** entstanden ist).
- 1402 Uri schliesst mit der Leventina (**Nordtessin**) einen Pakt. Damit stösst das erste nicht deutschsprachige Gebiet zur Eidgenossenschaft.
- 1403 Ein Bündnis zwischen Luzern, Uri, Ob- und Nidwalden mit dem **Wallis** sichert die Westflanke des Gotthards.
Das Wallis ist damals ein unabhängiges Bistum innerhalb des Heiligen Römischen Reiches. Mit der Zeit wird es zu einer föderalen Republik (1613) mit eigenständigen Bezirken.
- 1415 Die Eidgenossen erobern den **Aargau**. Das Gebiet wird zwischen Bern, Luzern und Zürich aufgeteilt.
- 1436 Nach einer kriegerischen Auseinandersetzung mit Zürich kontrolliert Schwyz mit dem Toggenburg einen Teil des heutigen Kantons **St. Gallen**.
- 1451 Die Eidgenossen verbünden sich mit der Stadt St. Gallen, danach auch mit **Appenzell** (1452), **Schaffhausen** (1454) und Mülhausen (Elsass, 1466).
- 1460 Eroberung des **Thurgaus**.

„TJA, DAS WAREN NOCH ZEITEN! ...“



Die Burgunderkriege

Westlich der achtörtigen Eidgenossenschaft, im heutigen Frankreich, befinden sich die Gebiete des Herzogs von Burgund, **Karls des Kühnen** (seit 1467).

- Die Eidgenossen sind beunruhigt über den wachsenden Einfluss der Burgunder, die ins Elsass und nach Süddeutschland eingedrungen sind. Sie verbünden sich mit dem französischen König Ludwig XI. und erklären 1474 den Burgundern gemeinsam den Krieg.
- Das mit den Burgundern verbündete Herzogtum Savoyen beherrscht die Waadt. 1475 versuchen die Berner, dieses Gebiet zu erobern. Dabei werden sie von den Burgundern bei **Grandson** vernichtend geschlagen und müssen sich zurückziehen.
- Wenige Monate danach eilen die Eidgenossen den Bernern zu Hilfe und vertreiben die Burgunder aus Grandson. Karl der Kühne wagt darauf einen weiteren Angriff – diesmal in **Murten** (FR) –, wird aber 1476 erneut geschlagen.

Die Burgunderkriege enden 1477 in Nancy. Mit Unterstützung der Eidgenossen vernichten die französischen Truppen die Armee Karls des Kühnen, der in dieser Schlacht fällt.

- Als Folge der Burgunderkriege gewinnen die Schweizer neue Gebiete hinzu:
 - Die Berner besetzen die Region um Aigle (VD), das erste französischsprachige Gebiet der Eidgenossenschaft. Die Franche-Comté bleibt ihnen hingegen vorenthalten.
 - Das Wallis dehnt sich im Westen bis nach St-Maurice aus.

„ICH WÜNSCHTE,
DIE SCHWEIZER
WÄREN NEUTRAL!“



Am Ende des 15. Jahrhunderts ist die Schweiz in Europa eine militärische Grossmacht. Die Schweizer Krieger sind für ihre Tapferkeit bekannt. Zahlreich ziehen sie als Söldner für ausländische Herrscher in die Schlachten. Für die oft rückständigen ländlichen Gebiete in der Schweiz ist das Söldnerwesen eine wichtige Einnahmequelle. Während des 350 Jahre dauernden Söldnerwesens stehen sich auf manchen Schlachtfeldern Schweizer in verfeindeten Lagern gegenüber.

1481-1516

Marignano und die Neutralität

Auf dem Gipfel ihrer Macht schielen die Schweizer über die Alpen nach Süden.

Zu den acht alten Orten kommen fünf weitere hinzu. Die 13-örtige Eidgenossenschaft erringt in den oberitalienischen Feldzügen eine Siegesserie, die durch die Niederlage in der Schlacht von Marignano beendet wird.

Die Schweiz wird daraufhin neutral.



Die Tagsatzung tritt seit dem 13. Jahrhundert mehrmals jährlich hinter verschlossenen Türen als Entscheidungsorgan der Orte der alten Eidgenossenschaft zusammen. Ihre Funktion entwickelt sich über die Jahrhunderte, sie gewinnt aber kaum an Macht. Jeder Ort entsendet ein oder zwei Mitglieder. Die zugewandten Orte, wie das Wallis oder Graubünden, sind manchmal ebenfalls vertreten. Da Beschlüsse einstimmig gefällt werden müssen, bleiben vor allem Grundsatzen oft in der Schwebe. Erschwerend kommen Stadt-Land-Gräben oder konfessionelle Gegensätze als Folge der Reformation hinzu.

* Zu dieser Zeit sind Appenzell (→ S. 31) und Basel (→ S. 49) noch nicht geteilt; die hier gezeigten Wappen sind nicht offiziell.

Fünf neue Orte (→ Karte 3, S. 39)



SO

Freiburg und Solothurn, 1481 – Die beiden Städte haben sich an den Burgunderkriegen beteiligt. Danach bitten sie um Aufnahme in die Eidgenossenschaft. Deren ländliche Orte fürchten aber um ihre Mehrheit. Darauf tritt in Stans die Tagsatzung zusammen. Nach dreijähriger Krise vermittelt der Obwaldner Niklaus von Flüe einen Kompromiss («Stanser Verkommnis»). Freiburg und Solothurn werden aufgenommen.

Der eidgenössische Zusammenschluss wird verstärkt. Orbe, Echallens, Murten und Grandson werden zu Gemeinen Herrschaften (→ S. 34).



BA*



SH

Basel und Schaffhausen, 1501 – Die beiden Städte, die mit den übrigen Orten bereits verbündet sind, werden Vollmitglieder.



AP*

Appenzell, 1513 – Die ebenfalls mit den Eidgenossen verbündeten Appenzeller kommen als 13. Ort hinzu.

Auf dem Weg zur Unabhängigkeit

Im Schwabenkrieg (1499) fügen die Eidgenossen dem Reich mehrere Niederlagen zu. Der darauffolgende Friedensschluss befreit sie von den Wormser Beschlüssen, die die Herrschaftsansprüche des Kaisers ausgeweitet hatten. Das bringt ihnen weitgehende Unabhängigkeit vom Reich. Die vollständige Lösung wird 1648 erreicht (→ S. 36).

Die oberitalienischen Feldzüge

- Seit je bemühen sich die Eidgenossen um die Kontrolle der Alpenpässe. Uri manifestiert seinen Machtanspruch bereits in der Leventina, möchte aber seinen Einfluss bis nach Mailand ausdehnen. Allerdings haben es auch andere europäische Mächte, unter ihnen Frankreich, auf das lombardische Herzogtum abgesehen.

Über die «ennetbirgischen Unternehmungen» ist man sich in der Eidgenossenschaft uneins. So sähen Bern und Zürich die Stossrichtung lieber gegen Westen (welsche Schweiz) statt gegen Süden.



Am Abend des 13. September 1515 müssen Franzosen und Schweizer in Marignano die Kampfhandlungen unterbrechen, weil sie in der Dunkelheit Freund und Feind nicht mehr auseinanderhalten können. Bunt durchmischt legen sie sich auf dem Schlachtfeld schlafen. Bei Tagesanbruch flammen die Kämpfe wieder auf.

- 1495 verspricht Ludwig von Orléans den Schweizern Bellinzona, Lugano, Locarno und Arona (heute Italien) als Lohn für ihre offizielle Unterstützung und für die Entsendung von Söldnern in seinen Feldzug gegen Mailand. Fünf Jahre später – inzwischen König von Frankreich – siegt Ludwig XII. in der Lombardei. Er tritt aber einzlig Bellinzona an Uri, Schwyz und Nidwalden ab.

- Die Eidgenossen fühlen sich hintergangen. 1509 schliessen sie ein Bündnis mit Papst Julius II. Dieser ist Frankreich feindlich gesinnt.

- In der Schlacht von Novara 1513 siegen die Eidgenossen über die französischen Truppen und erhalten das Südtessin und Domodossola. Das Veltlin, Bormio und Chiavenna gehen an die drei Bünde (Graubünden).

- 1515 erobert der neue französische König Franz I. Mailand zurück. Er schlägt dabei die Eidgenossen bei **Marignano** (südlich von Mailand) am 13./14. September vernichtet.

- Nach dieser Niederlage schliessen die besiegten Eidgenossen 1516 in Freiburg den «ewigen Frieden» mit Frankreich. Dieses erhält das Recht, nach Belieben Schweizer Söldner zu rekrutieren. Die Eidgenossen behalten das Tessin (ohne Domodossola) und die Bündner das Veltlin (heute Italien). Damit ist die militärische Macht der Schweiz beendet und ein erster Schritt Richtung **Neutralität** getan. Die Schweiz wird nie mehr ausserhalb ihrer Grenzen in fremde Konflikte eingreifen.



Ein unabhängiges Land

(1517–1798)

Die Reformation
Ausdehnung nach Westen
Das Ancien Régime
Die vollständige Unabhängigkeit
Territoriale Entwicklung



1517–1597

Die Reformation

Kurz nach ihrem Beginn breitet sich die Reformation in der Schweiz rasch aus.

In mehreren Kantonen setzt sie sich gegen die katholische Lehre durch. Die Eidgenossenschaft ist konfessionell gespalten. Es kommt zum Bürgerkrieg.

Trotz Gegenreformation werden vier Kantone reformiert. Sieben bleiben katholisch, zwei sind durchmischt.



Die Reformation wird seit dem Ende des 15. Jahrhunderts durch eine kulturelle und wissenschaftliche Erneuerungsbewegung gefördert: die Renaissance. Das humanistische Gedankengut kann sich dank der um 1450 von Johannes Gutenberg erfundenen Buchdruckerkunst verbreiten. Damit endet das Mittelalter.



Die Ursachen

Zu Beginn des 16. Jahrhunderts gärt es in der katholischen Kirche. Korruption und Günstlingswirtschaft sind verbreitet. Priester, Sakramente, Liturgie und religiöse Symbole werden hinterfragt. Die ursprüngliche Botschaft der Bibel ist vergessen. Der deutsche Mönch **Martin Luther** fordert 1517 eine Rückbesinnung auf die Werte des Evangeliums. Seine Ideen verbreiten sich und begründen die Reformation. Aus ihr entspringt der **Protestantismus**.

Die Reformation in der Schweiz

- Die Ideen des Humanismus erleichtern die Ausbreitung der Reformation in der Schweiz.

Der Humanismus stellt den Menschen mit seinem freien Willen in das Zentrum seiner Reflexionen. Er besinnt sich dabei auf die antiken (griechischen und römischen) Ursprünge der westlichen Zivilisation. Der Philosoph Erasmus von Rotterdam, der in Basel lebt, ist ein Hauptvertreter des Humanismus.

- In Zürich predigt der Leutpriester **Huldrych Zwingli** ab 1519 die Rückkehr zum Evangelium. Zwingli ist stärker geprägt von humanistischen Ideen als Luther und will radikaler mit dem Katholizismus brechen. Nach einem öffentlich geführten Streitgespräch («Disputation») stellt sich der Zürcher Rat auf seine Seite.

Das Zölibat und die lateinische Messe werden in Zürich zwischen 1521 und 1525 abgeschafft. Zwingli ist auch gegen das Söldnerwesen.

- Die Reformation setzt sich in Bern, Basel und Schaffhausen durch sowie in einigen zugewandten Orten (Biel, Mühlhausen, St. Gallen und ein Teil Graubündens). Glarus und Appenzell sind gemischt. Die reformierten Städte schliessen ein Bündnis.

- Die alten Orte (UR, SZ, NW/OW, LU, ZG) und das Wallis bleiben katholisch. Sie werden von Österreich unterstützt. Was in den reformierten Städten geschieht, lehnen sie ab. Nach einem Zögern weisen auch Freiburg und Solothurn die Reformation zurück. Die Eidgenossenschaft ist gespalten. Während einiger Zeit wird die Tagsatzung durch zwei konfessionell getrennte Versammlungen ersetzt.

Die beiden Kappelerkriege

Die konfessionelle Eigenständigkeit der Kantone wird trotz des Religionsstreits nicht in Frage gestellt. Anders sieht es in den Gemeinen Herrschaften aus (→ S. 34). Hier gewinnt die Reformation eine politische Dimension, welche die Eidgenossenschaft in den Bürgerkrieg treibt.

- An der zürcherisch-zugerischen Grenze bei Kappel stehen sich 1529 Katholiken und Reformierte mit Truppen gegenüber («Erster Kappeler Krieg»). Durch einen Kompromiss kann der Kampf vermieden werden.
- 1531 kommt es am selben Ort doch noch zu Kampfhandlungen. Zürich (namentlich Zwingli) will der Reformation in der Eidgenossenschaft zum Durchbruch verhelfen. Die Zürcher stehen aber isoliert da und müssen sich mit einer Handelsblockade gegen die katholischen Innerschweizer begnügen. Diese reagieren und schlagen die Zürcher im «Zweiten Kappeler Krieg», in dem Zwingli umkommt.

Die Folgen

- In der Tagsatzung treffen nun sieben katholische Orte auf vier reformierte und zwei durchmischte.
- Die reformierten Orte sind zahlenmäßig in der Minderheit, aber bevölkerungsreicher und wirtschaftlich stärker. Dies führt zu Spannungen.

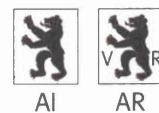
Die Gegenreformation

- Die katholische Kirche geht zum Gegenangriff über. Sie stützt sich dabei auf die Jesuiten (Gesellschaft Jesu), ein Orden, der vor allem in der Mission zum Einsatz kommt und im Schulwesen einflussreich ist.

1579 gründet Kardinal Carlo Borromeo in Mailand das Collegium Heleticum zur Ausbildung von Schweizer Priestern. Borromeo ist Schutzherr des Schweizer Katholizismus (Protector Helveticae).

- Im Zuge der Gegenreformation kehren einige Orte zum Katholizismus zurück. **Appenzell** spaltet sich 1597 in das reformierte Ausser- und das katholische Innerrhoden.


Der Legende nach sollen im ersten Kappelerkrieg 1529 die einfachen Soldaten einen Topf Milch auf die Grenze zwischen den verfeindeten Lagern gestellt haben, während ihre Führer verhandelten. Darin wurden Brotsstücke für ein gemeinsames Versöhnungsmahl getunkt. Die Geschichte um die «Kappeler Milchsuppe» diente später als Inbild der tiefen Verbundenheit unter den Schweizern auch bei schweren Meinungsverschiedenheiten.



1526–1569

Ausdehnung nach Westen

Von der deutschen Schweiz aus breitet sich die Reformation in die französisch-sprachigen Gebiete aus.

Die Waadt, Neuenburg und Genf werden reformiert. Genf wird Zentrum der Reformation. Bern erobert die Waadt. Freiburg und das Wallis dehnen sich aus.

Im Westen erhält die Schweiz ungefähr die noch heute gültigen Grenzen.



Die Anhänger der Unabhängigkeit Genfs zählen auf ihre Bündnispartner, die Eidgenossen. Aus diesem Wort wird im Französischen «Eygrenots», aus dem sich möglicherweise «Huguenots» (dt. Hugenotten) gebildet hat. Dieser Begriff bezeichnet später die französischen Calvinisten.



Das Wirken Farel's und Virets

- Nach den Kappelerkriegen wird die Reformation in der deutschen Schweiz gebremst. Dafür breitet sie sich im Welschland aus.
- Im Auftrag Berns predigt ab 1526 der Franzose Guillaume Farel das Gedankengut der Reformation. Nach dem bernischen Aigle bekehrt er Murten, Grandson und Orbe. Dort wird Pierre Viret sein Schüler. Danach schliessen sich auch das Fürstentum Neuenburg und Genf der Reformation an.
- Bei einem öffentlichen Streitgespräch in Lausanne 1536 übertrumpfen Farel, Viret und Calvin die zahlenmässig überlegenen Katholiken. Die Reformation fasst in der Waadt Fuss.

Das «Rom des Protestantismus»

- Nach der Flucht des Bischofs 1533 wird Genf eine freie Republik. Farel lässt 1535 mit Hilfe Virets die katholische Messe abschaffen. Die Stadt übernimmt die Reformation am 21. Mai 1536.
- Farel ruft darauf den im Basler Exil lebenden französischen Reformator Jean Calvin nach Genf. Dieser stösst an der Rhone allerdings auf Widerstand und wird zwischen 1538 und 1541 aus der Stadt verbannt. Nach seiner Rückkehr errichtet er eine Theokratie (Herrschaft der Kirche).

Während der Kirchenherrschaft wird alles, was als unmoralisch angesehen wird, unterdrückt (Theateraufführungen, Spiel und Tanz, bestimmte Kleider und Haartrachten). Gegner des Kirchenregimes werden hingerichtet, wie der spanische Arzt und Theologe Miguel Servet, der 1553 wegen Ketzerei verbrannt wird.

- Die Ideen Calvins beeinflussen die Reformierten in der Schweiz und in Europa. Genf wird das «Rom des Protestantismus» genannt. Die Reformation führt 1559 in Genf, wie schon zuvor 1537 in Lausanne, zur Gründung einer Akademie (später Universität) zur Priesterausbildung. Die Studenten kommen aus allen Teilen Europas.

Die Eroberung der Waadt

• Im Westen werden die Grenzen definitiv gezogen. Bis 1536 ist der Grossteil der Waadt, die Region Genf und das Unterwallis in der Hand des Herzogs von Savoyen. Die Städte Lausanne und Genf sind als Teil des Heiligen Römischen Reiches eigenständige Bistümer. Murten, Grandson, Orbe und Châlens sind Gemeine Herrschaften von Bern und Freiburg.

• Als der Herzog von Savoyen es auf die Stadt Genf abgesehen hat, eilen Berner Truppen ihren Genfer Verbündeten zu Hilfe. Beim Durchmarsch zwischen Januar und März 1536 nehmen die Berner die Waadt ein.

• Bern schlägt Savoyen, und Genf bleibt unabhängig. Danach erobern die Berner das Pays de Gex (nordwestlich von Genf) und die Region um Evian am Südufer des Genfersees. 1567 verlieren sie diese Gebiete wieder an Savoyen.

• Schliesslich nimmt Bern auch noch Lausanne ein. Die Stadt wird reformiert. Wie schon in Genf muss der Bischof fliehen.



Freiburg und das Wallis greifen ein

• Auch Freiburg will sich ausdehnen. 1536/37 nimmt es Gebiete zwischen Estavayer-le-Lac und Châtel-St-Denis ein (vorher im Besitz des Herzogs von Savoyen).

1554 muss der von Schulden geplagte Graf von Gruyère sein Land an Freiburg und Bern abtreten. Freiburg erhält dadurch seine heutige Ausdehnung.

- Das Wallis seinerseits stösst am Südufer des Genfersees in das Chablais (Monthey) und bis nach Thonon vor. Das Gebiet westlich von St-Gingolph muss es 1569 wieder an Savoyen abtreten.
- Nach 1537 ist praktisch die ganze französische Schweiz in ihren heutigen Grenzen unter eidgenössischer Kontrolle.



Auf ihrem Eroberungszug durch die Waadt nehmen die Berner auch Schloss Chillon am Genfersee ein. Sie befreien den Aufrührer François Bonivard, der von den Savoyern dort gefangen gehalten wird. Der englische Schriftsteller Lord Byron stellt Bonivard im 19. Jahrhundert in seinem Gedicht «The Prisoner of Chillon» («Der Gefangene von Chillon») als romantischen Helden dar.

1536–1798

Das Ancien Régime

Drei Jahrhunderte lang ist die Schweiz ein Puzzle aus 13 Orten (Kantone) und weiteren Gebieten mit unterschiedlichem Status.

Trotz demokratischem Anstrich ist die Macht in den Händen reicher und einflussreicher Familien konzentriert. Man spricht vom Ancien Régime.

Die Eidgenossenschaft ist dezentralisiert, die Tagsatzung bedeutungslos.

Das System bleibt bis zu den Revolutionen am Ende des 18. Jh. unverändert.



Das Gebiet der Schweiz (→ Karte 4, S. 39)

Während des Ancien Régime umfasst die Schweiz:

- 5 ländliche vollberechtigte Orte (Kantone): UR, SZ, NW/OW, GL, AI/AR;
- 7 vollberechtigte Stadttore (Stadt und Umland): LU, ZH, BE, FR, SO, BS, SH;
- 1 gemischt städtisch-ländlicher vollberechtigter Ort: ZG;
- Gemeine Herrschaften: Gebiete, die von mehreren vollberechtigten Orten (zwei bis zwölf) im Turnus verwaltet werden;

Gemeine Herrschaften: Echallons, Grandson, Orbe, Mex, Murten, Schwarzenburg, Baden, Freiamt, Thurgau, Rheintal, Uznach, Gaster, Gams, Sargans, Maggiatal, Locarno, Lugano, Mendrisio.

- Zugewandte Orte: Gebiete, die mit der Eidgenossenschaft in einem Vertragsverhältnis stehen, aber nicht vollberechtigte Mitglieder sind, sowie deren Untertanengebiete.

Zugewandte Orte: Wallis, Graubünden mit Veltlin, Biel, Mülhausen, Fürstabtei St. Gallen, Stadt St. Gallen mit Rottweil, Neuenburg, Genf, Fürstbistum Basel, Abtei Engelberg, Gersau.

Unklare Grenzziehungen

- Einige zugewandte Orte unterhalten nur mit bestimmten vollberechtigten Orten Beziehungen.

Das Fürstentum Neuenburg ist nur mit Bern und Solothurn verbündet. Nach dem Aussterben der Herrscherfamilie 1707 fällt Neuenburg an Preussen, bleibt aber mit der Eidgenossenschaft verbündet.

- Einige Gebiete sind nur locker mit der Eidgenossenschaft verbündet.

- Die Grenzen der Eidgenossenschaft der 13 Orte sind teilweise unklar, entsprechen aber schon mehrheitlich denjenigen der heutigen Schweiz.

Mülhausen (nördlich von Basel) und das Veltlin (südlich Graubündens) gehören heute nicht mehr zur Schweiz. Dagegen gehörten damals das Fricktal, das bündnerische Tarasp und einige Gemeinden im Hinterland von Genf nicht dazu.

Ein erstarrtes System

- Nach 1536 geben die Eidgenossen ihre militärischen Ambitionen auf und wenden sich der Neutralität zu (auch wenn mit Frankreich als Folge des Friedensvertrages von 1516 nach der Schlacht von Marignano noch ein Bündnis besteht; → S. 27). Verträge mit umliegenden Mächten erlauben es den Eidgenossen, in grosser Zahl als Söldner in fremden Diensten zu kämpfen.

Zeitweise dienen bis zu 60 000 Schweizer Söldner in fremden Heeren.

- Bis 1798 bleiben die Strukturen der Eidgenossenschaft praktisch unverändert, ungeachtet konfessioneller Spaltungen oder Stadt-Land-Gräben.

Die einzige gemeinsame Institution der 13 Orte ist die Tagsatzung (→ S. 26). Ihre Beschlüsse sind für die Mitglieder allerdings nicht bindend.



- Die Macht liegt in den Händen weniger, vor allem städtischer Geschlechter. Das Regierungssystem hat einen demokratischen Anstrich, doch sind es vor allem die Grossbürger und «Patrizier», die es formen. Viele Eidgenossen sind trotz des Prinzips der Gleichheit rechtlose Untertanen. Grossen Einfluss üben die Handwerkszünfte aus.



Zünfte sind Vereinigungen von Handwerksmeistern einer Branche in derselben Stadt. Sie kümmern sich vor allem um die Regelung beruflicher Angelegenheiten (Ausbildung, Preise, Abgrenzung gegenüber anderen Branchen usw.). In Zürich trifft man noch vielerorts auf zünftische Spuren. Am augenfälligsten sind die prächtigen Zunfhäuser in Zürichs Altstadt, von denen eines, das Zunfthaus zur Zimmerleuten, Ende 2007 durch einen Grossbrand stark beschädigt wird. Heute noch bestehende Zünfte pflegen vor allem Traditionen (Zürcher Sechseläuten) und Geselligkeit.

1616–1798

Die vollständige Unabhängigkeit

Am Ende des Dreissigjährigen Krieges wird die Eidgenossenschaft im Westfälischen Frieden vom Reich unabhängig.

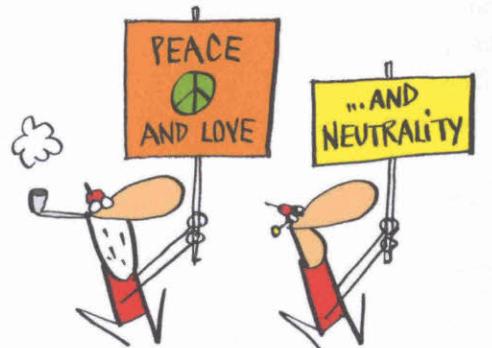
Sie bekräftigt ihre Neutralität. Von kleinen Konflikten abgesehen, durchlebt das aufstrebende Land eine friedliche Zeit.

Das nationale Selbstverständnis gewinnt an Bedeutung.

Der Westfälische Friede (1648)

- Von 1618 bis 1648 wütet in Europa der **Dreissigjährige Krieg** zwischen dem Heiligen Römischen Reich deutscher Nation (und seinen katholischen Partnern) und den zumeist reformierten übrigen europäischen Mächten. Vor diesem Hintergrund überwinden die 13 Orte ihre Gegensätze trotz Verbindungen der verschiedenen konfessionellen Lager mit fremden Mächten. Die Schweiz bekennt sich zur **bewaffneten Neutralität**. Sie will sich aus fremdem Händel heraushalten, ist aber zur Verteidigung bereit. Die Tagsatzung bietet zweimal (1633 und 1638) Truppen gegen fremde Einfälle auf.
- Im Bedrohungsfall tritt ein gemeinsamer Kriegsrat zusammen. 1647 führt die Bedrohung durch schwedische und französische Truppen im Thurgau zum Abschluss einer Verteidigungsordnung, dem «Wiler Defensionale».
Das Defensionale wurde 1673 erneuert.
- 1648 endet der Dreissigjährige Krieg mit dem Westfälischen Frieden. Dem Basler Bürgermeister Johann Rudolf Wettstein als Vertreter der Eidgenossenschaft gelingt es bei den Friedensverhandlungen, die vollständige Loslösung der Schweiz vom Reich zu erwirken.

Das Reich verzichtet auf seine Herrschaft über Basel, Appenzell, Schaffhausen und St. Gallen.



Innere Unruhen

- In dieser Zeit kommt es zu inneren Konflikten. 1653 erheben sich die Bauern im «Grossen Bauernkrieg» wegen ihrer schwierigen Lebensbedingungen gegen die Obrigkeit. Diese schlagen den Aufstand jedoch rasch nieder.
- In Villmergen (AG) werden die beiden «Villmerger Kriege» ausgetragen. Sie haben konfessionelle Hintergründe. Das katholische Lager siegt 1656 im ersten der beiden Kriege, unterliegt aber 1712 im zweiten. Der darauf geschlossene «Vierte Landfriede» garantiert Gleichheit und Religionsfreiheit.

Das 18. Jahrhundert

- Im 18. Jahrhundert ist die Eidgenossenschaft ein ruhiges, aufstrebendes Land mit etwa 1,5 Mio. Einwohnern. Im europäischen Vergleich ist ihre Wirtschaft eine der stärksten. Das Wissen und Können der aus Frankreich vertriebenen Protestanten (die Hugenotten) tragen das Ihre zum Wohlgehen bei.
- Die **Landwirtschaft** entwickelt sich. Der Anbau wird rationalisiert und neue Kulturpflanzen (Kartoffeln, Tabak) werden eingeführt. Die angebauten Güter sind ein wichtiges Handelsgut. Dennoch profitieren die Bauern nur wenig davon und müssen ihr Auskommen durch ein Zusatzeinkommen sichern. Für die aufstrebende Uhrenindustrie (in Genf und im Jura) und den Textilektor (in Zürich) sind sie als Heimarbeiter willkommene Arbeitskräfte.
- Das **Söldnerwesen** bleibt eine wichtige Einnahmequelle (1701 stehen 54 000 Mann in fremden Diensten). Da die Eidgenossenschaft diese Männer bei Bedarf zurückrufen kann, wird sie von den fremden Mächten, in deren Diensten die Schweizer stehen, in Ruhe gelassen.
- In der Absicht, das nationale Selbstverständnis zu fördern, gründen einige Intellektuelle 1761 die Helvetische Gesellschaft. In der Schweizer «Nation» soll jeder zum Gemeinwohl beitragen. Die Schweizer **Wissenschaft** tut sich mit dem Basler Mathematiker Leonhard Euler und dem Genfer Wissenschaftler Horace Bénédict de Saussure hervor.

- Angezogen durch die landschaftliche Schönheit und die Freiheitstradition reisen viele Ausländer (namentlich reiche Engländer) in die Schweiz. Damit setzt die Entwicklung des **Tourismus** ein.



Während die Wissenschaften im Sog der Aufklärung erblühen, ist das Volksschulwesen erst schwach entwickelt. Deshalb fordert der Zürcher Erzieher und Schriftsteller **Johann Heinrich Pestalozzi** (1746–1827) schon früh eine umfassende Bildung für das ganze Volk. Um 1770 können erst 15 Prozent der Bevölkerung lesen, 1800 sind es bereits 25. Eine wichtige Rolle übernehmen die Lesegesellschaften, wo man gemeinsam Bücher liest und diskutiert. In einer solchen Runde lernt der Bauer **Ulrich Bräker** (1735–1785) die Werke des englischen Dichters William Shakespeare kennen. Bräker ist Autor des autobiografischen Werkes «Lebensgeschichte ... des armen Mannes im Tockenburg». Darin gibt er Einblick in das Leben der einfachen Menschen.

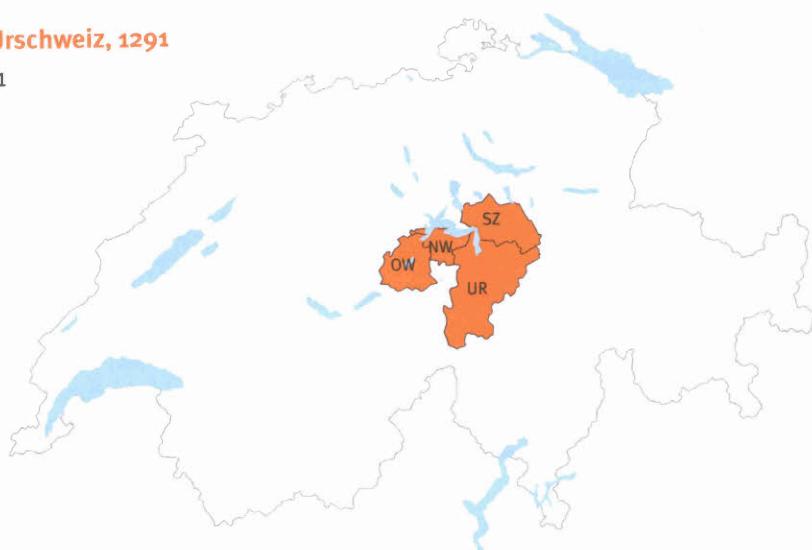
1291–1798

Territoriale Entwicklung

Innerhalb von 500 Jahren wächst die Schweiz von einem Gebiet mit nur wenigen Talschaften zu dem Land in seiner annähernd noch heute gültigen Ausdehnung.

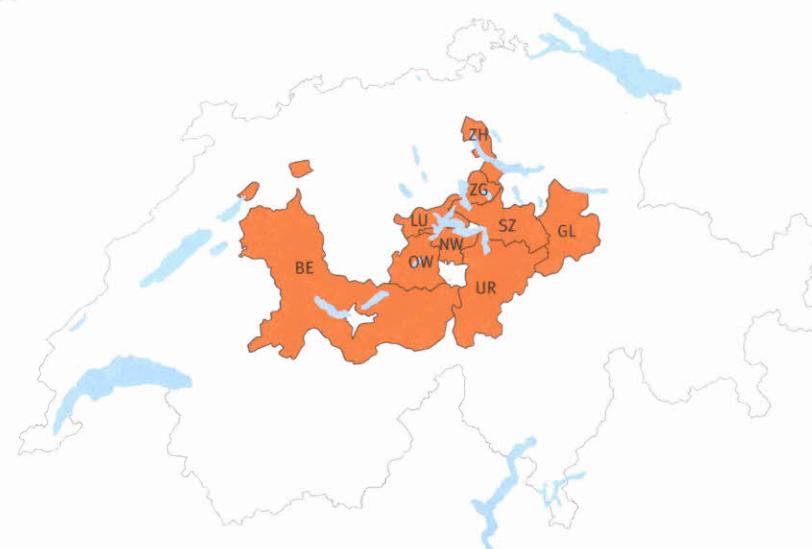
1. Die Urschweiz, 1291

→ S. 21



2. Die Alte Eidgenossenschaft der 8 Orte, 1388

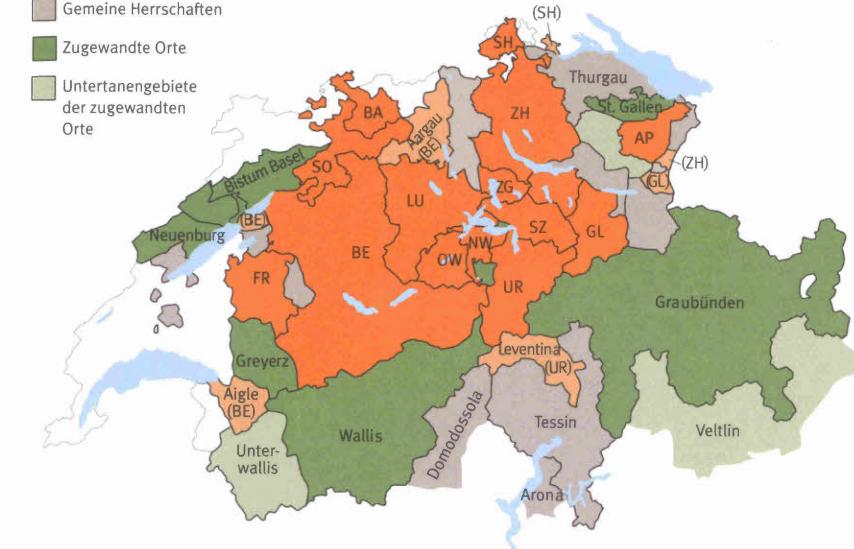
→ S. 22



- Vollberechtigte Orte
- Untertanengebiete der vollberechtigten Orte
- Gemeine Herrschaften
- Zugewandte Orte
- Untertanengebiete der zugewandten Orte

3. Die Eidgenossenschaft der 13 Orte, 1513

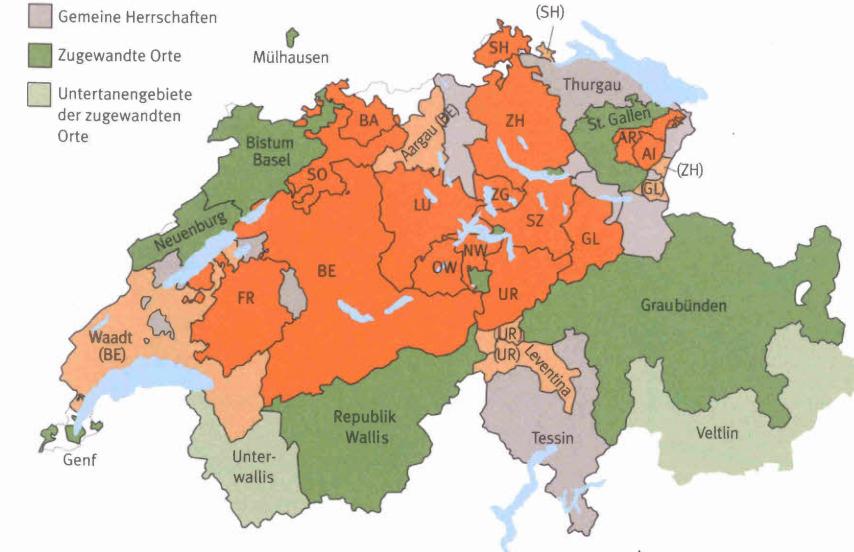
→ S. 26



4. Die Schweiz während des Ancien Régime, 1536–1798

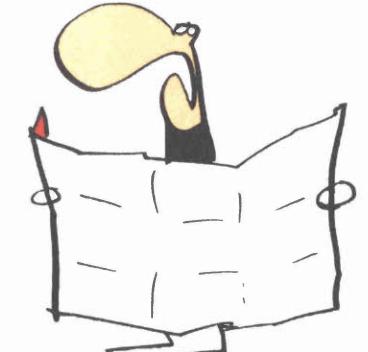
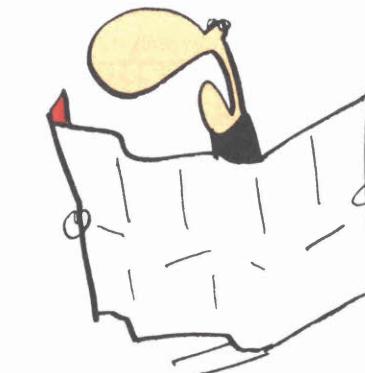
→ S. 34

- Vollberechtigte Orte
- Untertanengebiete der vollberechtigten Orte
- Gemeine Herrschaften
- Zugewandte Orte
- Untertanengebiete der zugewandten Orte



Aufbruch zur modernen Schweiz (1798–1847)

Revolution in der Schweiz
Helvetische Republik und Mediation
Von 13 zu 22 Kantonen
Restauration und Regeneration
Der Sonderbundskrieg



1789–1798

Revolution in der Schweiz

Die Ereignisse der Französischen Revolution führen zum Zusammenbruch der alten Eidgenossenschaft.

In vielen Städten und Orten werden die herrschenden Patrizier gestürzt. Darauf marschiert Frankreich in die Schweiz ein. Diese ist zu schwach und zu uneinig, um sich zu wehren.

Unter Napoleon wird die Schweiz zu einem französischen Satelliten.

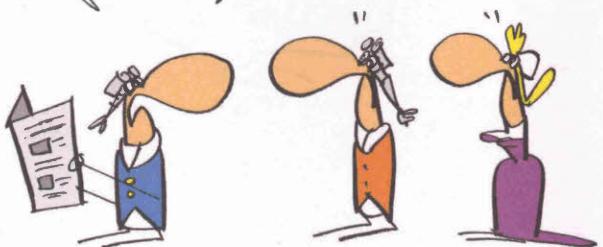
1792 entsenden Bern und Zürich Truppen nach Genf, das von einem französischen Einmarsch bedroht wird. Zunächst einigen sich die beiden Seiten und ziehen sich zurück. Doch schon wenige Wochen später übernehmen die Revolutionäre trotzdem die Macht. Es ist der erste Sieg der Revolution in der Schweiz.

Widerhall aus Paris

- 1789 bricht in Paris die Französische Revolution aus. Sie dauert zehn Jahre und fegt die Monarchie hinweg.
- Die Pariser Ereignisse fallen in gewissen Kreisen der Schweiz auf fruchtbaren Boden. Namentlich die intellektuelle und wirtschaftliche Elite übernimmt die patriotischen Ideen und die **demokratischen Forderungen** der französischen Revolutionäre. Doch die herrschende Patrizierschicht, welche die Staatsgewalt innehat, lehnt die neuen Ideen ab und unterdrückt jegliche Reform.
- Einige Schweizer, die den Revolutionsideen zugetan sind, fliehen nach Paris. Dort gründen sie den Club helvétique, dessen Einfluss aber gering bleibt. Er ist nur 1790/91 aktiv.
- Über die Pariser Ereignisse berichtet die sich neu entwickelnde Presse ausführlich. Als das Blutbad an der Schweizer Garde beim Sturm auf die Tuilerien vom 10. August 1792 bekannt wird, gehen die Gefühle besonders hoch. Die Schweizer verteidigten den Tuilerienpalast gegen das Volk, das König Ludwig XVI. gefangen nehmen wollte (er wird später enthauptet). Im September kommt es zu weiteren Massakern, bei denen insgesamt 5000 Schweizer das Leben verlieren.

Das 1821 in Luzern errichtete Löwendenkmal erinnert an die in Paris gefallenen Schweizer. Es zeigt einen sterbenden Löwen.

„DER LETZTE PARISER MODESCHREI...“ „MAN TRÄGT DEN KOPF JETZT UNTER DEM ARM!“



Die französische Invasion

- Das revolutionäre Frankreich will sich vor den übrigen europäischen Mächten schützen. Es umgibt sich deshalb mit Satellitenstaaten und übt Druck auch auf die Schweiz aus, auf deren Pässe und Reichtümer es aus ist. Bedroht und innerlich zerrissen, fällt die Eidgenossenschaft immer mehr auseinander.
- 1792 fällt Frankreich in das nördliche Fürstbistum Basel ein und ruft dort die Republik aus. Wenige Monate später wird das Gebiet (der heutige Kanton Jura) vollständig annektiert.
Fünf Jahre später wird auch der südliche Teil des Fürstbistums Basel eingegommen. Die Stadt Basel gewährt ihren Untertanen Freiheit und Gleichheit.
- In der Waadt ruft 1795 **Frédéric-César de La Harpe** zum Aufstand gegen die Berner Herren auf. Er wird allerdings nicht gehört. Nach seiner Flucht nach Paris fordert er die französische Regierung auf, Truppen zur Befreiung der Waadt zu entsenden.
- 1797 verliert Graubünden das Veltlin an die neue Cisalpine Republik, ein Satellit Frankreichs. Am Ende desselben Jahres drängt der französische General **Napoleon Bonaparte** seine Regierung zum Einmarsch in die Schweiz, um sie zu befreien. Bei Genf werden 10 000 Mann zusammengezogen.
- Anfang 1798 überstürzen sich die Ereignisse. Die vornehmen Waadtländer Stadtbürger rufen in Lausanne die Lemanische Republik aus (das einfache Volk hat sich hingegen mit der Berner Besatzung mehrheitlich arrangiert und verhält sich deshalb ruhig). Einige Tage später nimmt ein französischer General den Tod von zwei französischen Soldaten zum Vorwand, in die Schweiz einzufallen. Bern reagiert nicht. Kurz darauf brechen an vielen Orten revolutionäre Aufstände aus, die zur Ausrufung von mehr als 40 Republiken führen. Sie überleben allerdings nur wenige Monate.
- Damit endet das Ancien Régime in der Schweiz. Die Berner müssen nach ihrer Niederlage im Grauholz kapitulieren. Zwischen Frühling und Herbst 1798 erheben sich zwar noch einige Regionen, darunter die Innerschweiz, gegen Frankreich. Dieses reagiert aber mit harter Hand. In Nidwalden kommt es zu einem Blutbad unter der Bevölkerung.



Kurz nach der gewaltsmalen Niederschlagung der anti-französischen Aufstände in Nidwalden Ende 1798 beauftragt die Helvetische Republik (→ S. 44) den bekannten Erzieher Johann Heinrich Pestalozzi, die Kriegswaisen in Stans zusammenzuführen und sich ihrer anzunehmen. Er zieht mit ihnen nach Yverdon (VD). Ab 1805 erzieht er die Kinder nach seinen pädagogischen Grundsätzen, wonach Erziehung vor allem auch affektiv-emotionale Aspekte in der Beziehung zum Kind berücksichtigen soll. Pestalozzi gilt als Vordenker der modernen Pädagogik.

1798–1813

Helvetische Republik und Mediation

Frankreich besetzt die Schweiz und gibt ihr eine neue politische Ordnung.

Die Helvetische Republik ist zentralistisch aufgebaut. Sie kann sich nicht halten. Die Mediation Napoleons bringt das Ancien Régime teilweise zurück.

Unter Frankreich erlebt die Schweiz eine Demokratisierung und friedliche Jahre.



Nach dem Zusammenbruch der Eidgenossenschaft am 3. März 1798 sollte die Schweiz dreigeteilt werden: die Rhodanische Republik (Waadt, Freiburg, Berner Oberland, Wallis, Tessin), der Tellgau (Innerschweiz und Graubünden) und die Helvetische Republik (die restliche Deutschschweiz). Diese Aufteilung wird allerdings nie umgesetzt.



Die Helvetische Republik (→ Karte 5, S. 47)

- Im März 1798 wird in Aarau unter dem Diktat Frankreichs die Helvetische Republik als **zentralistischer Einheitsstaat** ausgerufen.
- Der Basler Peter Ochs arbeitet in Paris eine Verfassung aus. Hauptpunkte:
 - Zwei Parlamentskammern (Legislative) wählen ein 5-köpfiges Direktorium (Exekutive) mit Sitz in Aarau.
 - Die feudalen Vorrechte werden (zögerlich) abgeschafft.
 - Grundfreiheiten werden eingeführt (Meinung, Presse, Eigentum), aber nicht immer respektiert.
- Die Kantone werden zu Verwaltungseinheiten zurückgestuft, denen ein Regierungsstatthalter («préfet») vorsteht. Die Kantongrenzen werden teilweise geändert.

Der Jura und Genf werden Frankreich zugeschlagen. Die kleinen Innerschweizer Kantone werden zu einem einzigen Kanton Waldstätten zusammengefasst.

Ein unmögliches Regime

- Die französischen «Befreier» werden rasch zu verhassten Besatzern. Die französischen Lasten wiegen schwer. Die Gesellschaft ist gespalten in «Unitarier» (Anhänger eines Zentralstaates) und «Föderalisten» (Anhänger des Ancien Régime und eines Staatenbundes). In Zeiten des Aufbaus (Verwaltung, Bildung) sind die Staatskassen leer.
- In diesen **instabilen Verhältnissen** gibt es mehrere Staatsstreichs. Die Neutralität ist durch eine Militärrallianz mit Frankreich aufgehoben. 1799/1800 kommt es auf Schweizer Boden zu Kampfhandlungen zwischen europäischen Mächten.
- Napoleon ist seit 1799 1. Konsul. Er zieht seine Truppen 1802 aus der Schweiz ab, kontrolliert aber das im Chaos versinkende Land weiter.

Die Mediation (→ Karte 6, S. 47)

- Um die inneren Unruhen und Wirren zu beenden, zwingt Napoleon am 30. September 1802 die Schweiz seine Vermittlung (Mediation) auf. Er ruft 63 Delegierte der Unitarier und der Föderalisten nach Paris und überreicht ihnen am 19. Februar 1803 die **Mediationsakte**: Sie beendet die Helvetische Republik und gibt der Schweiz eine neue politische Ordnung.

- Die Tagsatzung wird wieder eingeführt. Sie tritt einmal jährlich zusammen, turnusgemäß in einem der sechs alten Stadt Kantone (FR, BE, SO, BS, ZH, LU). Das höchste Behördenmitglied des jeweiligen Stadtkantons ist gleichzeitig «Landammann der Schweiz». Er führt das Land.

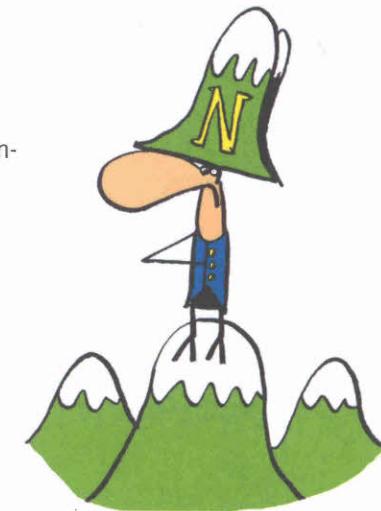
Die Mediationszeit ist die einzige Periode der Schweizer Geschichte, in der das Land von einer einzelnen Person geführt wird.

- Die Schweiz besteht nun aus **19 Kantonen**. Jeder hat seine eigene Verfassung. In den ländlichen Gebieten wird die Landsgemeinde wieder eingeführt. Sie ist ein direktdemokratisches Instrument, das in der Innerschweiz seit dem 13. Jahrhundert besteht. Abstimmungen erfolgen durch Handerheben. Die Städte kehren zu einem aristokratischen und zünftischen System zurück. Es ist aber weniger ausgeprägt als vor 1798. Aus ehemaligen zugewandten Orten, Untertanengebieten und Gemeinen Herrschaften werden sechs neue Kantone gebildet (→ S. 46). Ihre politischen Ordnungen folgen dem Modell der repräsentativen Demokratie.

- Die Zölle, die vor 1798 zwischen den Kantonen bestanden, werden nicht erneuert. Es gibt aber noch Zahlstellen. Als Einheitswährung wird der Schweizer Franken eingeführt. Tatsächlich behalten die Kantone aber ihre monetären Eigenheiten bei. Das Heer des Bundes setzt sich aus kantonalen Kontingenten zusammen.

- Unter französischer Herrschaft (und gelegentlichen Annexionsdrohungen) erlebt die Schweiz ein Jahrzehnt des Friedens (1803–1813). Hingegen leidet die Industrie (namentlich der Textilsektor) unter einer Wirtschaftsblockade der Feinde Napoleons (der sich 1804 selber zum Kaiser krönt).

Als Machthaber über die Schweiz ab 1798 plündern die Franzosen das Land und finanzieren so auch Napoleons Ägyptenfeldzug. Neben materiellen Gütern beanspruchen sie Soldaten in grosser Zahl, die für das Kaiserreich in die Schlachten ziehen müssen. Zwischen 1798 und 1815 stehen mindestens 30 000 Schweizer Soldaten in Napoleons Diensten. Viele verlieren dabei ihr Leben. Allein in der Schlacht an der Beresina (während Napoleons Russlandfeldzug 1812) fallen 7000 Schweizer. Viele Schweizer in französischer Uniform sterben hingegen an Cholera, bevor sie auch nur ein einziges Mal gekämpft haben.



1803–1815

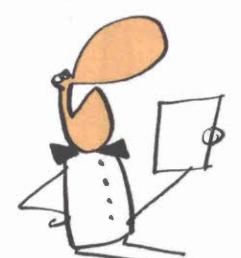
Von 13 zu 22 Kantonen

Innerhalb von 20 Jahren werden die Grenzen der Schweiz mehrmals neu gezeichnet.

Die Kantone, die in der Helvetischen Republik ohne Macht waren, werden mit der Mediation und dem Bundesvertrag wieder eigenständig.

Die Schweiz erreicht ihre heutige Ausdehnung.

„JETZT REICHT'S ABER MAL FÜR EIN WEILCHEN...“
„SONST PLATZT DIE SCHWEIZ NOCH AUS ALLEN NÄHTEN!“



Neun neue Mitglieder

1803 und 1815 erhält die Schweiz neun neue Mitglieder.



AG



GR



SG



TI



TG



VD



GE



NE



VS

Aargau, 1803 – Das ehemalige Habsburgergebiet – teilweise durch die Eidgenossen erobert und unter Österreich, Bern und Gemeinen Herrschaften aufgeteilt – wird 1798 zweigeteilt, bevor es 1803 als Kanton entsteht.

Graubünden, 1803 – Das Bündnerland ist ein der Eidgenossenschaft zugewandter Staatenbund, bevor es zum Kanton wird. 1815 fordert es erfolglos die Unabhängigkeit.

St. Gallen, 1803 – In St. Gallen existieren über Jahrhunderte zwei Mächte: der Abt und die Stadt. Beide sind mit verschiedenen eidgenössischen Orten verbündet. 1803 werden ihre Gebiete zu einem Kanton zusammengeführt.

Tessin, 1803 – Bevor der Kanton vereint wird, ist das Nordtessin (Leventina) Untertanengebiet von Uri, der Süden (während der Italienfeldzüge erobert) aufgeteilt in verschiedene Gemeine Herrschaften.

Thurgau, 1803 – Auch der Thurgau ist ein ehemaliges Habsburgergebiet. Im 15. Jahrhundert wird er eine Gemeine Herrschaft, dann ein Kanton.

Waadt, 1803 – Die Waadt wird zuerst von den Savoyern, dann von Bern (1536) beherrscht. Im Ancien Régime besteht sie aus vier Gemeinen Herrschaften. Nach einer bürgerlichen Revolution 1798 wird sie 1803 zum Kanton.

Genf, 1815 – 1526 entreissen die Bürger der Stadt Genf dem Bischof die Macht. Genf steht zwischen 1798 und 1815 unter französischer Herrschaft. Die Stadt schliesst sich 1815 mit einigen umliegenden Gemeinden zu einem Kanton zusammen.

Neuenburg, 1815 – Das Fürstentum Neuenburg steht seit 1707 unter der Kontrolle Preußens. Auch als Kanton behält es den Status als preussisches Fürstentum noch bis 1857 bei (→ S. 58).

Wallis, 1815 – Im Ancien Régime bilden der obere und mittlere heutige Kantonsteil eine Republik mit dem Unterwallis als Untertanengebiet. Ab 1803 ist das Wallis unabhängig, zwischen 1810 und 1815 steht es unter französischer Herrschaft.

Das Gebiet der Schweiz zwischen 1798 und 1815

5. Helvetische Republik, 1798

→ S. 44



6. Mediation, 1803

→ S. 45



7. Der Bundesvertrag, 1815

→ S. 48



* BA: Basel vor der Kantonteilung (→ S. 49)

1813–1832

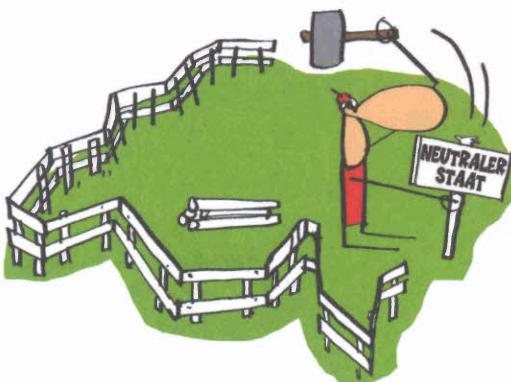
Restauration und Regeneration

Nach dem Sturz Napoleons wird die Schweiz von Frankreich unabhängig.

Mit dem Bundesvertrag von 1815 kehrt sie praktisch zu den Verhältnissen des Ancien Régime zurück (Restauration). Bis 1830 führen die Kantone schrittweise demokratischere Verhältnisse ein (Regeneration).

Liberale Kräfte streben einen zentralisierten Staat und die Einführung individueller Freiheiten an.

1815, nach der Niederlage Napoleons in Waterloo, dringen 24 000 Schweizer Soldaten nach Frankreich ein und besetzen die Grenzregion während einiger Monate. Bis zu den friedenserhaltenden Missionen im 20. Jahrhundert war dies das letzte Engagement von Schweizer Truppen im Ausland.



Der Bundesvertrag

- Im Dezember 1813 marschieren Österreich, Preussen und Russland gegen Napoleon durch die Schweiz. Tagsatzung und Armee sind machtlos. Damit endet die französische Herrschaft über die Schweiz und mit ihr die Mediationszeit.

Einige Kantone, etwa Bern, nehmen dies zum Anlass, das Ancien Régime wieder einzuführen. Biel und Genf (die von Frankreich annektiert waren) rufen die Republik aus.

- Die Kantone sind zerstritten. Anfang 1814 gibt es zwei Tagsatzungen: eine der restaurativen Kantone (die das Ancien Régime unterstützen) und eine der fortschrittlichen (die liberale Ideen verfolgen). Die sechs neuen Kantone von 1803 scheinen in ihrer Existenz bedroht (Bern möchte den Aargau zurück). Nach zähen Verhandlungen finden die Kantone zusammen und schliessen am 7. August 1815 den Bundesvertrag. Die «Schweizerische Eidgenossenschaft» (noch heute gültiger offizieller Name) besteht aus unabhängigen Kantonen.

Die Tagsatzung (als Zentralorgan der neuen Eidgenossenschaft) kümmert sich einzig um die gemeinsame Außenpolitik. Sie wird von Zürich, Bern oder Luzern, die im zweijährigen Turnus die Stellung eines «Vororts» bekleiden, einberufen. Die Kantone stellen Kontingente für ein Bundesheer.

Die Schweiz am Wiener Kongress

- Nach dem Sturz Napoleons wird Europa am Wiener Kongress (1814/15) reorganisiert. Die über Napoleon siegreichen Mächte richten zu ihrem Schutz Pufferstaaten (u. a. die Schweiz) um Frankreich ein.

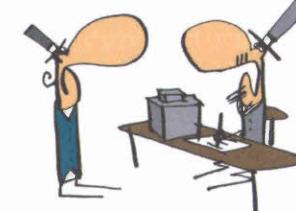
- Im «Zweiten Pariser Frieden» (unterzeichnet nach dem Wiener Kongress 1815) anerkennen die europäischen Mächte die «Unverletzlichkeit des Territoriums» und die «immerwährende Neutralität» der Schweiz. Das Land erhält seine heutigen Grenzen.

Drei neue Kantone stoßen zur Eidgenossenschaft (→ S. 46). Das ehemalige Fürstbistum Basel (Jura, Berner Jura und Laufental) wird als Ersatz für den Aargau Bern zugeschlagen.

Rückkehr zum Ancien Régime

- In Frankreich bringt die Restauration 1814/15 die Monarchie zurück. Auch die Schweiz kehrt zu vorrevolutionären Zuständen zurück. Individuelle Freiheiten werden eingeschränkt, die Macht in den Händen der Aristokratie und der Zünfte konzentriert. Damit lebt das Ancien Régime wieder auf.
- Die neuen Kantone sind eher fortschrittlich. Sie unterstützen liberale Ideen mit ihren demokratischen Ansätzen und verteidigen die individuellen Freiheiten. Sie werden aber von den alten Kantonen zurückgebunden. Vielerorts bleibt die Ausübung der politischen Rechte einer bestimmten gesellschaftlichen Schicht vorbehalten, von allgemeiner Rechtsgleichheit kann keine Rede sein.
- Weil ausländische Oppositionelle in der Schweiz Zuflucht finden, wird das Land von den konservativen europäischen Mächten beobachtet.
- Interkantonale Schranken bremsen den wirtschaftlichen Aufschwung. Zwischen den Kantonen bestehen Zölle. Gewichte und Masse sind uneinheitlich. Eine Einheitswährung, wie sie durch die Mediation geschaffen wurde, existiert nicht mehr.

„STIMMBERECHTIGT SIND AUSSCHLIESSLICH BEFÜRWORTER!“



Demokratische Ansätze

- Als Folge der bürgerlichen Revolution von 1830 in Frankreich verbreitet sich das liberale Gedankengut während der Regeneration auch in der Schweiz. Rechtsgleichheit und allgemeines Stimmrecht lauten die Hauptforderungen.
- Darauf nehmen ungefähr die Hälfte der Kantone (namenlich BE, ZH, VD und FR) demokratische Elemente in ihre Verfassungen auf. In diesen Kantonen gelangen die Liberalen an die Macht. 1832 schlagen die Liberalen der Tagsatzung erfolglos eine Revision des Bundesvertrages vor (Einführung individueller Freiheiten).
- In Neuenburg und der Zentralschweiz ist die Regeneration hingegen erfolglos. In Basel kommt es 1833 nach einem Bürgerkrieg zur Spaltung in zwei Halbkantone: Basel-Stadt (konservativ) und Basel-Landschaft (fortschrittlich).

Eine umfassende Revision des Bundesvertrages wird 1832 von der Tagsatzung abgelehnt. Es wird einzig beschlossen, den 3. Sonntag im September zum «Eidgenössischen Dank-, Buss- und Betttag» zu erheben. Die Idee wurde bereits 1794 von Bern eingefbracht, das sich davon eine Stärkung gegen revolutionäre Tendenzen erhoffte. Dieses Fest vereint Katholiken und Reformierte in der Tradition der mittelalterlichen Buss-tage.



1815–1847

Der Sonderbundskrieg

Die dezentralisierte Schweiz kann sich nicht auf eine gemeinsame Zukunftsstrategie einigen.

Konfessionelle Streitigkeiten führen zur Abspaltung von sieben Kantonen und zu einem kurzen, fast unblutigen Bürgerkrieg.

Die Radikalen als Befürworter von Demokratie und Zentralisierung sind die grossen Gewinner des Konfliktes.

Ein gespaltenes Land

- Seit 1815 stehen sich konservative (nach Unabhängigkeit der Kantone strebende) und liberale Kräfte (die für einen einheitlicheren Staat und mehr Demokratie sind) gegenüber. Daneben existieren andere Gegensätze: **Katholiken** gegen **Reformierte**, Stadt gegen Land, Oberschicht gegen das einfache Volk.
- Zeitgenössische Chronisten sprechen von Anarchie und Chaos. Sie befürchten die Auflösung der Eidgenossenschaft. Trotzdem erstarken das nationale Selbstverständnis und die Idee einer Schweiz als gemeinsames Vaterland in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.*
- Die Industrialisierung hat sich in der bäuerlich geprägten Schweiz nur in gewissen Regionen entwickelt. Ernteausfälle und steigende Preise bringen Armut und zwischen 1845 und 1847 kommt es zu einer Hungersnot.

Im Zürcher Oberland sind 1845 20, im Emmental bis zu 35 Prozent der Bevölkerung armengössig.

- Die links der Liberalen stehenden Radikalen fordern eine umfassende Demokratisierung und die Zentralisierung der staatlichen Macht. Ihre Gegner halten sie für Revolutionäre.



Klöster und Jesuiten

Zwei Krisen stürzen die Schweiz in den Bürgerkrieg.

- Im Aargau erheben sich 1841 die katholischen Bauern (sie fürchten um ihren Einfluss im Grossen Rat). Den Klöstern wird vorgeworfen, die Bauern aufgewiegelt zu haben; sie werden aufgehoben. Das verletzt den Bundesvertrag. Der Tagsatzung gelingt mit der Wiedereröffnung der Frauenklöster ein Kompromiss.
- Die konservativen katholischen Kantone wollen den liberalen Einfluss eindämmen. 1845 übergibt die Regierung Luzerns die Priesterausbildung den Jesuiten. Die Liberalen und die Radikalen sind empört. Ihnen gelten die Jesuiten als zutiefst konservativ. Sie verlangen ihre Ausweisung, scheitern in der Tagsatzung aber knapp.

Auf dem Weg zum Konflikt

- Im September 1843 gründen sechs katholisch-konservative Kantone (UR, SZ, NW/OW, LU, ZG, FR) eine geheime «Schutzvereinigung» (sie wird 1846 aufgedeckt). Ihre Gegner nennen diese Vereinigung später **«Sonderbund»**. 1844 stösst das Wallis dazu, während die konservativen Kantone Neuenburg und Appenzell Innerrhoden neutral bleiben.

Der Bundesvertrag erlaubt zwar Verträge zwischen den Kantonen, aber nicht mit dem Ausland. Dagegen haben sich die sieben Sonderbundskantone die Unterstützung mehrerer ausländischer Mächte gesichert, namentlich von Frankreich und Preussen, die sogar Truppen an der Schweizer Grenze aufmarschieren lassen.

- Nach ihrer gewaltsamen Machtübernahme in Genf und in der Waadt und ihrem Wahlsieg in St. Gallen stellen die Radikalen in der Tagsatzung die Mehrheit. Diese beschliesst am 20. Juli 1847 die Auflösung des Sonderbundes. Der **Bürgerkrieg** ist unabwendbar.

Drei Wochen Krieg

- Im November 1847 marschieren eidgenössische Truppen (100 000 Mann unter dem Befehl von General **Guillaume Henri Dufour**) gegen 80 000 Soldaten des Sonderbundes auf. An deren Spitze steht General Johann Ulrich von Salis-Soglio.

Paradoxe Weise wird das radikale (fortschrittliche) Lager von einem Konservativen (Dufour) angeführt, während es bei den katholischen Separatisten ein Reformierter ist (Salis-Soglio).

- Das Kriegsgeschick und die Mässigung Dufours führen die eidgenössischen Truppen in drei Wochen zum Sieg. Freiburg fällt zuerst. Uri versucht vergeblich einen Angriff auf das Tessin. Zug ergibt sich kampflos.
- Der Hauptangriff erfolgt bei Gisikon (LU) gegen den Kanton Luzern (23. November 1847), wo die eidgenössischen Truppen den entscheidenden Sieg erringen. Darauf ergeben sich die übrigen Sonderbundskantone innerhalb weniger Tage. Ihre Anführer setzen sich nach Italien ab. Im Sonderbundskrieg verlieren etwa 130 Personen ihr Leben, um die 400 werden verletzt.

Einige Anführer des Sonderbundes streben im Siegesfall Veränderungen in der Gebietsaufteilung zugunsten der Katholiken an. Der Luzerner Konstantin Siegwart-Müller wollte einen Kanton Jura gründen. Der nördliche Teil der Waadt sollte Freiburg zufallen, der Osten dem Wallis. Freiburg hätte auch einen Teil des Berner Oberlandes und des Simmentals zurückhalten. Die katholischen Gebiete des Aargaus samt Zofingen und Aarburg hätten Luzern zugeschlagen werden sollen. Glarus wäre unter Schwyz und Uri aufgeteilt worden, Zug hätte sich gegen Norden in zürcherisches Gebiet ausdehnen können.



Die Entstehung des Bundesstaates (1848–1914)

[Die erste Bundesverfassung](#)
[Die Bundesverfassung von 1874](#)
[Die Aussenbeziehungen](#)
[Wirtschaft und Gesellschaft](#)
[Die Arbeiterbewegung](#)



1848

Die erste Bundesverfassung

Nach dem Sonderbundskrieg gibt sich die Schweiz eine neue politische Ordnung.

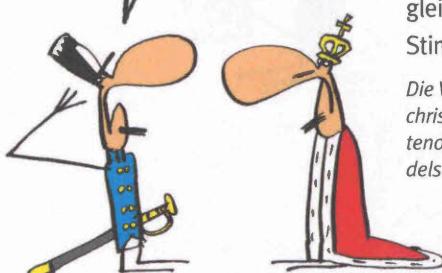
Sie wird zu einem Bundesstaat mit souveränen Kantonen. An der Spitze stehen eine siebenköpfige Regierung und ein Zweikammerparlament. Der Bundesstaat erhält neue Kompetenzen.

Das politische System von 1848 bleibt bis heute in Kraft.



Für die Ausarbeitung der Verfassung setzt die Tagsatzung eine Kommission aus ihren eigenen Reihen ein. Deren Mitglieder werden von der neuen Bundesversammlung am 16. November 1848 mehrheitlich in den ersten Bundesrat gewählt. Unter ihnen ist der Zürcher Jonas Furrer, der zugleich erster Bundespräsident wird.

„SIRE, DIE SCHWEIZ HAT IN DER DEMOKRATIE GESCHMÄCHTET!“



Die Zeit nach dem Sonderbund

- Nach dem Sonderbundskrieg besetzt das eidgenössische Heer die sieben Sonderbundskantone (deren konservative Regierungen werden abgesetzt). Die unterlegenen und die neutral gebliebenen Kantone müssen schwere Kriegslasten tragen.
- Der Blitzsieg der fortschrittlichen Kantone lässt den konservativen europäischen Mächten (Frankreich, Österreich und Preussen) keine Zeit zum Eingreifen. Sie beobachten aber die demokratischen Absichten der Radikalen genau. Ihre Aufmerksamkeit wird allerdings abgelenkt von revolutionären Aufständen, die im Februar 1848 zuerst in Paris, dann überall in Europa ausbrechen.

Mit ihrer Demokratisierung ist die Schweiz eine europäische Vorreiterin.

Die Revision des Bundesvertrages

- Die radikal geprägte Tagsatzung will die politische Ordnung des Landes rasch erneuern. Sie legt den Kantonen einen Verfassungstext einer speziellen Kommission vor (siehe Kästchen), den fünfzehneinhalf Kantone annehmen, sechseinhalb ablehnen. Die **Bundesverfassung** tritt am 12. September 1848 in Kraft. Abgelehnt haben UR, SZ, ZG, VS, TI, NW, OW, AI.
- Die Schweiz wird zu einem **Bundesstaat** mit umfassenden Kompetenzen. Sie nennt sich weiterhin «Eidgenossenschaft». Die Kantone bleiben im Rahmen der Bundessouveränität autonom, treten aber Kompetenzen an den Bund ab.

Ein Bundesstaat setzt sich aus Gliedstaaten zusammen (CH: Kantone). Diese verfügen über eine gewisse Souveränität. Eine Bundesregierung regelt die Angelegenheiten des Gesamtstaates.

- Die politische Ordnung der Schweiz ist demokatisch. Die Bürger haben Rechte und Pflichten. Jedermann ist vor dem Gesetz gleich. Allerdings verfügen die Frauen nicht über das allgemeine Stimm- und Wahlrecht.

Die Verfassung von 1848 garantiert die Niederlassungsfreiheit für alle Bürger christlichen Glaubens, die Kultusfreiheit für christliche Religionen (der Jesuitenorden allerdings ist verboten), die Presse-, Vereins-, Versammlungs-, Handels- und Gewerbefreiheit, das Petitionsrecht.

Die neue politische Ordnung

- Die exekutive Gewalt liegt neu beim siebenköpfigen **Bundesrat** (Regierung). Er wird im jährlichen Turnus von einem Bundespräsidenten geführt.
- Die legislative (gesetzgebende) Gewalt liegt bei der **Bundesversammlung**. Sie besteht aus zwei Kammern. Der Nationalrat vertritt das Volk, der Ständerat die Kantone. Da die ehemaligen Sonderbundskantone bevölkerungsmässig schwach sind, haben sie im Nationalrat nur geringes Gewicht. Im Ständerat sind sie gleich stark vertreten wie die übrigen Kantone.
Der Nationalrat wird zu Beginn für drei Jahre gewählt. Auf 20 000 Einwohner entfällt ein Sitz, gesamthaft 111. Auch der Ständerat ist für drei Jahre gewählt. Jedem Kanton stehen zwei Sitze zu, den Halbkantonen je einer, gesamthaft 44.

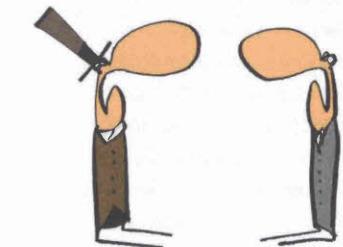


In ihrer ersten Session muss die Bundesversammlung den Sitz der neuen Behörden festlegen. Als Bundesstadt stehen Bern, Zürich und Luzern im Vordergrund. Daneben werden Aarau oder Zofingen erwogen. Auch vom Neubau einer Bundesstadt nach Washingtoner Vorbild ist die Rede. Schliesslich wird auf Drängen der Romands Bern gewählt. Das erste Bundeshaus wird 1857 fertig gebaut (heute der Westflügel des aktuellen Gebäudes von 1902). Als Ausgleich erhält Zürich die Eidgenössische Technische Hochschule ETH.

Ein zentralisierter Staat

- Bis 1848 beschränkten sich die Kompetenzen der Eidgenossenschaft auf die Aussenpolitik. Mit der neuen Verfassung kann sich der Bund selbst neue Kompetenzen übertragen:
 - Aufhebung der Binnenzölle, Einführung einheitlicher Zolltarife;
Die Zölle sind die Haupteinnahmequelle des Bundes, die Steuern bleiben kantonal.
 - Posthoheit mit einheitlichen Briefmarken und Tarifen;
 - Verteidigungshoheit;
 - Einführung einer **Einheitswährung**: Nach französischem Vorbild wird der Franken dem im übrigen Europa verbreiteten Gulden vorgezogen;
 - Vereinheitlichung der Masse und Gewichte:
Fuss, Pfund und Mass.
Das heutige Dezimalsystem mit Meter und Gramm wird erst 1868 angenommen und ist ab 1875 in Kraft.
- Von diesen Massnahmen profitiert die **allgemeine Wohlfahrt**, eines der Hauptziele der neuen Verfassung. Vereinheitlichte Institutionen und Behörden fördern den Aufschwung.
- Schule, Gesundheit, Strassenbau, Infrastruktur, Justiz und Kirche bleiben Aufgaben der Kantone. Jeder hat eine eigene Verfassung, eine Regierung (Regierungs-/Staatsrat) und ein Parlament (Kantons-/Grosser Rat), Gesetze, Verwaltung, Polizei und Finanzen (die Steuern werden von den Kantonen erhoben).

„MITTE 19. JH.:
EINHEITSWÄHRUNG...
ENDE 20. JH.:
EINHEITSDENKEN!“



1848–1874

Die Bundesverfassung von 1874

Die Wunden des Bürgerkrieges verheilen nur langsam. Alte Gräben bleiben bestehen.

Die Volksrechte werden in einigen Kantonen schrittweise ausgebaut. Die revisede Bundesverfassung von 1874 führt das fakultative Referendum ein und überträgt dem Bund neue Kompetenzen.

Die Verfassung von 1874 bleibt bis zum Ende des 20. Jh. in Kraft.



Alte Gräben

- In der Schweiz bleiben alte Gräben ungeachtet des Friedensschlusses und der neuen politischen Ordnung offen. Das Trauma der Niederlage im Sonderbundskrieg wirkt in den konservativen Kantonen nach.
- Die **Freisinnigen** gewinnen die ersten eidgenössischen Wahlen im November 1848 überaus deutlich. Sie sind auch in den Kantonen in der Mehrheit. Ihre Reformvorhaben stoßen allerdings auf Widerstände. Die in den kantonalen Verfassungen vorgesehene Trennung von Kirche und Staat missfällt dem Vatikan. Zwischen den Innerschweizer Kantonen und den Kantonen des Mittellandes herrscht eine eigentliche Feindschaft.

Die Freisinnigen selber sind in zwei Flügel gespalten: einen linken (radikalen), der einen starken Zentralstaat fordert, und einen rechten (liberalen), der für individuelle Freiheiten kämpft (namentlich wirtschaftlicher Art).

- Die Verlierer des Sonderbundskrieges bezahlen dem Bund seit 1848 eine Kriegsschuld. Sie wird 1852 abgeschrieben. Darauf entspannen sich die Beziehungen etwas.

Auch patriotische Veranstaltungen wie das eidg. Schützenfest oder das eidg. Gesangsfest bringen Sieger und Besiegte einander wieder näher.

Der Sonderbundskriegsgeneral Dufour wird zum Inbild der nationalen Versöhnung. In der Innerschweiz finden die «Dufourli» – Pfeifen mit seinem Antlitz – reissenden Absatz. Dufour war auch als Kartograf tätig. Auf ihn geht die erste genaue topografische Darstellung der Schweiz zurück, die «Dufourkarte» (1864).

Konservative Opposition

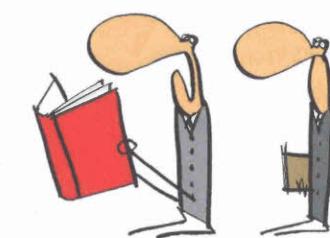
- Allmählich erholen sich die **Konservativen** und übernehmen mancherorts sogar die Macht, etwa in Luzern 1871.
- Die freisinnigen Führer versuchen, die wirtschaftliche und politische Macht zu monopolisieren. Daraus entsteht das Bürgertum. Das gegnerische Lager ist hingegen uneinheitlich: neue Arbeiterbewegung, traditionelle Bauern, mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten kämpfende Handwerker, demokratische Intellektuelle, alte Aristokratie. Trotzdem gelingt es, sie zu einem und Forderungen nach Volksrechten aufzustellen.

Verfassungsrevision

- Die politischen Spannungen ebnen den Weg für eine Verfassungsrevision. Ziel ist es, dem Bund weitere Kompetenzen zu übertragen, die Volksrechte auszubauen und die Trennung von Kirche und Staat zu verstärken.

- Die Möglichkeit einer Revision ist in der Bundesverfassung seit 1848 gegeben. Eine solche benötigt das doppelte Mehr von Volk und Kantonen. Eine erste Vorlage wird 1872 knapp verworfen, da sie den föderalistischen Kräften zu zentralistisch ist. Eine zweite, gemässigte Fassung, die vor allem auf die Vereinheitlichung des Rechtswesens verzichtet, wird 1874 angenommen. Die Kantone behalten ihre Zivil- (bis 1912) und Strafgesetzbücher (bis 1942).

Die Bundesverfassung wird gegen Ende des 20. Jahrhunderts vollständig revidiert, am 18. April 1999 vom Volk angenommen und am 1. Januar 2000 in Kraft gesetzt. Sie ist in Form und Geist der Verfassung von 1874 sehr nah.



Die Neuerungen

- Auf Bundesebene wird das **fakultative Referendum** eingeführt. 30 000 Bürger (ab 1977 50 000) können eine Volksabstimmung über bestimmte Parlamentsbeschlüsse verlangen.

Das Initiativrecht stammt aus dem Jahre 1891. Mit 50 000 Unterschriften (ab 1977 100 000) kann eine Verfassungsänderung verlangt werden. Damit sie angenommen wird, braucht es in der Volksabstimmung das doppelte Mehr.

- In Militärangelegenheiten bleiben den Kantonen nur geringe Verwaltungskompetenzen.
- Die Volksschule wird obligatorisch und konfessionsneutral. Das öffentliche Bildungswesen ist Kantonssache.
- Die Errichtung neuer Klöster wird untersagt. Das Jesuitenverbot wird ausgedehnt.
- Das 1848 gegründete **Bundesgericht** erhält in Lausanne einen festen Sitz. Seine Richter werden von der Bundesversammlung gewählt.
- Zivilstandsangelegenheiten fallen in die Kompetenz des Staates und nicht mehr der Kirche, ebenso das Friedhofswesen.



1848 beherrschen die Freisinnigen die Schweiz fast vollständig. Sie stellen alle sieben Bundesräte und können sich auf eine erdrückende Mehrheit in der Bundesversammlung stützen. Erst 1891 müssen sie den Katholisch-Konservativen (der heutigen CVP) einen Sitz abtreten. Im Parlament sind die Freisinnigen bis 1919 in der Mehrheit. In diesem Jahr wird die Proporzwahl eingeführt (→ S. 68). Im Bundesrat behalten sie die absolute Mehrheit bis 1954.

1848–1900

Die Aussenbeziehungen

Die neutrale Schweiz bleibt von den europäischen Konflikten verschont. Vereinzelt gibt es Spannungen mit Nachbarn.

Das Rote Kreuz, dessen Gründung auf eine Schweizer Initiative zurückgeht, unternimmt mit der Aufnahme von französischen Soldaten 1871 seine erste grosse humanitäre Aktion. Auf internationaler Ebene tritt die Schweiz als Vermittlerin auf und wird Zufluchtsort zahlreicher Vertriebener.



Neuenburg, Savoyen und Bourbaki

- **Neuenburg** ist zwischen 1815 und 1848 sowohl Kanton als auch preussisches Fürstentum. 1848 kommt es zum republikanischen Umsturz. Obwohl Preussen die neue Ordnung nicht anerkennt, greift es nicht ein. 1856 versuchen die Neuenburger Royalisten ihrerseits einen Putsch, scheitern damit aber, nachdem eidgenössische Truppen eingreifen und die Anführer gefangen nehmen. Der preussische König verlangt zwar deren Freilassung, doch der Bundesrat lehnt dies ab. Beide Seiten mobilisieren darauf Truppen. Durch Vermittlung von England und Frankreich kann der Krieg vermieden werden.

Die Gefangenen werden freigelassen. Der preussische König verzichtet auf seine Herrschaft und erhält den Ehrentitel Prinz von Neuenburg.

- 1860 verliert die Schweiz eine Auseinandersetzung mit dem französischen Kaiser Napoleon III. Auf Betreiben von Bundesrat Jakob Stämpfli hat die Schweiz Anspruch auf den nördlichen Teil **Savoyens** (Evian, Annemasse und Annecy) erhoben, auf den sie seit 1815 ein vertragliches Besetzungsrecht hat. Eine Minderheit der savoyischen Bevölkerung verlangt in einer Petition den Anschluss an die Schweiz; sie wird aber in einer Referendumsabstimmung überstimmt und Savoyen wird französisch.

Dafür lässt Napoleon III. Genf seine Zollfreizone im französisch-savoyischen Hinterland erweitern.

- Im deutsch-französischen Krieg werden 1871 französische Truppen unter Führung von General **Bourbaki** an der Neuenburger Grenze von deutschen Truppen eingekesselt. Der französische Kommandant ersucht die Schweiz, seine 87 000 erschöpften Soldaten aufzunehmen. Sie werden entwaffnet, gepflegt und im ganzen Land verteilt.

Die vorher deutschfreudlich eingestellte Schweizer Bevölkerung bringt den entkräfteten französischen Soldaten viel Sympathie entgegen. Nach Kriegsende kehren die Internierten in ihre Heimat zurück.

Die Gründung des Roten Kreuzes

- In den 1850er-Jahren leitet der Genfer **Henry Dunant** ein Mühlengeschäft in Algerien. Wegen unklar geregelter Land- und Wasserrechte und Problemen mit den französischen Kolonialbehörden geht das Geschäft Konkurs. Dunant beschliesst 1859, beim Kaiser für seine Interessen zu kämpfen. Er reist nach Solferino (Piemont), wo Napoleon III. im Krieg gegen Österreich liegt.

- In der Schlacht von Solferino trifft Dunant auf Tausende Verwundeter ohne medizinische Hilfe. Zurück in Genf verfasst er «Un souvenir de Solferino» (Eine Erinnerung an Solferino). Darin regt er Hilfsgesellschaften zur medizinischen Versorgung der Kriegsverwundeten an und fordert internationale Schutzabkommen.

- Eine Kommission (welcher Dunant und General Dufour angehören) der Genfer Gemeinnützigen Gesellschaft nimmt die Ideen auf. Sie schafft ein Kennzeichen zum Schutz für die Kriegssanitäter: ein rotes Kreuz auf weissem Grund.

Das rote Kreuz ist das Negativ des Schweizerkreuzes (→ S. 22). Es gibt aber keine Belege dafür, dass dies der Grund für die Wahl ist.

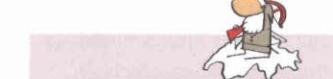
- Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (**IKRK**) wird 1863 gegründet. Es lädt 1864 zu einer internationalen Konferenz nach Genf ein und markiert mit der «Konvention betreffend die Linderung des Loses der im Felddienst verwundeten Militärpersonen» (Genfer Konvention) den Beginn des humanitären Völkerrechts.

Die Gründung des Roten Kreuzes leitet das internationale Engagement der Schweiz ein. Seither haben sich in Genf zahlreiche internationale Organisationen niedergelassen.

Die Schweiz als Zufluchtsort

In der Schweiz finden immer wieder ausländische Oppositionelle Zuflucht. Deren Herkunftsländer üben deswegen regelmäßig, aber erfolglos politischen Druck auf die Schweiz aus.

Beispiele: Léon Gambetta, Gegner Napoleons III.; Gustave Courbet, französischer Maler, Sympathisant der sozialistischen Pariser Kommune; der russische Revolutionär Lenin, der sich zwischen 1900 und 1917 mehrmals in der Schweiz aufhält (in Zürich und Genf).



Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts und bis heute vermittelt die Schweiz weltweit in zahlreichen Konflikten. Bundespräsident Walter Hauser hat sich beispielsweise im Jahre 1900 in einen alten Gebietsstreit zwischen Frankreich und Brasilien eingeschaltet. Frankreich tritt darauf ein grosses Landstück seiner südamerikanischen Kolonie Französisch-Guayana an Brasilien ab.

1815–1914

Wirtschaft und Gesellschaft

Die Schweiz erlebt einen Aufschwung: Industrie, Infrastruktur, Dienstleistungen und Lebensqualität entwickeln sich.

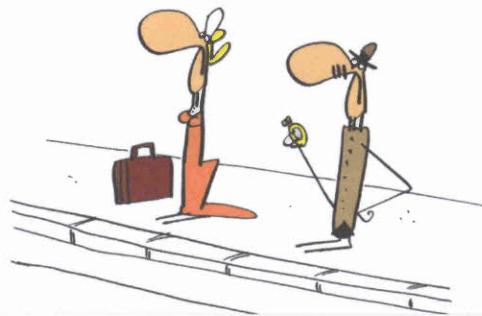
Die Wirtschaft konzentriert sich auf hoch spezialisierte Bereiche. Das weltweit dichteste Eisenbahnnetz entsteht. Der Fremdenverkehr gewinnt an Bedeutung.

Vom Aufschwung profitieren aber nicht alle. Viele Schweizer wandern aus.



Die Industrialisierung und der Eisenbahnbau in der Schweiz werden massgeblich vom Zürcher Industriellen Alfred Escher (1819–1882) geprägt. Escher war Zürcher Regierungs- und Nationalrat. Er gründet 1853 die Nordostbahngesellschaft und 1856 die Schweizerische Kreditanstalt (Credit Suisse). 1871 wird er Präsident der Gotthardbahngesellschaft. Dieses Amt muss er aber wegen Finanzierungsproblemen beim Bau der Gotthardbahn 1878 abgeben. Er stirbt kurz nach Eröffnung des Tunnels.

„EINE VERSPÄTUNGSMELDUNG:
DIE EISENBAHN VERKEHRT IN DER
SCHWEIZ MIT EINER VERSPÄTUNG
VON EINIGEN JAHREN!...“



Die Schweiz wird zum Industriestaat

- Wie im übrigen Europa vollzieht sich in der Schweiz im 19. Jahrhundert der Prozess der **Industrialisierung**. Die wichtigsten Zweige sind die Uhrenindustrie (Jura) und der Textilsektor (Nord- und Ostschweiz). Ab 1848 begünstigt die Zentralisierung des Staates (→ S. 55) die Entwicklung.
- Das Land verfügt weder über natürliche Ressourcen noch über einen direkten Meeranstoß. Es konzentriert sich deshalb auf hoch spezialisierte Bereiche: Chemie, Nahrungsmittel, Maschinen, Banken, Versicherungen.
 - Um 1860 erfindet Henri Nestlé in Vevey das Milchpulver als Milchersatz für Mütter, die nicht stillen können. Nestlé wird zu einem der weltweit grössten Nahrungsmittelproduzenten.
 - Um 1880 bringen Julius Maggi und Fridolin Schuler Pulversuppen auf den Markt. Maggi gehört heute zu Nestlé.
 - Die in den 1860er-/70er-Jahren gegründeten Banken von Winterthur und Thurgau und die Basler Handelsbank sind Vorläufer der UBS.

Das Verkehrswesen

- Seit 1815 fährt die Postkutsche auf ausgebauten Strassen über die Alpen. Auf dem Genfersee verkehrt 1823 das erste Dampfschiff, auf dem Vierwaldstättersee 1837.
- Das **Eisenbahnzeitalter** bricht 1847 mit der Linie Zürich–Baden an. Zwischen 1854 und 1864 werden 1300 Schienenkilometer mit privatem Geld gebaut. Am Ende des 19. Jahrhunderts verfügt das Land über das weltweit dichteste Schienennetz.
 - Mit dem Bau des **Gotthardtunnels** (1872–1882) werden die Alpen auf der Schiene überwunden. Die Gotthardbahn ist ein technisches Meisterwerk. 1906 wird die Bahnverbindung durch den Simplon, 1913 jene am Lötschberg fertiggestellt.
 - 1902 kauft der Bund die meisten der privaten Eisenbahngesellschaften und führt sie zu den SBB zusammen.

Schwindender Bauernstand

- Um 1850 leben fast zwei Drittel der Schweizer Bevölkerung von der Landwirtschaft. Der Anteil sinkt allerdings kontinuierlich: 1914 macht der Bauernstand noch einen Viertel aus.
Heute sind noch 3–4 Prozent der Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig.
- Die ländlichen Gebiete sind oftmals arm. Die Landwirtschaft ist entbehrungsreich und hart. Billige Getreideimporte setzen ihr zusätzlich zu. In dieser Situation weichen die Landwirte auf die Milchwirtschaft aus, die weniger anstrengend, aber wirtschaftlich interessanter ist.



Der technische Fortschritt beeinflusst das tägliche Leben im 19. Jahrhundert, zumindest in den Städten. Um 1860 hält das **fliessende Wasser** in den Häusern Einzug (das System wurde in England entwickelt); auf dem Land dauert es knapp 100 Jahre länger. Daraus entwickelt sich die Wasserspülung der Toiletten. Ab 1880 ersetzt das **elektrische Licht** Kerzen und Öllampen in den Haushalten und das Gas der Strassenbeleuchtung. Das **Telefon** (1876 in den USA patentiert) erreicht die Schweiz um 1880.

Die Auswanderung

- Armut, starkes Bevölkerungswachstum, knappe Landreserven oder wirtschaftliche Schwierigkeiten treiben viele Schweizer im 19. Jahrhundert in die Emigration.
Daneben ist auch eine starke Einwanderung zu beobachten. Auf Grossbaustellen wie am Gotthard arbeiten zahlreiche Ausländer, namentlich Italiener.
- Ermuntert durch die Behörden (die dadurch bedürftige Bevölkerungsteile loswerden), wandern Bewohner eines Kantons oft in ganzen Gruppen aus. Weltweit entstehen Schweizer Kolonien, namentlich in Amerika.
Beispiele: Vevay (1803, USA), Nova Friburgo (1815, Brasilien), New Glarus (1845, USA), Nueva Helvecia (1861, Uruguay).

Der Fremdenverkehr

- Der Schweizer Fremdenverkehr beginnt sich ab 1850 zu entwickeln. Die Landschaft, der Wintersport und die Thermalbäder ziehen reiche Touristen (vor allem aus England) an.
Beliebt sind das Tessin (Lugano), die Alpen (Zermatt, St. Moritz) oder mondäne Orte am Genfersee (Genf, Lausanne-Ouchy, Vevey, Montreux).
- Für Töchter und Söhne reicher Ausländer werden Pensionate gebaut. Luxushotels schiessen aus dem Boden. Technisch gewagte Eisenbahnlinien erschliessen die Alpen (seit 1912 fährt eine Zahnradbahn auf das 3400 Meter hohe Jungfraujoch).

Bergbauern werden Fremdenführer oder Hoteliers.



1838–1914

Die Arbeiterbewegung

Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung entsteht eine Arbeiterbewegung, die für die Rechte der Arbeitersklasse einsteht.

Die Formierung der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei beschleunigen die Einführung einer Sozialpolitik.

Langsam verbessern sich die Arbeitsbedingungen und die Löhne steigen.



Im zürcherischen Uster setzen aufgebrachte Heimarbeiter 1832 eine neue Textilfabrik in Brand. Für die Arbeiter, die sich kurz zuvor mit dem Kauf neuer Webstühle verschuldet haben, stellt die Fabrik eine bedrohliche Konkurrenz dar.



Ausgebeutete Arbeiterschaft

- In der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts geht es der zunehmend industrialisierten Schweiz wirtschaftlich immer besser. In erster Linie profitieren davon die Unternehmer. Die Arbeiterschaft lebt und arbeitet dagegen in schwierigen Verhältnissen.
- Vor 1850 dauert ein Arbeitstag zwischen 14 und 15 Stunden, bringt aber nur wenig ein. In den Fabrikhallen herrscht ein hartes Regime. Kinder ab 7 Jahren werden auch für schwere Arbeiten eingesetzt. Die hygienischen Bedingungen am Arbeitsplatz sind schlecht.
- Dem Erstarken des Kapitalismus setzt die **sozialistische Denkströmung** den Begriff der sozialen Gerechtigkeit entgegen. Nach den fehlgeschlagenen Aufständen von 1848 in Europa intensiviert die Bewegung zum Schutz der Arbeiterschaft (des Proletariats) ihre Anstrengungen. Sie beruft sich auf **Karl Marx**, der die Emanzipation der Arbeiterschaft als Folge des Klassenkampfes sieht.

Die Vorkämpfer

- In Genf bemüht sich der Grütlibund ab 1838 um verbesserte Arbeitsbedingungen.
- Die Entstehung einer schweizerischen Arbeiterbewegung wird begünstigt durch ausländische Gewerkschafter, die zwischen 1860 und 1870 in die Schweiz kommen.
- Deutsche Exilanten ermutigen die Gründung von Ablegern der «Internationalen Arbeiter-Assoziation» (IAA, «1. Internationale») in der Westschweiz. Die IAA hält 1866 in Genf einen Kongress ab.
- Der russische Anarchist Michail Bakunin verbreitet im Schweizer Exil seine anarchistischen Ideen in der IAA: Auflösung des Staates, Freiheit des Individuums.

Eine Gewerkschaft und eine Partei

- Der 1873 gegründete Schweizerische Arbeiterbund wird 1880 zum Schweizerischen Gewerkschaftsbund SGB. Ein Kongress verschiedener Arbeitervereinigungen gründet 1888 die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS). Der erste sozialdemokratische Nationalrat wird 1890 in Zürich gewählt.

Die Formierung der Linken treibt die anderen politischen Strömungen an, sich zu reorganisieren. Freisinnige und Katholisch-Konservative (später Christlich-demokraten) schreiten 1894 zur Parteigründung.

- Der **SGB** erstarkt in den 1890er-Jahren. Die Hälfte seiner Mitglieder sind Ausländer, hauptsächlich Deutsche und Italiener. Sie drängen den SGB, den Klassenkampf zu radikalisieren. Streiks dienen als Mittel zum Zweck.
1912 lähmt der erste Generalstreik der Schweizer Geschichte die Stadt Zürich während mehrerer Tage.
- Auch die **Sozialdemokraten** bewegen sich nach links. Sie nehmen 1904 ein marxistisches Programm an, das die proletarische Revolution zum Ziel hat.



Die immer häufiger auftretenden Arbeitskämpfe führen zum Zusammenschluss der Arbeitgeber. Sie gründen 1870 den **Schweizerischen Handels- und Industrieverein** (bekannt als «Vorort», im Jahr 2000 umbenannt in **economiesuisse**). Die Kleinunternehmer und die Handwerker spalten sich 1882 ab und gründen den **Schweizerischen Gewerbeverband SGV**. Bundesbern gewährt diesen einflussreichen Organisationen rasch Subventionen, um sich ihre Unterstützung bei der Schaffung einer umfassenden Wirtschafts- und Sozialpolitik zu sichern.

Die Sozialpolitik

- Die Gewerkschaften erreichen eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse. Zwar steigen die Löhne zwischen 1850 und 1914 um das Vierfache, doch die Preise ziehen nach.
- Glarus führt 1848 als erster Kanton Sozialmassnahmen ein: tägliche Arbeitszeit von 13 Stunden, Verbot der Kinderarbeit unter 12 Jahren, Hygiene- und Sicherheitsbestimmungen.
- 1877 wird in einer Volksabstimmung das eidgenössische Fabrikgesetz angenommen: tägliche Arbeitszeit von 11 Stunden, Verbot der Kinderarbeit unter 14 Jahren, Schutz der Arbeiterschaft und Fabrikcontrollen.
Die Unternehmer bekämpfen das Gesetz heftig. Für die Linken ist seine Annahme ein erster bedeutender politischer Sieg.
- 1912 wird eine fakultative Krankenversicherung geschaffen. Die Unternehmer müssen ihre Angestellten gegen Unfall versichern.
Die ersten Gesamtarbeitsverträge (GAV) werden zwischen 1905 und 1907 unterzeichnet.



Das 20. Jahrhundert (1914 bis heute)

Der Erste Weltkrieg
Die Zwischenkriegszeit
Der Zweite Weltkrieg
Die Beziehungen zu Deutschland
Hinterfragtes Geschichtsbild
Die Zeit des Wirtschaftswunders
Die innenpolitische Entwicklung
Die Schweiz und die Welt



1914–1918

Der Erste Weltkrieg

Die Schweiz ist von Krieg führenden Ländern umgeben. Sie bekräftigt ihre Neutralität.

Zwischen den Deutschschweizern, die eher mit Deutschland sympathisieren, und den Frankreich zugewandten Romands kommt es zu Spannungen. Die Wirtschaft leidet unter dem Krieg. 1918 bricht ein Landesstreik aus.

In der Folge gewinnt die Sozialpolitik neuen Schwung.



General Ulrich Wille, Kommandant der Schweizer Armee von 1914 bis 1918, ist vor allem in der welschen Schweiz umstritten. Dem preussischen Militarismus nicht abgeneigt (Wille ist mit der Tochter des ehemaligen Kanzlers Bismarck verheiratet), schlägt er dem Bundesrat am 20. Juli 1915 vor, an der Seite des Deutschen Reiches in den Krieg einzutreten. Als die Presse die Affäre aufdeckt, geht eine Welle der Empörung durch die französische Schweiz.



Die Neutralitätsfrage

- Das Attentat auf den österreichisch-ungarischen Thronfolger Franz Ferdinand in Sarajevo 1914 zieht Europa in den Ersten Weltkrieg hinein. Das Deutsche Reich, Österreich-Ungarn und das Osmanische Reich (die «Mittelmächte») erklären Russland, Frankreich, Grossbritannien und Italien («Entente») den Krieg.
- Erstmals seit 1815 ist die Schweiz von Krieg führenden Ländern umgeben. Unter dem Eindruck dieser Bedrohung wählt die Bundesversammlung – wie in der Bundesverfassung vorgesehen – am 3. August 1914 **Ulrich Wille** zum General der Schweizer Armee.
- Die Schweiz bekräftigt ihre **Neutralität**. Derweil bereitet General Wille die Armee auf die Landesverteidigung vor. Die Truppen (je nach Periode zwischen 12 000 und 220 000 Armeeangehörige) werden bei Pruntrut (Jura, in der Nähe der deutsch-französischen Front) und im Unterengadin (italienisch-österreichische Front) zusammengezogen.
- Militärisch ist das Land vorbereitet, wirtschaftlich hingegen nicht. Ausbleibende Rohstoffimporte schwächen die Wirtschaft. Die Bevölkerung bekommt die Konsequenzen zu spüren.
Später erholt sich die Wirtschaft. Sie profitiert von Exporten kriegswichtiger Güter in beide der verfeindeten Lager.
- Zwischen der deutschen und der welschen Schweiz öffnet sich ein **Graben**. Die Romands bezichtigen General Wille der Deutschfreundlichkeit.
- Diverse deutschfreundliche Affären empören die Romands zusätzlich.
 - Im Januar 1916 werden zwei Nachrichtenoffiziere, die der Zusammenarbeit mit den Mittelmächten beschuldigt sind, freigesprochen («Oberstenaffäre»).*
 - Im Juni 1917 muss Bundesrat Arthur Hoffmann zurücktreten. Er hatte sich auf Betreiben von Nationalrat Robert Grimm (SP) in angebliche Friedensgespräche zwischen Deutschland und Russland eingeschaltet. Deutschland hätte sich durch einen Frieden mit Russland den Rücken frei machen und sich voll auf den Kampf gegen Frankreich konzentrieren können.*

Der Landesstreik von 1918

Der Krieg führt in der Schweiz zu wirtschaftlichen Problemen, worunter insbesondere die Arbeiterklasse in den Städten leidet. Die dienstleistenden Soldaten verlieren oft ihre Stelle, eine soziale Absicherung gibt es kaum. Die Preise und die **Arbeitslosigkeit** steigen markant, die Löhne sinken.

- In dieser **Krisenstimmung** verschärfen Sozialdemokraten und Gewerkschaften den Ton. Ab 1916 kommt es zu Demonstrationen und Streiks. Im Februar 1918 gründen kämpferische Vertreter der Arbeiterschaft das «Oltener Aktionskomitee» (OAK).

In Zimmerwald (BE) findet 1915 eine internationale Konferenz sozialistischer Kriegsgegner statt, darunter der russische Revolutionär Lenin. Die Konferenz bestärkt die revolutionäre Linie im linken Flügel der Arbeiterbewegung.

- Als sich im Herbst 1918 die Niederlage Deutschlands abzeichnet und es zu revolutionären **Aufständen** kommt, befürchtet die Schweizer Armee ähnliche Unruhen im eigenen Land. Sie lässt Truppen in Zürich (und anderen Städten) aufmarschieren. Die Arbeiterbewegung ruft darauf zum Landesstreik auf. Am 9. November kommt es an 19 Orten zu Generalstreiks. Am 12. November, einen Tag nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, legen im ganzen Land 250 000 Beschäftigte die Arbeit nieder. Der Bundesrat verlangt den sofortigen Abbruch des Streiks. Das OAK lenkt ein und der Streik wird beendet.

Der Streik wird vor allem in den Deutschschweizer Städten begolgt. In der welschen Schweiz richtet sich die Aufmerksamkeit stärker auf den Sieg Frankreichs.

Die Streikfolgen

- Die Streikbewegung löst sich rasch auf. Der Bundesrat befürchtet aber nach wie vor umstürzlerische Ereignisse nach dem Vorbild der russischen Revolution (1917). Die Armee bleibt wachsam. Die Spannung hält bis 1919 an, als es in Zürich und Basel noch zu lokalen Streiks kommt.
- Die Arbeiterschaft erringt einen Teilsieg. Die 48-Stunden-Woche wird eingeführt, die Löhne erhöht. Weitere Massnahmen folgen.

Bereits 1925 wird in der Bundesverfassung der Grundsatz einer Alters- und Hinterbliebenenversicherung (AHV) festgeschrieben. Bis zu ihrer Einführung 1948 vergehen allerdings noch über zwei Jahrzehnte.



Das österreichische Vorarlberg spricht sich nach dem Krieg in einem Referendum mit 47 000 Ja gegen 11 000 Nein dafür aus, 23. Schweizer Kanton zu werden. Bundesrat und Parlament lehnen das Ansinnen jedoch ab, nicht zuletzt wegen der Skepsis der Romands und der Reformierten, die ein Erstarken des deutschsprachigen und katholischen Bevölkerungsanteils fürchten. Das zwischen der Schweiz und Vorarlberg gelegene Fürstentum Liechtenstein schliesst sich 1920 dem schweizerischen Postwesen an, vereinbart 1923 mit der Schweiz eine Zollunion und übernimmt 1924 die Schweizer Währung.

1918–1939

Die Zwischenkriegszeit

In der Zwischenkriegszeit erlebt die Schweiz zwei Wirtschaftskrisen.

Ein neues Wahlrecht beeinflusst die politischen Kräfteverhältnisse zugunsten der Linken. Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbaren einen Arbeitsfrieden.

Im Zeichen des erstarkenden Faschismus bereitet sich die Schweiz auf einen neuen Krieg vor.



Neue politische Kräfteverhältnisse

- Nach zweimaliger Ablehnung 1900 und 1910 nimmt das Volk das **Proporzwahlrecht** für den Nationalrat 1918 an (es löst die Majorzwahlen ab). Namentlich kleinere Parteien profitieren davon.
In der französischen Schweiz sind Proporzwahlen viel weniger umstritten als in der deutschen Schweiz. Zwischen 1891 und 1921 führen schweizweit 16 Kantone den Proporz auf kantonaler Ebene ein. Der Ständerat wird bis heute (außer im Jura) nach dem Majorzverfahren gewählt, was den Bürgerlichen eine klare Mehrheit garantiert.
- 1919 wird der Nationalrat im Proporzverfahren neu bestellt. Die Freisinnigen verlieren dabei ihre absolute Mehrheit, über die sie seit 1848 verfügten. Die Katholisch-Konservativen (heute CVP) und die Sozialdemokraten erringen je einen Fünftel der Sitze, die Bauern- und Bürgerpartei (heute SVP) etwa einen Sechstel. Freisinn, Katholisch-Konservative und Bauern- und Bürgerpartei bilden einen antisozialistischen «Bürgerblock».
- Die Kräfteverschiebung beeinflusst auch die Zusammensetzung des Bundesrates. Die Katholisch-Konservativen erhalten 1920 einen zweiten Sitz. Die Freisinnigen stellen zunächst noch fünf Bundesräte, ab 1929 mit dem Eintritt eines Bauernvertreters noch vier. Den Sozialdemokraten bleibt der Einzug in den Bundesrat vorderhand verwehrt.

Der Völkerbund

- Die **Friedensverträge von Versailles** im Nachgang zum Ersten Weltkrieg (1919) zeichnen die Europakarte um. Die Neutralität der Schweiz wird bekräftigt.
- Die siegreichen Entente-Mächte gründen den **Völkerbund** (Vorgängerorganisation der UNO). Sitz ist Genf. Als die Schweiz zum Beitritt aufgefordert wird, entwickelt sich eine Diskussion um die Vereinbarkeit einer Mitgliedschaft mit der Neutralität. Volk und Stände stimmen dem Beitritt 1920 schliesslich mit hauchdünner Mehrheit zu.

Mit dem Beitritt wählt die Schweiz die «differenzielle Neutralität»: sie muss lediglich nichtmilitärische Sanktionen des Völkerbundes mittragen.

Krise und Arbeitsfrieden

• Zwischen 1920 und 1925 sowie zwischen 1930 und 1936 schlittert die Schweiz in zwei schwere **Wirtschaftskrisen**. Das Wachstum geht auf das Niveau von vor 1914 zurück. 1936 zählt man 124 000 Arbeitslose, das sind 7 Prozent der aktiven Bevölkerung.

• Stark betroffen sind die Textil- und die Uhrenindustrie sowie die Banken. Dies veranlasst den Bund einzutreten. Um die Ausfuhren anzukurbeln und die Arbeitslosigkeit zu verringern, wertet er 1936 den Franken ab, und da die Zolleinnahmen für die Staatstätigkeit nicht mehr ausreichen, führt er die **direkte Bundessteuer** ein.

Der Maschinenbau leidet weniger unter der wirtschaftlichen Krise. Er profitiert von den Investitionen, die in den 20er-Jahren für die Elektrifizierung der Eisenbahn getätigten werden. Die Entwicklung der Wasserkraftgewinnung (Stauseen in den Alpen) macht die Schweiz energetisch unabhängig.

• Auf Betreiben des Bundes handeln Gewerkschaften und Arbeitgeber 1937 ein «**Friedensabkommen**» aus. Künftig sollen Konflikte sozialpartnerschaftlich vor Schiedsgerichten beigelegt werden statt durch Streiks oder Aussperrungen (Schliessung der Fabriken bei Streikdrohungen).



Faschismus und Neutralität

• In Italien übernehmen 1922 **Mussolinis** Faschisten die Macht, in Deutschland 1933 **Hitlers** Nationalsozialisten. Sie installieren autoritäre, nationalistische Regime. Auch in der Schweiz treten faschistische, rechtsextreme Organisationen auf – die «Fronten». Politisch bleiben sie allerdings isoliert.

Der Faschismus ängstigt die Schweiz weniger als der Kommunismus. So scheut sich die Universität Lausanne nicht, dem italienischen Diktator Benito Mussolini 1937 die Ehrendoktorwürde zu verleihen. Die Sowjetunion anerkennt die Schweiz hingegen nicht.

• Nach 1935 verschärfen sich die internationalen Spannungen. Europa bereitet sich auf einen Krieg vor. Der Völkerbund ist machtlos. Auch die Schweiz trifft Vorbereitungen. 1938 kehrt sie zur «integralen» statt «differenziellen» **Neutralität** zurück.

Nach dem italienischen Einmarsch in Äthiopien 1935 lehnt die Schweiz die Unterstützung der vom Völkerbund gegen Mussolini verhängten Wirtschaftssanktionen ab.



Am 9. November 1932 demonstrieren Genfer Linke in Plainpalais gegen eine Versammlung der faschistischen «Union nationale», die vom antisemitischen Schriftsteller Geo Oltramare geführt wird. Um Zusammenstöße zu vermeiden, fordert die Genfer Regierung den Einsatz der Armee. Darauf wird eine Kompanie ungeübter Rekruten nach Genf beordert. Als diese in Bedrängnis geraten, schießen sie in die Menge. Dabei sterben 13 Menschen, mehr als 60 werden verletzt. Bei den Wahlen 1933 holt die Linke die Mehrheit in der Genfer Regierung.

1939–1945

Der Zweite Weltkrieg

Umgeben von Krieg führen den Mächten bereitet sich die Schweiz auf die Verteidigung vor.

Nach der Mobilmachung wird die Armee an die Grenzen geschickt. Im Angriffsfall soll sie sich in die Alpen zurückziehen («Réduit»). Der Plan Wahlen soll die Ernährung der Bevölkerung sichern.

Für die Schweiz hat der Krieg praktisch keine materiellen oder wirtschaftlichen Folgen.



Am 25. Juli 1940 versammelt General Guisan das Offizierskader auf dem Rütli («Rütlirappoport»). Der genaue Inhalt seiner Rede ist nicht bekannt, da weder eine Abschrift noch eine Aufnahme davon existieren. Der Ort der Rede ist aber symbolträchtig. Der General appelliert an den Durchhaltewillen der Truppen und orientiert die Kommandanten über die Konzeption des Réduit.



Die Mobilmachung

- Mit dem Angriff Deutschlands auf Polen am 1. September 1939 beginnt der Zweite Weltkrieg. Gegner sind das Deutsche Reich, Italien und Japan («Achsenmächte») einerseits, die USA, Grossbritannien, die Sowjetunion und Frankreich («Alliierte») andererseits.

Die Schweiz ist eingekesselt: Deutschland im Norden und Osten (nach dem Anschluss Österreichs an Deutschland 1938), Italien im Süden (1940 in den Krieg eingetreten, ab 1943 unter Deutscher Besatzung), Frankreich im Westen (Kriegseintritt 1939, 1940–44 unter Deutscher Besatzung).

- Als sich der Kriegsausbruch unmittelbar abzeichnet, erteilt die Bundesversammlung am 30. August 1939 dem Bundesrat weitgehende Vollmachten zur Behauptung der Unabhängigkeit des Landes und wählt **Henri Guisan** zum General. Am 1. September wird die Mobilmachung befohlen. In drei Tagen rücken 430 000 Soldaten ein. Der deutsche Angriff auf Frankreich löst am 11. Mai 1940 die zweite Mobilmachung aus.

Der deutsche Angriff auf Frankreich veranlasst einen Teil der Bewohner Basels und weiterer grenznaher Gebiete ins Landesinnere zu flüchten.

- Die beiden **Generalmobilmachungen** dauern jeweils nur einige Wochen. Viele Soldaten werden zwischenzeitlich demobilisiert. Im Schnitt sind etwa 120 000 Personen aktiv. Als die Alliierten 1940 nach Westen vordringen, werden aus Furcht vor einem Durchmarsch durch die Schweiz zusätzlich 80 000 Mann aufgeboten.
- Die Schweiz ist militärisch nicht vollständig vorbereitet. Neue Ausbildungsformen und Waffensysteme werden auch während des Krieges eingeführt. Im Grossen und Ganzen sind Moral und Disziplin der Truppen gut. 17 Personen werden wegen Landesverrats zum Tode verurteilt und hingerichtet.

General Guisan verkörpert die neutrale und bewaffnete Schweiz. Deshalb und wegen seiner menschlichen Qualitäten ist er im Volk beliebt.

- Immer wieder kommt es zu Verletzungen des Luftraumes. Die Schweizer Luftwaffe schießt dabei 25 Flugzeuge beider Kriegsparteien ab. 1944 bombardieren amerikanische Flugzeuge irrtümlich Schaffhausen. 40 Menschen verlieren ihr Leben. Auch auf Genf und Renens (VD) fallen Bomben.

Das Réduit

- Die Schweiz ist ab 1940 von den Achsenmächten eingeschlossen. Die Furcht vor einem deutschen Überfall geht um.
- Die Réduit-Strategie sieht vor, dass sich die Armee im Angriffsfall grösstenteils in den Alpenraum zurückzieht, und zwar in ein Netz von Befestigungen zwischen Sargans, dem Gotthard und St-Maurice. Brücken und Tunnels sollten beim Rückzug zerstört werden. Im Mittelland hätten sich nur einige leichte mechanisierte Truppen den Eindringlingen entgegengestellt. Der Plan hätte allerdings auch bedeutet, dass die Armee im Kriegsfall einen Grossteil der Bevölkerung, der grossen Städte und der Industrie kampflos preisgegeben hätte. Die Regierung wollte das Land aus ihrer Festung herausführen.

Zur Umsetzung der Réduit-Strategie wurde ein fast lückenloses Befestigungssystem im Alpenraum geplant.

- Das Deutsche Reich hat Pläne für einen Einmarsch in die Schweiz, ohne sie allerdings ernsthaft umsetzen zu wollen. Als wichtigem Kunden (→ S. 73) ist Deutschland daran gelegen, dass die Schweizer Industrie und das Bankenwesen weiter funktionieren. Zudem ist das Deutsche Reich auf die Transportachse durch die Schweizer Alpen angewiesen.

Der Plan Wahlen

- Ab September 1939 werden Konsumgüter rationiert. Der «Plan Wahlen» (benannt nach seinem Schöpfer Friedrich Traugott Wahlen, ETH-Professor und späterer Bundesrat, der den Plan schon 1935 ausgearbeitet hatte) sieht vor, die Anbauflächen zu vergrössern und die Nahrungsmittelproduktion zu erhöhen.
- Eine breit angelegte Propagandakampagne bringt den Plan Wahlen unter das Volk. Er wird später als «Anbauschlacht» bekannt. Zwar verfehlt er sein Ziel, die Schweiz von Nahrungsmitteleinfuhrn unabhängig zu machen (Autarkie). Er lindert aber die Folgen der Rationierung für die Bevölkerung.

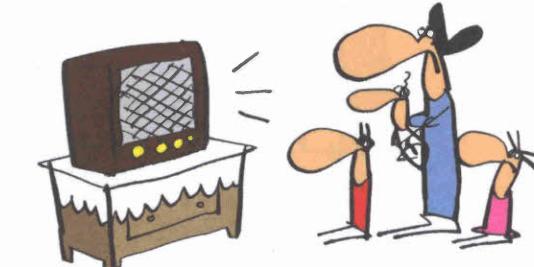
Die Anbaufläche wird verdoppelt. Selbst öffentliche Anlagen (Pärke) und Sportplätze werden umgenutzt.



Der Krieg gibt der Sozialpolitik Auftrieb. Schon Ende 1939 führt der Bundesrat Massnahmen ein, um die Folgen des Krieges zu lindern. Die Soldaten erhalten etwa eine Erwerbsausfallschädigung und Kündigungsschutz. Gleichzeitig werden die Mieten eingefroren und Mietverträge sind ohne triftigen Grund unkündbar. Die Preise unterliegen der Kontrolle, die Arbeitslosenversicherung wird ausgebaut und die Kinderzulagen erhöht.

MONTAGSKARTOFFELN...
DIENSTAGSKARTOFFELN...
MITTWOCHSKARTOFFELN...

„SIE HÖRTEN
EINE ANSPRACHE
VON FRIEDRICH T. WAHLEN!“



1939–1945

Die Beziehungen zu Deutschland

Trotz Neutralität spürt die Schweiz den faschistischen Druck, von innen wie von aussen.

Die nationalsozialistischen Siege führen zu politischen Spannungen und der Frage, welche Haltung die offizielle Schweiz gegenüber Nazideutschland einnehmen soll. Ausfuhren nach Deutschland sind für die Schweizer Wirtschaft überlebenswichtig.

Der Handel mit den Nazis stösst bei den Alliierten auf Kritik.

„ZUCHT,
ORDNUNG UND
SCHNURBART
SIND ZUR ZEIT
IN!“



Der Druck des Faschismus

- Nach dem Sieg Nazideutschlands über Frankreich 1940 wird in der Schweiz vermehrt die Anpassung des Landes an die faschistische **Neuordnung Europas** gefordert.
- Nach der französischen Kapitulation im Juni 1940 erwähnt Bundespräsident **Marcel Pilet-Golaz** in einer Radioansprache notwendige Neuerungen für das Land, ohne dass klar wurde, wie diese auszusehen hätten. Auch andere Mitglieder des Bundesrates zeigen eine gewisse Offenheit gegenüber dem faschistischen Gedankengut.
- In diesem Moment tauchen die rechtsextremen «Fronten» wieder auf (→ S. 69) und verlangen eine Anpassung der politischen Ordnung nach europäischem Vorbild. Die Forderung geniesst auch in Wirtschaftskreisen Sympathie.
- Trotz nazifreundlicher Zensur übt die Presse scharfe Kritik an einer Öffnung gegenüber dem Faschismus. Sie erhält Support von einigen Parteien. Dies führt zum Verbot aller rechts- und linksextremen Parteien (Faschisten, Kommunisten).
- Nach 1940 nehmen die innenpolitischen Spannungen ab. Der Regierungsstil bleibt aber autoritär. Im Übrigen führt die Kriegsbedrohung zu einer Art nationalen Zusammenrücken, in dessen Folge mit dem Zürcher **Ernst Nobs** 1943 der erste Sozialdemokrat in den Bundesrat einzieht.

Nobs war Mitorganisator des Landesstreiks von 1918. Dafür sass er im Gefängnis.

Freiwillige an der Front

Ab 1941 organisieren höhere Armeeangehörige und Schweizer Diplomaten, die mit Hitler sympathisieren, vier medizinische Missionen an die deutsch-russische Front, um – ausschliesslich deutsche – Kriegsverwundete zu pflegen. Bei ihrer Rückkehr wird es den Freiwilligen verboten, über die Kriegsgräuel zu berichten.

Der Bundesrat und das Rote Kreuz billigen – entgegen dem Rat von General Guisan – diese Missionen, allerdings unter der Bedingung, dass sie im Namen eines offiziell privaten Komitees durchgeführt werden.

Teure Kundschaft

- Auch im Krieg führt die Schweiz einen grossen Teil ihrer Produktion nach Deutschland aus. Sie erhält Rohstoffe (Eisen, Kohle) gegen die Lieferung von Maschinen, Werkzeugen und Waffen (zwischen 1941 und 1942 gehen 60 Prozent der Waffenproduktion nach Deutschland).
- Nazideutschland** hält seinen Druck auf die Schweiz aufrecht. Es droht ständig mit dem Abbruch der Handelsbeziehungen. Da die deutschen Rohstofflieferungen nicht ausreichen, um die Schweizer Waren zu bezahlen, gewährt die Schweiz immer neue Kredite.
Beschränkte Handelsbeziehungen bestehen daneben mit Grossbritannien.
- Auch der Schweizer **Finanzplatz** funktioniert trotz Krieg weiter. Die Deutschen nutzen ihn zum Tausch von Gold (vermutlich oft Raubgold aus besetzten Gebieten) gegen Schweizer Franken. Damit decken sie sich in anderen Ländern mit Rohstoffen ein.
Auch die Alliierten profitieren vom Schweizer Finanzplatz.
- Die **Alliierten** werfen der Schweiz vor, Handlanger Nazi-deutschlands zu sein. Ab 1943 fordern sie immer vehemente, den Austausch mit Deutschland zu verringern. Die Schweiz kommt der Forderung nur zögerlich nach. Erst zwei Monate vor Kriegsende unterzeichnet sie mit den Alliierten ein Abkommen zur Einstellung des Handels mit Nazideutschland.



Am 9. April 1941 schafft der Bundesrat per Dekret eine Schweizer Hochseeflotte. Das Land ist durch den Krieg von seinen traditionellen Waren nachschubwegen abgeschnitten (etwa den Mittelmeerhäfen). Der Bund kauft deshalb Hochseeschiffe, die unter Schweizer Flagge relativ sicher verkehren konnten. Heute umfasst die Schweizer Hochseeflotte etwa 25 Schiffe, die in verschiedenen europäischen Häfen beheimatet sind. Daneben verkehren auf dem Rhein gegen 300 Lastschiffe und machen Basel zu einem wichtigen Warenhafen.



1939–1945

Hinterfragtes Geschichtsbild

In den 1990er-Jahren wird die Schweiz mit ihrer Haltung gegenüber Nazi-deutschland konfrontiert.

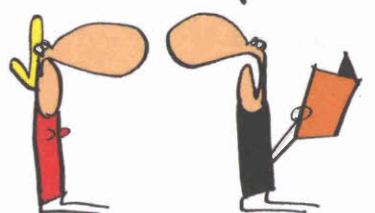
War es moralisch vertretbar, mit Deutschland Handel zu treiben und verfolgte Juden an der Grenze abzuweisen? Nach heftiger Kritik müssen die Banken nachrichtenlose Vermögen an Holocaustüberlebende und deren Nachfahren zurückerstatten.

Der Bund beauftragt eine Historikerkommission, Licht in dieses dunkle Kapitel der Schweizer Geschichte zu bringen.



Im Januar 1997 entdeckt der Wachmann Christoph Meili, dass in der UBS in Zürich Akten zu den nachrichtenlosen Vermögen vernichtet werden. Meili informiert die Presse, sieht sich aber seinerseits dem Vorwurf ausgesetzt, das Bankgeheimnis verletzt zu haben. Er beantragt mit seiner Familie politisches Asyl in den USA.

„DAS IST EINES DIESER DUNKLEN KAPITEL, DIE MAN LIEBER SCHNELL ZUSCHLAGEN MÖCHTE!“



Die Schweiz auf der Anklagebank

- Die organisierte Judenverfolgung und -vernichtung in Nazi-deutschland setzt bereits 1935 ein. Etwa 6 Millionen Juden sterben in Konzentrations- und Vernichtungslagern.
- Nach dem Krieg wird ein idealisiertes Bild der Schweiz als kleines, neutrales Land inmitten des europäischen Sturms gemalt. Dieses Bild gerät aber nach und nach in Kritik. Es entbrennt eine Diskussion darüber, ob die Haltung der offiziellen Schweiz gegenüber Hitlerdeutschland moralisch vertretbar war.
- Mitte der 90er-Jahre üben die USA und der **Jüdische Weltkongress** heftige Kritik:
 - Der Schweizerischen Nationalbank wird die Annahme von deutschem Raubgold vorgehalten.
 - Bei den Banken werden beträchtliche Vermögen von Holocaustopfern entdeckt (nachrichtenlose Vermögen).
 - Der Bund wird beschuldigt, jüdische Flüchtlinge durch Rückweisung an der Grenze dem sicheren Tod ausgeliefert zu haben.
 - Die Schweiz sei durch ihre Handelsbeziehungen zur Handlangerin Nazideutschlands geworden und habe damit zur Verlängerung des Krieges beigetragen (→ S. 73).
- Die Bundesversammlung reagiert auf diesen aussenpolitischen Druck und setzt im Dezember 1996 die «Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg» (UEK) ein. Sie wird unter dem Namen ihres Präsidenten, dem Historiker Jean-François Bergier, als **«Bergier-Kommission»** bekannt. Sie soll Licht in die Beziehungen zwischen der Schweiz und Nazideutschland in der Zeit von 1933 bis 1945 bringen. Der «Bergier-Bericht» erscheint 2001.
- Um angedrohten Boykotten im Zusammenhang mit den nachrichtenlosen Vermögen zu entgehen, schliessen die Banken 1998 einen **Vergleich**, der sie zur Bezahlung von 1,25 Milliarden US-\$ an die Holocaustopfer oder deren Erben verpflichtet.

Schon 1946 wurde die Schweiz auf Betreiben der USA verpflichtet, Gold und Vermögenswerte im Gegenwert von 250 Millionen Franken an die Alliierten zurückzuzahlen.

Die Flüchtlingsfrage

- Als Friedensinsel im besetzten Europa zieht die Schweiz Flüchtlinge an, auch Jüdinnen und Juden, die der nationalsozialistischen Verfolgung zu entkommen suchen. Die schweizerische Flüchtlingspolitik ist allerdings sehr restriktiv. Nur Personen, die aus politischen Gründen geflohen sind, können Asyl erhalten. Wer, wie die Jüdinnen und Juden, aus rassistischen Gründen verfolgt wird, kann kein Asyl verlangen.
- 1938 wird auf Betreiben der Schweiz der «Judenstempel» in den Pässen deutscher Juden eingeführt.
- In der Schweiz weiss man um die Judenvernichtung. Trotzdem erhalten Juden nur zurückhaltend politisches Asyl. «**Das Boot ist voll**», gibt Bundesrat Eduard von Steiger 1942 zu Protokoll. Die bündesrätliche Politik wird vom Parlament, den Kantonen und der Armee gestützt. Die Bevölkerung äussert sich kaum. Die Grenzen öffnen sich erst ab 1944.
- Der Bergier-Bericht spricht von 60 000 aufgenommenen Flüchtlingen von 1939 bis 1945, knapp ein Drittel davon Menschen jüdischen Glaubens. Einige Historiker bezweifeln diese Zahl. In der gleichen Zeit werden 100 000 Soldaten (hauptsächlich aus Frankreich und Polen) in der Schweiz interniert.
- Die Zahl der an der Grenze abgewiesenen Menschen ist schwierig zu eruieren. Die Bergier-Kommission spricht von 20 000 Fällen, mehrheitlich Juden. Auch diese Zahl ist umstritten.



Immer wieder retten Schweizerinnen und Schweizer jüdische Flüchtlinge vor dem sicheren Tod. Der bekannteste ist der St. Galler Polizeikommandant Paul Grüninger. Unter Umgehung der Gesetze ermöglicht er 1938/39 mehreren Hundert Juden die Flucht in die Schweiz. Er wird verurteilt und erst 1995 – über 20 Jahre nach seinem Tod – rehabilitiert. Weniger bekannt ist Carl Lutz. Als Schweizer Konsul in Budapest (Ungarn) rettet er Zehntausende jüdischer Leben. Er wird 1958 noch zu Lebzeiten rehabilitiert.

Die Debatte geht weiter

- Der Bergier-Bericht zeichnet ein kritisches Bild der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges, auch wenn er nicht alle Fragen beantworten kann. Wichtige Erkenntnisse:
 - Die Leistungsfähigkeit der SBB und die Unterstützung der Eisenbahnergemeinschaft haben den Warentransport zwischen Deutschland und Italien und damit die deutschen Kriegsbemühungen begünstigt.
 - Mindestens 11 000 ausländische Deportierte, Kriegs- und zivile Gefangene, leisteten in deutschen Tochtergesellschaften von Schweizer Unternehmen (Maggi, Brown Boveri, Nestlé) Zwangsarbeit, wurden ausgenutzt, mangelhaft ernährt und schlecht untergebracht.
- Vor allem Kreise der Aktivdienstgeneration lehnen die Kritik an der damaligen Schweiz ab. Das Verhalten der Schweiz sei unter Berücksichtigung der Umstände gerechtfertigt gewesen.



1945–1975

Die Zeit des Wirtschaftswunders

Die drei Jahrzehnte nach dem Krieg sind geprägt von wirtschaftlichem Aufschwung.

Die voll ausgelastete Wirtschaft ist auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen. Sie sind von der einheimischen Bevölkerung nicht nur gern gesehen.

Die Schweizer Wirtschaft tätigt auch mit dem kommunistischen Ostblock Geschäfte. Zugleich gibt es Befürchtungen über einen möglichen sowjetischen Einmarsch.



In den 1990er-Jahren übersteigt die Zuwanderung von Menschen aus dem Balkan diejenige aus Italien. Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien führt zu einem Strom von bosnischen, kroatischen, kosovarischen und serbischen Flüchtlingen. Die Asylpolitik steht im Zentrum der Migrationsdiskussion. Heute beträgt der Ausländeranteil in der Schweiz gut 23 Prozent, jeder vierte Beschäftigte hat ausländische Wurzeln, jede dritte Person ist zugewandert.

Der Wirtschaftsaufschwung

Als eines der wenigen Länder Europas verfügt die Schweiz nach dem Krieg über eine intakte Industrie. Die befürchtete Wirtschaftskrise stellt sich – anders als 1918 – nicht ein. Vielmehr erlebt das Land einen dreissig Jahre dauernden Aufschwung («Wirtschaftswunder»).

In den 60er-Jahren droht die Wirtschaft zu überhitzen. Die Haushalte profitieren vom guten Gang und können ihren Wohlstand mehren. Der Bund muss allerdings Massnahmen zur Inflationsbekämpfung ergreifen.

Die Einwanderung

- Zwischen 1900 und 2014 wuchs die Bevölkerung der Schweiz von 3,3 auf über 8 Mio. Menschen. Die dank verbesserter Lebensqualität höhere Lebenserwartung kompensiert teilweise die sinkende Geburtenrate.
- Auch die hohe Einwanderung trägt zur Kompensation der tiefen Schweizer Geburtenrate bei. Die Wirtschaft empfängt die ausländischen Arbeitskräfte – vor allem aus Italien, Spanien und Portugal – mit offenen Armen.
- In den 1960er-Jahren begrenzen die Behörden allerdings die Zahl der Zuwanderer. Gründe: die überhitzte Wirtschaft, Schwierigkeiten bei der Integration der Ausländer und eine fremdenfeindliche Stimmung in Teilen der Bevölkerung.

Mehrere Volksinitiativen zur Begrenzung der Einwanderung werden vom Schweizer Stimmvolk – teils nur knapp – abgelehnt. Die bekannteste ist die Schwarzenbach-Initiative (nach James Schwarzenbach, konservativer Nationalrat und Publizist) mit 54 Prozent Neinstimmen (1970). 1968 und 1974 lehnt das Volk zwei weitere Initiativen deutlicher ab. 40 Jahre später wird eine hauchdünne Mehrheit von 50,3 Prozent der Stimmbevölkerung unter dem Eindruck der stark angestiegenen Zuwanderung ab 2002 der Initiative «Gegen Masseneinwanderung» zustimmen.



Verkehr und Energie

- Das dichte und moderne **Eisenbahnnetz** wird weiter ausgebaut. Einzelne Nebenlinien sind allerdings bedroht oder werden stillgelegt. Ab 1959 beginnt der Bau des **Nationalstrassennetzes** mit dem Autobahnteilstück Genf–Lausanne. 1964 geht am Grossen St. Bernhard der erste alpenquerende Strassentunnel in Betrieb.

Gebohrt wird in den Alpen bis heute: Gotthardstrassentunnel (1980), neue Eisenbahnalpentransversalen am Lötschberg (2007) und Gotthard (Eröffnung 2018).

- Als «Wasserschloss Europas» nutzt die Schweiz die Wasserkraft hauptsächlich für die Stromproduktion. Vor allem im Wallis entstehen imposante **Staumauern** und Stauseen.

Mit 285 Metern ist die Grande Dixence im Wallis die weltweit höchste Staumauer ihrer Art. Sie wurde zwischen 1953 und 1961 gebaut.



Nach 1945 denkt der Bundesrat über eine atomare Bewaffnung der Schweizer Armee nach. Mitte der 50er-Jahre kauft er unter strikter Geheimhaltung in Großbritannien 10 Tonnen Uran. Die Hälfte davon ist für die Armee bestimmt. Die Idee von Schweizer Atomwaffen wird aber Mitte der 60er-Jahre zugunsten von konventioneller Bewaffnung aufgegeben. Dafür wird die Atomtechnologie künftig zur Energiegewinnung genutzt.

Die Schweiz im Kalten Krieg

- Nach 1945 ist die Welt in **zwei Blöcke** geteilt: der Westen (die USA und ihre Verbündeten) gegen den Osten (die Sowjetunion und ihre kommunistischen Satelliten). Man spricht vom «Kalten Krieg»; zu einer direkten Konfrontation kommt es aber nie. Die neutrale, im Westen verankerte Schweiz unterhält im Interesse ihrer Wirtschaft Beziehungen zu beiden Lagern.

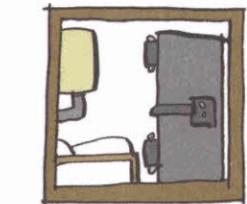
Die Schweiz anerkennt die Sowjetunion erst 1946. Davor (seit 1917) hat sie dies stets abgelehnt.

- Die Bevölkerung ist streng antikommunistisch eingestellt. Die antikommunistische Stimmung erreicht ihren Höhepunkt nach zwei niedergeschlagenen Aufständen gegen kommunistische Regime in Ungarn 1956 und der Tschechoslowakei 1968. Beide Male öffnet die Schweiz mehreren Tausend Flüchtlingen ihre Grenzen.

- Die Furcht vor einem Einmarsch der Sowjetunion und ihrer Verbündeten in den Westen bestimmt auch die Verteidigungspolitik der Schweiz. Die Armee setzt auf eine Defensivstrategie: Befestigungsnetz, Aufrüstung.

Beim Autobahnbau werden auch Bedürfnisse der Armee berücksichtigt. Einige Abschnitte können als Start- und Landepisten für Jagdflugzeuge umgenutzt werden.

ZEUGE
DES WIRTSCHAFTSWUNDERS



ZEUGE DES KALTEN KRIEGES

1945 bis heute

Die innenpolitische Entwicklung

Die Nachkriegszeit in der Schweiz ist von innenpolitischer Stabilität geprägt.

Das Frauenstimmrecht (1971) und die Schaffung des Kantons Jura (1979) erhitzen die Gemüter.

Das Land wird ab 1959 von einer Konkordanzregierung der wichtigsten Parteien geführt.



Als Schweizer Nationalhymne wird bis 1961 der vom Berner Johann Wyss geschriebene Text «Rufst du mein Vaterland» (aus dem Jahre 1911) zur Melodie der britischen Königshymne «God Save the Queen» gesungen. Lange wird danach über eine neue Hymne debattiert, bis 1981 schliesslich der «Schweizerpsalm» gewählt wird. Er wurde 1841 vom Urner Alberich Zywyssig komponiert, der Text stammt vom Zürcher Leonhard Widmer.



Das Ringen um Kompromisse

- Die Sozialdemokraten sind auf Bundesebene von 1954 bis 1959 ohne Regierungsvertretung. Ihr Bundesrat, der Zürcher Max Weber, tritt 1953 nach der Ablehnung seines Finanzprogramms zurück. Aus der Opposition heraus verlangt die SP zwei Bundesratssitze, worauf die Bundesversammlung 1959 2 Konservativ-Christlichsoziale (später CVP), 2 Freisinnige, 2 Sozialdemokraten und 1 Bauernvertreter (später SVP) wählt. In dieser bis 2003 gültigen und «Zauberformel» genannten Zusammensetzung verfolgt die Regierung eine auf Konsens ausgerichtete Politik. Das System ist allerdings auch etwas träge.

Die Konservativ-Christlichsoziale Partei wird 1970 in Christlichdemokratische Volkspartei (CVP) umbenannt, die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) 1971 in Schweizerische Volkspartei (SVP).

- Das politische Klima zwischen Links und Rechts verschärft sich in den 1990er-Jahren. Die SVP nimmt eine nationalistische Haltung ein und thematisiert die Sicherheitsfrage. Ihr Wähleranteil verdoppelt sich innerhalb weniger Jahre auf Kosten von FDP und CVP. Letztere muss der SVP 2003 einen Bundesratsitz abtreten.

Viele kleinere Parteien buhlen um die Wählergunst: rechtsextreme, kommunistische, freiheitliche, grüne. Vor allem die in den 70er-Jahren entstandenen Grünen sind zu Beginn des 21. Jahrhunderts erfolgreich.

Das Frauenstimmrecht

Die Vorgeschichte des Frauenstimmrechts auf eidgenössischer Ebene ist lang. Eine erste Vorlage scheitert 1959. Auf kantonaler Ebene gewähren gleichzeitig die Waadt und Neuenburg ihren Bürgerinnen das Stimm- und Wahlrecht. Genf folgt diesem Schritt 1960, die übrigen Kantone in den folgenden Jahren. Auf eidgenössischer Ebene wird das Frauenstimmrecht 1971 eingeführt.

Die Landsgemeinde von Appenzell Ausserrhoden sagt erst 1989 Ja zum Frauenstimmrecht auf kantonaler Ebene, in Appenzell Innerrhoden muss es 1990 sogar mit einem Bundesgerichtsentscheid durchgesetzt werden.

Die Entstehung des Kantons Jura

- Das ehemalige Bistum Basel (Jura, Berner Jura und Laufental) gehört seit 1815 zum Kanton Bern. Nach 1945 entsteht eine separatistische Bewegung, die die Loslösung von Bern und die Gründung eines 23. Schweizer Kantons fordert. Die Frage erhitzt die Gemüter. Die Separatisten verüben Anschläge, die Sachschäden verursachen.

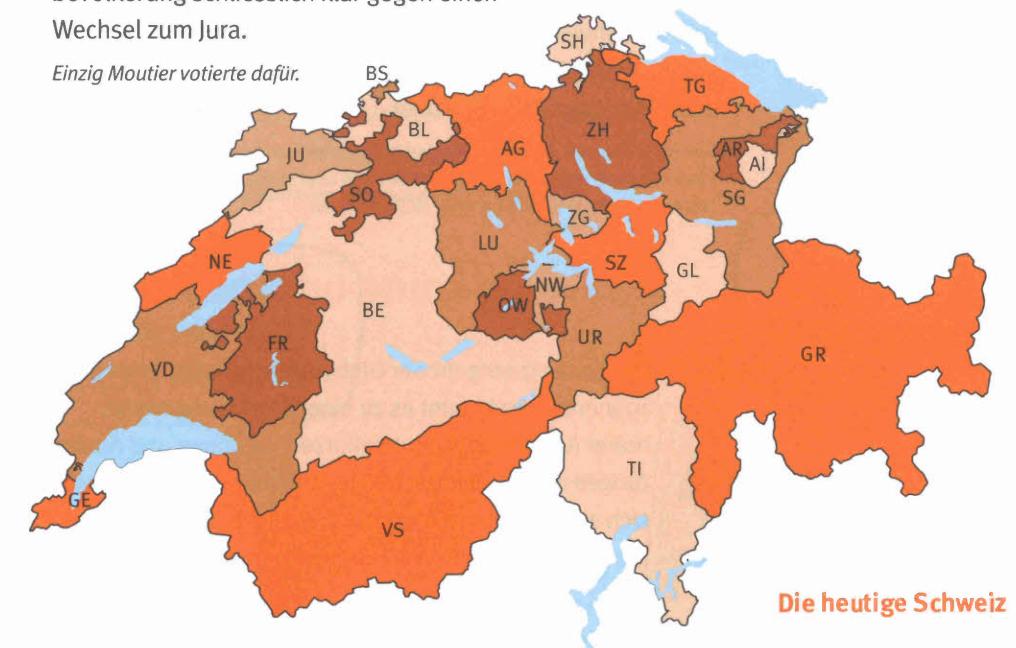
- Eine Initiative, die die Befragung der Jurassier über eine Trennung von Bern verlangt, scheitert 1959 in der Abstimmung. Die Berner Regierung gewährt der Region 1970 dennoch das Selbstbestimmungsrecht. Es sollen sich aber nur Gebiete von Bern lösen können, in denen eine Bevölkerungsmehrheit für die Trennung stimmt.

- 1974 bringt eine erste Abstimmung in den 7 Jurabezirken eine knappe Mehrheit für einen eigenen Kanton. In einer zweiten Abstimmung 1975 entscheidet sich der reformierte Südteil des Jura (Moutier, Courterray, Neuenstadt) für den Verbleib bei Bern. Der katholische Norden gibt sich eine eigene Verfassung und wird 1978 in einer eidgenössischen Abstimmung als **23. Kanton** aufgenommen.

Das katholische, deutschsprachige Laufental bleibt zunächst bernisch, wechselt aber 1994 zum Kanton Basel-Landschaft.

- Über die Kantonzugehörigkeit des Berner Jura wurde lange debattiert. 2013 entschied sich die bernjurassische Stimmbevölkerung schliesslich klar gegen einen Wechsel zum Jura.

Einzig Moutier votierte dafür.



„DIE WIEDERANSIEDLUNG
DES BERNER BÄREN IM
JURA STEHT NICHT
ZUR DISKUSSION!“



1945 bis heute

Die Schweiz und die Welt

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus sucht die Schweiz nach einer neuen Aussenpolitik.

2002 tritt sie der UNO bei, nachdem sie schon zuvor durch ihre «guten Dienste» international aktiv ist. Zur EU hält sie Abstand.

Seit den 1990er-Jahren sieht sich das Land mit der Globalisierung konfrontiert.



Die Swissair ist lange ein Aushängeschild der Schweiz. Als die Flugzeuge am 2. Oktober 2001 am Boden bleiben («Grounding»), ist der Schock im Land gross. Die Swissair wird Opfer einer schlechten Konjunktur und einer verfehlten Aquisitionsstrategie, die sie Milliarden gekostet hat. Nach dem Konkurs der Swissair entsteht die neue Fluggesellschaft Swiss, die später an die Lufthansa verkauft wird.

„EINE GEGROUNDETE AIRLINE LASST SICH EINFACHER BEGRABN!“



Die internationalen Organisationen

- 1945 gründen die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges die UNO als Nachfolgerin des Völkerbundes. Sie soll für Frieden und Sicherheit in der Welt sorgen. Die Schweiz tritt vorerst nicht bei, beherbergt aber in Genf den europäischen Sitz der UNO.
Genf wird Sitz vieler internationaler Organisationen, die in unterschiedlichen Bereichen tätig sind (Politik, Wirtschaft, Technik, humanitäre Organisationen).
- Der Bundesrat schlägt 1986 dem Volk den UNO-Beitritt vor, erhält aber eine deutliche Abfuhr (76 Prozent Nein). Nach einem erneuten Anlauf 2002 (54 Prozent Ja, 12 befürwortende Kantone, 11 ablehnende) ist der Weg in die UNO frei.
Die Schweiz gehört schon vorher verschiedenen internationalen Organisationen an, etwa der UNESCO.
- Wiederholt tritt die Schweiz als Vermittlerin in internationalem Konflikten auf. Daneben nimmt sie die Interessen von Ländern ohne diplomatische Beziehungen wahr (Kuba-USA, Iran-USA). Man spricht von der Politik der «guten Dienste».

Ein neues Gesicht

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus (ab 1989) muss sich die Schweiz den neuen internationalen Kräfteverhältnissen anpassen. Im Rahmen von UNO-Mandaten wird sie auf dem internationalen Parkett aktiver.

Seit 1999 beteiligt sich ein Kontingent der Schweizer Armee (Swisscoy) an der friedenserhaltenden Mission im Kosovo. Die dort stationierten Soldaten können seit einer Volksabstimmung 2001 Waffen tragen.

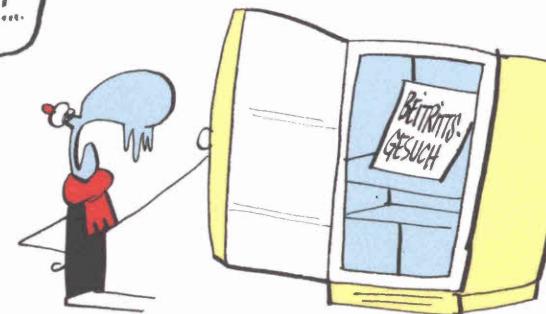
Globalisierung und Zweifel

Die Schweiz entgeht der Globalisierung nicht. In den 1990er-Jahren kommt es zu einer Entlassungswelle, hoher Arbeitslosigkeit, Konkursen, Fusionen und Auslagerungen der Produktion in Billiglohnländer. Das Land wird sich seiner wirtschaftlichen Verletzlichkeit bewusst. Der Mythos der helvetischen Perfektion wankt.

Die Europafrage

- Nach dem Zweiten Weltkrieg setzt die europäische Einigungsbewegung ein. Sie mündet in die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 1957, die 1992 zur **Europäischen Union** (EU) ausgebaut wird.
- Aus Sorge um ihre Eigenständigkeit und die **Neutralität** wahrt die Schweiz gegenüber internationalen Organisationen Abstand. Sie nimmt an der Gründung der EWG nicht teil, wird dagegen 1959 Gründungsmitglied der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA), die weniger umfassend ist.
1947 tritt die Schweiz der späteren OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) bei. 1963 wird sie Mitglied des 1949 gegründeten Europarates.
- 1992 deponiert der Bundesrat bei der EU ein Beitrittsgesuch. Allerdings stimmen am 6. Dezember 1992 50,3 Prozent der Schweizer Bevölkerung gegen den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR, Vertrag zwischen der EU und der EFTA). Der Ausgang der Abstimmung reisst **alte Gräben** zwischen der europafreundlicheren französischen und der eher europaskeptischen deutschen Schweiz auf.
Neben dem Graben entlang der Sprachgrenze zeigt sich auch ein Stadt-Land-Gegensatz.
- In der Folge begibt sich die Schweiz auf den Weg der **bilateralen Abkommen** mit der EU (Personenfreizügigkeit, Liberalisierung im Warentransport auf der Strasse, gegenseitige Anerkennung von Diplomen usw.). Die Schweiz versucht, sich Vorteile zu verschaffen, ohne der EU beitreten zu müssen. Die bilateralen Verträge treten ab 2002 in Kraft, werden aber 2014 durch den Volksentscheid gegen die Masseneinwanderung in Frage gestellt.
Das EU-Beitrittsgesuch wird vom Bundesrat später eingefroren.

„FÜR EINEN BEITRITT KANN ICH MICH NICHT WIRKLICH ERWÄRMEN!“



Das Internet wurde in den 1960er-Jahren in den USA erfunden. Das World Wide Web (WWW) hingegen ist eine Erfindung des Europäischen Kernforschungszentrums (CERN) in Genf. Die beiden Forscher Tim Berners-Lee und Robert Cailliau führen das Hypertext-System ein. Dadurch lassen sich Dokumente, die auf verschiedenen Computern abgelegt sind, einfach verlinken. Das WWW (die drei Buchstaben stehen am Anfang jeder Webadresse) dient auch heute noch zum Surfen im Internet.

Anhang

[Zeitleiste](#)
[Die 26 Kantone](#)
[Register](#)

...BAND 2 ERSCHIET
VORAUSSICHTLICH...

...IN 450'000
JAHREN!

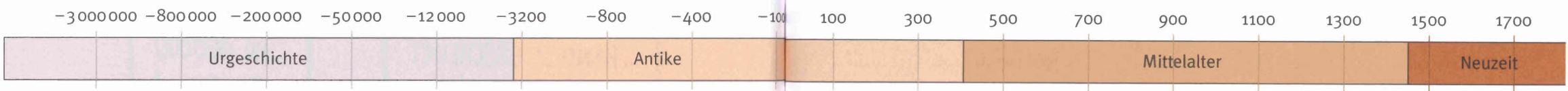
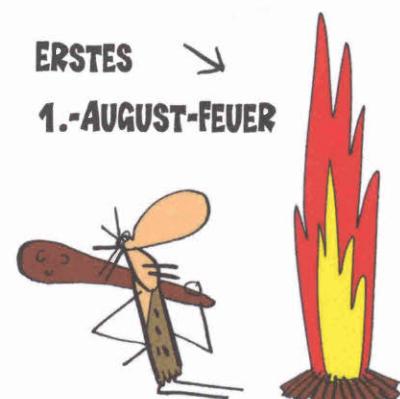


Zeitleiste

Schweiz

Weltgeschehen

ERSTES →
1.-AUGUST-FEUER



Schweiz

300 000 v. Chr.1. Spuren menschlicher Besiedelung
(→ S. 8)**800 v. Chr.**Keltische Völker auf Schweizer Gebiet
(→ S. 10)**350**Beginn der Christianisierung
(→ S. 15)**1291**Bund zwischen Uri, Schwyz und Unterwalden
(→ S. 20)**401**Abzug der Römer
(→ S. 13)**1386**Schlacht von Sempach
(→ S. 23)**500**

Beginn der Spaltung in dt.- und frz.-sprachige Gebiete (→ S. 15)

1315Schlacht am Morgarten
(→ S. 22)**8 v. Chr.**

F

ehlgeschlagener Auszug der Helvetier, Beginn der römischen Kolonisation
(→ S. 12)**1032**Gebiet der Schweiz ist Teil des Heiligen Römischen Reiches
(→ S. 17)**1476**Schlacht von Murten
(→ S. 25)**550**

Herrschaft der Franken (→ S. 16)

476

Untergang Westroms

1348 – 1349

Große Pest (mehr als 25 Mio. Tote in Europa)

44 v. Chr.

Ermordung Julius Cäsars

1095

1. Kreuzzug

1431

Verbrennung von Jeanne d'Arc in Rouen

632

Tod Mohammeds (Stifter des Islams)

1440

Gutenberg erfindet den Buchdruck

391

Christentum wird offizielle römische Staatsreligion

1453

Fall Konstantinopels

800

Kaiserkronung Karls des Grossen

753 v. Chr.

Gründung Roms

Proportionale Darstellung der fünf grossen historischen Epochen

Urgeschichte

Antike

Mittelalter

NZ

GW

3000 v. Chr.

Erfindung der Schrift (im heutigen Irak)

2600 v. Chr.

Pyramidenbau in Ägypten

6000 v. Chr.

1. Städte in Mesopotamien

450 000 v. Chr.

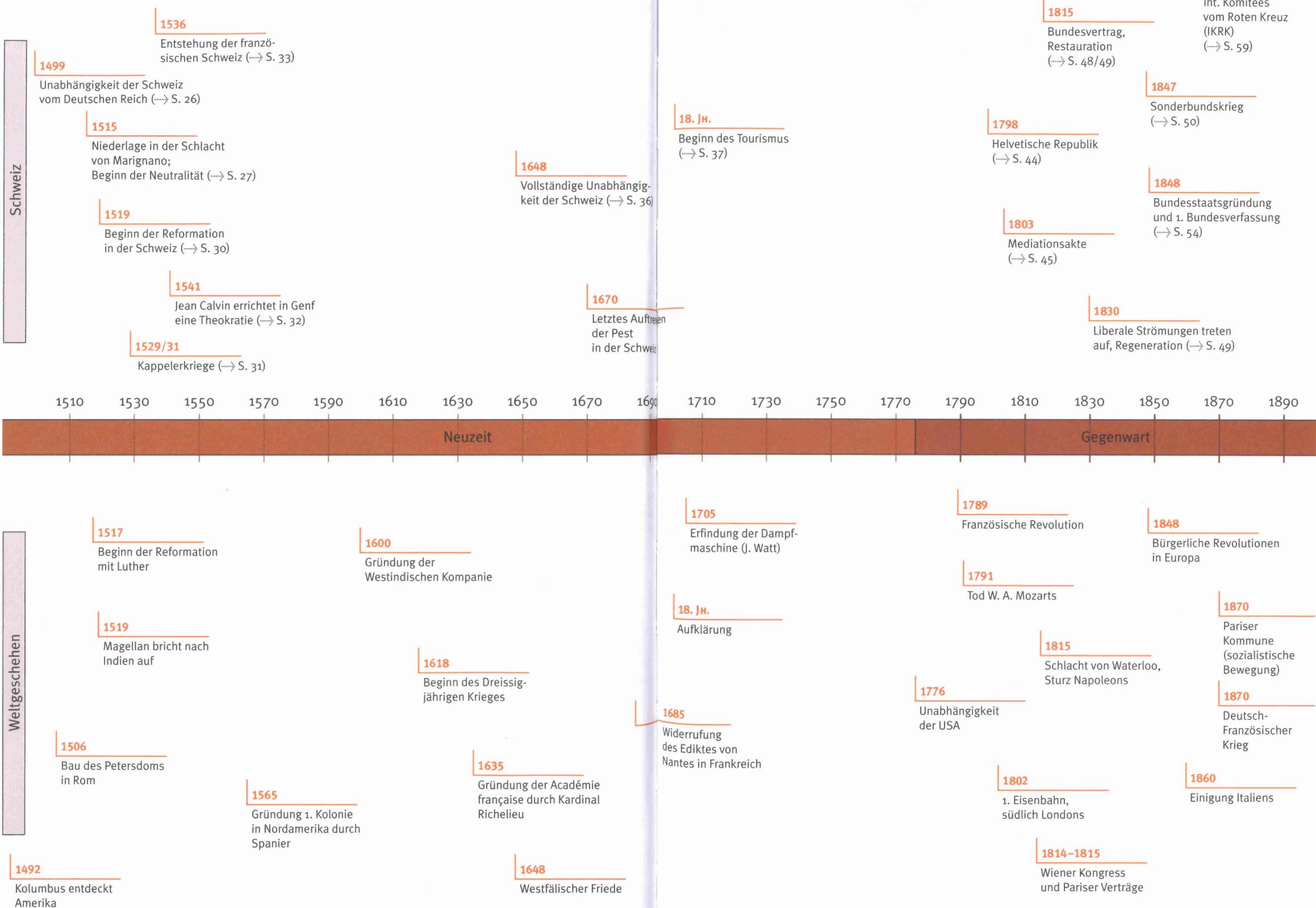
Beherrschung des Feuers

4300 v. Chr.

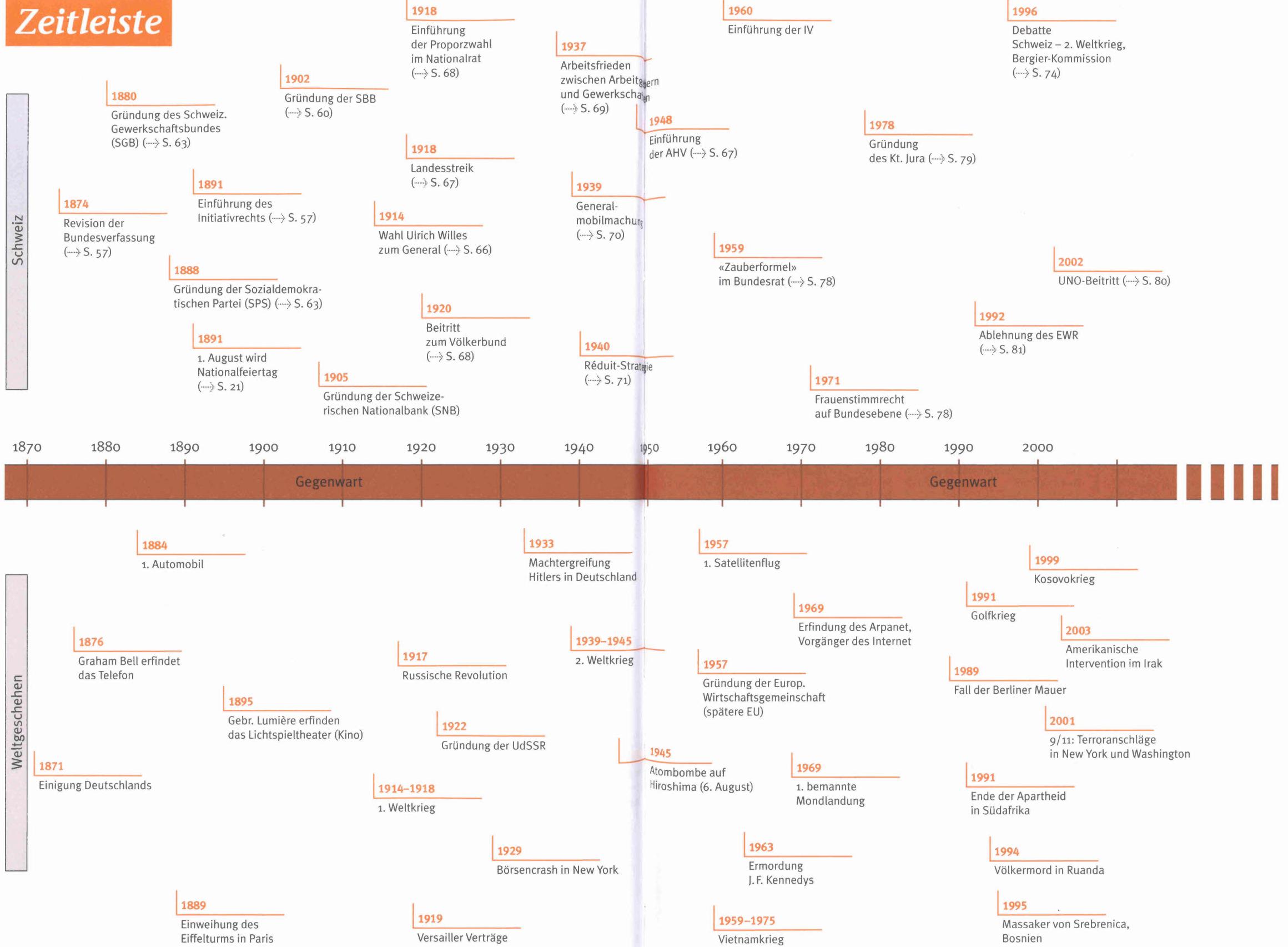
1. Pfahlbauersiedlungen an Schweizer Seen (→ S. 9)

100–100 v. Chr.
Besiedelung durch die Helvetier
(→ S. 11)**800 v. Chr.**Keltische Völker auf Schweizer Gebiet
(→ S. 10)

Zeitleiste



Zeitleiste



Die 26 Kantone

Die Schweiz setzt sich aus 20 Kantonen und 6 ehemaligen Halbkantonen zusammen.



Aargau (AG)

Beitritt zur Eidgenossenschaft: 1803
Hauptort: Aarau
Bevölkerung: 627 300
Fläche: 1404 km²
Sprache: Deutsch



Basel-Stadt (BS)

Beitritt zur Eidgenossenschaft: 1501
Hauptort: Basel
Bevölkerung: 187 400
Fläche: 37 km²
Sprache: Deutsch



Glarus (GL)

Beitritt zur Eidgenossenschaft: 1352
Hauptort: Glarus
Bevölkerung: 39 400
Fläche: 685 km²
Sprache: Deutsch



Neuenburg (NE)

Beitritt zur Eidgenossenschaft: 1815
Hauptort: Neuenburg
Bevölkerung: 174 600
Fläche: 803 km²
Sprache: Französisch



Schwyz (SZ)

Beitritt zur Eidgenossenschaft: 1291
Hauptort: Schwyz
Bevölkerung: 149 800
Fläche: 908 km²
Sprache: Deutsch



Waadt (VD)

Beitritt zur Eidgenossenschaft: 1803
Hauptort: Lausanne
Bevölkerung: 734 400
Fläche: 3212 km²
Sprache: Französisch



Appenzell Ausserrhoden (AR)

Beitritt zur Eidgenossenschaft: 1513
Hauptort: Herisau
Bevölkerung: 53 400
Fläche: 243 km²
Sprache: Deutsch



Bern (BE)

Beitritt zur Eidgenossenschaft: 1353
Hauptort: Bern
Bevölkerung: 992 600
Fläche: 5959 km²
Sprachen: Deutsch und Französisch



Graubünden (GR)

Beitritt zur Eidgenossenschaft: 1803
Hauptort: Chur
Bevölkerung: 193 900
Fläche: 7105 km²
Sprachen: Deutsch, Romanisch, Italienisch



Nidwalden (NW)

Beitritt zur Eidgenossenschaft: 1291
Hauptort: Stans
Bevölkerung: 41 600
Fläche: 276 km²
Sprache: Deutsch



Solothurn (SO)

Beitritt zur Eidgenossenschaft: 1481
Hauptort: Solothurn
Bevölkerung: 321 700
Fläche: 791 km²
Sprache: Deutsch



Wallis (VS)

Beitritt zur Eidgenossenschaft: 1815
Hauptort: Sion
Bevölkerung: 321 700
Fläche: 5225 km²
Sprachen: Französisch und Deutsch



Appenzell Innerrhoden (AI)

Beitritt zur Eidgenossenschaft: 1513
Hauptort: Appenzell
Bevölkerung: 15 700
Fläche: 173 km²
Sprache: Deutsch



Freiburg (FR)

Beitritt zur Eidgenossenschaft: 1481
Hauptort: Freiburg
Bevölkerung: 291 400
Fläche: 1671 km²
Sprachen: Französisch und Deutsch



Jura (JU)

Beitritt zur Eidgenossenschaft: 1979
Hauptort: Delsberg
Bevölkerung: 70 900
Fläche: 839 km²
Sprache: Französisch



St. Gallen (SG)

Beitritt zur Eidgenossenschaft: 1803
Hauptort: St. Gallen
Bevölkerung: 487 100
Fläche: 2026 km²
Sprache: Deutsch



Thurgau (TG)

Beitritt zur Eidgenossenschaft: 1803
Hauptort: Frauenfeld
Bevölkerung: 256 200
Fläche: 991 km²
Sprache: Deutsch



Basel-Landschaft (BL)

Beitritt zur Eidgenossenschaft: 1501
Hauptort: Liestal
Bevölkerung: 276 500
Fläche: 517 km²
Sprache: Deutsch



Genf (GE)

Beitritt zur Eidgenossenschaft: 1815
Hauptort: Genf
Bevölkerung: 463 100
Fläche: 282 km²
Sprache: Französisch



Luzern (LU)

Beitritt zur Eidgenossenschaft: 1332
Hauptort: Luzern
Bevölkerung: 386 100
Fläche: 1493 km²
Sprache: Deutsch



Schaffhausen (SH)

Beitritt zur Eidgenossenschaft: 1501
Hauptort: Schaffhausen
Bevölkerung: 78 000
Fläche: 299 km²
Sprache: Deutsch



Uri (UR)

Beitritt zur Eidgenossenschaft: 1291
Hauptort: Altdorf
Bevölkerung: 35 700
Fläche: 1077 km²
Sprache: Deutsch



Schweiz (CH)

Bundesstadt*: Bern
Bevölkerung: 8 039 100
Fläche: 41 300 km²
Sprachen: Deutsch, Französisch, Italienisch, Romanisch

* Der Begriff «Hauptstadt» wird in den Schweiz in offiziellen Dokumenten nicht verwendet.

Register

A

Aargau 13, 17, 24, 36, 46, 48, 50, 51, 90
 Ackerbau 9
 AHV 67
 Alemannen 13, 14, 15
 Ancien Régime 34, 35, 39, 43, 44, 46, 48, 49
 Appenzell 24, 26, 30, 31, 34, 36, 51, 54, 78, 90
 Arbeitsfrieden 69

B

Bakunin (Michail) 62
 Barbareneinfälle 13
 Basel 11, 14, 26, 30, 34, 36, 42, 43, 45, 48, 49, 67, 70, 73, 79, 90
 Beresina 45
 Bergier (Kommission) 74, 75
 Bern 11, 17, 20, 22, 23, 24, 27, 30, 32, 33, 34, 42, 43, 45, 46, 48, 49, 55, 79, 90
 BGB (Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei) 68, 78
 Bronzezeit 9
 Bundesgericht 57, 78
 Bundesrat 22, 54, 55, 57, 58, 66, 67, 68, 70, 71, 72, 73, 75, 78, 80, 81
 Bundesverfassung 54, 55, 56, 57, 66, 67
 Bundesversammlung 54, 55, 57, 66, 70, 74, 78
 Burgund 12, 16, 17, 25
 Burgunder 13, 14, 15, 16
 Burgunderkriege 25, 26

C

Calvin (Jean) 32
 Cäsar (Julius) 11, 12
 Chillon (Schloss) 17, 33
 Chlodwig 14, 15
 Cromagnonmensch 8
 CVP (Christlichdemokratische Volkspartei) 57, 63, 68, 78

D

Demokratie 34, 35, 42, 45, 48, 49, 50, 54, 56

Deutschland 11, 13, 16, 25, 66, 67, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75
 Divico 11
 Drei Eidgenossen 21
 Dreissigjähriger Krieg 36
 Dufour (Guillaume-Henri) 51, 56, 59
 Dunant (Henry) 59

E

Einwanderung 61, 76
 Eisenbahn 60, 61, 69, 75, 77
 Eisenzeit 10
 Eiszeit 8, 9
 Europäische Union (EU) 81

F

Farel (Guillaume) 32
 Faschismus 69, 72
 FDP (Freisinnig Demokratische Partei) 56, 57, 68, 78
 Flüchtlinge 74, 75, 76, 77
 Flüe (Niklaus von) 26
 Franken 13, 14, 15, 16, 17
 Frankreich 11, 16, 24, 25, 27, 35, 37, 42, 43, 44, 48, 49, 51, 54, 58, 59, 66, 67, 70, 72, 75
 Französische Revolution 42
 Freiburg 17, 25, 26, 27, 30, 32, 33, 34, 44, 45, 49, 51, 90
 Fremdenverkehr 37, 61
 Furrer (Jonas) 54

G

Gallien 10, 11, 12, 15
 Gallischer Krieg 11, 12
 Geld (Währung) 10, 45, 49, 55, 67
 Gemeine Herrschaften 26, 31, 33, 34, 45, 46
 Generalmobilmachung 70
 Genf 11, 12, 14, 15, 32, 33, 34, 37, 42, 43, 44, 46, 48, 51, 58, 59, 60, 61, 62, 68, 69, 70, 77, 78, 80, 81, 90
 Gisikon 51
 Glarus 22, 23, 30, 34, 51, 63, 90

Gotthard 20, 22, 23, 24, 60, 61, 71, 77
 Grandson 25, 26, 33, 34
 Graubünden 12, 16, 24, 26, 27, 30, 34, 36, 43, 44, 46, 90

Grauholz 43
 Grüninger (Paul) 75
 Guisan (Henri) 70, 72
 Gute Dienste 80
 Gutenberg (Johannes) 30

H

Habsburg 17, 20, 21, 22, 23, 24, 46
 Harpe (Frédéric-César de la) 43
 Heiliges Römisches Reich 17, 20, 24, 26, 33, 34, 36
 Helvetier 10, 11, 12
 Helvetische Republik 44, 45, 46, 47
 Hitler (Adolf) 69, 72, 74
 Hugenotten 32, 37
 Humanismus 30

I

Industrialisierung 50, 60, 62
 Italien 17, 27, 46, 51, 66, 69, 70, 75

J

Jura 34, 37, 43, 44, 48, 51, 60, 66, 68, 79, 90

K

Kalter Krieg 77
 Kappelerkriege 31, 32
 Karl der Grosse 16
 Karl der Kühne 25
 katholisch 30, 31, 32, 36, 49, 50, 51, 57, 63, 67, 68, 79
 Katholisch-Konservative 51, 57, 63, 68
 Kelten 10, 11, 13
 Kommunisten 69, 72, 76, 77, 78, 80
 Konfession (konfessionell) 13, 14, 30, 31, 35, 36, 57

L

Landwirtschaft 9, 37, 61
 Lenin 59, 67
 Liberale 49, 50, 56

Luther (Martin) 30
 Luzern 20, 22, 23, 24, 30, 34, 42, 45, 48, 51, 55, 56, 90

M

Marignano 26, 27, 35
 Marx (Karl) 62, 63
 Mediation 44, 45, 46, 47, 48, 49
 Mobilmachung 70
 Morgarten 22, 23
 Murten 25, 26, 32, 33, 34
 Mussolini (Benito) 69

N

Näfels 22, 23
 Napoleon (Bonaparte) 43, 44, 45, 48
 Napoleon III. 58, 59
 Nationalsozialismus 69, 72, 73, 75
 Neandertaler 8
 Neuenburg 9, 10, 32, 34, 46, 49, 51, 58, 78, 91
 Neutralität 26, 27, 35, 36, 44, 48, 58, 66, 68, 69, 70, 72, 74, 77, 81
 Nidwalden 20, 21, 24, 27, 30, 34, 43, 51, 54, 91
 Nobs (Ernst) 72

O

Obwalden 20, 21, 24, 30, 34, 51, 54, 91
 Ostgoten 13

P

Pestalozzi (Johann Heinrich) 37, 43
 Pfaffenbrief 23
 Pfahlbauer 8, 9
 Pilet-Golaz (Marcel) 72
 Plan Wahlen 71
 Preussen 34, 46, 48, 51, 54, 58
 Proporz 57, 68

R

Radikale 50, 51, 54, 56
 Räter (Rätien) 11, 16
 Referendum 57
 Reformation 26, 30, 31, 32

Reformierte **30**, 31, 32, 36, 49, 50, 51, 79

Regeneration **49**

Religion 10, 13, **14**, 15, 30, 54

Renaissance **30**

Restauration **49**

Römer 10, 11, **12**, 13, 14

Röstigraben **15**

Rotes Kreuz 58, **59**, 72

Rütli **21**, 70

S

Sarazenen **16**

Savoyen 17, 25, 33, 46, **58**

Schaffhausen 24, **26**, 30, 34, 36, 70, 91

Schlacht am Morgarten **22**, 23

Schlacht im Grauholz **43**

Schlacht von Gisikon **51**

Schlacht von Grandson **25**

Schlacht von Marignano 26, **27**, 35

Schlacht von Murten **25**

Schlacht von Näfels 22, **23**

Schlacht von Sempach **23**

Schlacht von Solferino **59**

Schwaben **16**, 26

Schwyz 20, **21**, 23, 24, 27, 30, 34, 51, 54, 91

Sempach **23**

Sempacherbrief **23**

SGB (Schweizerischer Gewerkschaftsbund) **63**

Söldner(wesen) 25, 27, 30, 35, **37**

Solferino **59**

Solothurn 10, 17, **26**, 30, 34, 45, 91

Sonderbund 50, **51**, 54, 55, 56

Sowjetunion 69, 70, **77**

Sozialdemokraten 62, **63**, 67, 68, 72, 78

SPS (Sozialdemokratische Partei) **63**, 67, 68,

72, 78

St. Gallen 14, 16, 24, 30, 34, 36, 42, **46**, 51, 91

Stimmrecht **49**, 54, 78

Streik (General-/Landes-) 63, 66, **67**, 69, 72

SVP (Schweizerische Volkspartei) 68, **78**

T

Tagsatzung **26**, 30, 31, 34, 35, 36, 45, 48, 49,

50, 51, 54

Tell (Wilhelm) **21**

Tène (La) **10**

Tessin 11, 15, 24, 27, 44, **46**, 51, 54, 61, 91

Thurgau 24, 34, 36, **46**, 60, 91

Tourismus 37, **61**

U

UNO 68, **80**

Unterwalden 20, **21**

Uri 10, 20, **21**, 24, 27, 30, 34, 51, 54, 91

USA 61, 70, 74, **77**, 80, 81

V

Versailles **68**

Villmergen **36**

Villmergerkriege **36**

Viret (Pierre) **32**

Völkerbund **68**, 69, 80

Volksinitiative **57**, 76

W

Waadt 12, 13, 14, 17, 25, 32, 33, 42, 43, 44, **46**,

49, 51, 78, 91

Wahlen (Plan) **71**

Währung (Geld) 10, 45, 49, **55**, 67

Waldstätten **20**, 21, 22, 23, 44

Wallis 11, 12, 14, 16, 17, 24, 25, 26, 30, 32, 33,

34, 42, 44, **46**, 51, 54, 91

Westfälischer Friede **36**

Wiener Kongress **48**

Wille (Ulrich) **66**

Winkelried (Arnold) **23**

Z

Zähringer **17**

Zauberformel **78**

Zug **22**, 30, 34, 51, 54, 91

Zürich 9, 10, 16, 17, 20, **22**, 23, 24, 27, 30, 31,

34, 35, 37, 42, 45, 48, 49, 55, 59, 60, 63,

67, 74, 91

Zwingli (Huldrych) **30**, 31

